



Brüssel, den 10. Juli 2025
(OR. en)

11512/25

DEVGEN 127
ACP 75
RELEX 994
SAN 453
SUSTDEV 56
COVID-19 14
NDICI 6
COHAFA 65
GLOBAL GATEWAY 24

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	10. Juli 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2025) 392 final
Betr.:	BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN über die Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2025) 392 final.

Anl.: COM(2025) 392 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 10.7.2025
COM(2025) 392 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

über die Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit

ZUSAMMENFASSUNG

In der im November 2022 angenommenen EU-Strategie für globale Gesundheit wird die globale Gesundheit als eine wichtige Säule der außenpolitischen Tätigkeit der EU und Teil der Außenpolitik und damit als externe Dimension der Europäischen Gesundheitsunion definiert und in Global Gateway verankert. Seit der Annahme der Strategie hat die EU bedeutende Fortschritte bei der Stärkung der globalen Gesundheit erzielt. In diesem Bericht werden die wichtigsten durchgeführten Maßnahmen und erzielten Fortschritte dargelegt.

Die Bemühungen um Verbesserung der globalen Gesundheit konzentrierten sich auf kritische Prioritäten, u. a. die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten durch erhebliche finanzielle Beiträge zu Initiativen wie dem Globalen Fonds (GFATM), Gavi, der Impfallianz, dem Pandemiefonds und der Weltweiten Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung (GPEI). Gleichzeitig setzte sich die EU weiterhin nachdrücklich für die Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten wie Krebs und psychische Erkrankungen ein, indem sie Präventions- und Bekämpfungsprogramme unterstützte. Parallel dazu leistete sie auch humanitäre Hilfe und setzte sich mit klima- und umweltbedingten Risiken für die Gesundheit auseinander, wenngleich mehr Klima- und Umweltmaßnahmen von Vorteil wären, um Gesundheitsrisiken vorzubeugen. Auch die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte wurden unterstützt, unter anderem durch eine spezielle Team-Europa-Initiative.

Auch bei der Stärkung der Gesundheitssysteme und der Ausweitung der universellen Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage, UHC) hat die EU durch Initiativen wie die Lusaka-Agenda, die UHC-Partnerschaft der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Team-Europa-Initiative zur Unterstützung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen in Afrika erhebliche Fortschritte erzielt. Darüber hinaus sind im Bereich der digitalen Gesundheit deutliche Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere durch den Übergang vom digitalen COVID-Zertifikat der EU zum Globalen Netz der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung sowie die Team-Europa-Initiative im Bereich der digitalen Gesundheit zur Stärkung der Gesundheitssysteme und für die universelle Gesundheitsversorgung in Afrika. Die EU setzt sich aktiv für weltweit hohe Standards bei Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie für die lokale Produktion ein, und zwar durch die Überarbeitung der Arzneimittelvorschriften, die Team-Europa-Initiative für die Herstellung von und den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien in Afrika (MAV+) und ihre Teilnahme an einschlägigen multilateralen Foren. Darüber hinaus unterstützt die EU die Entwicklung und Mobilität von Arbeitskräften durch Fachkräftepartnerschaften, die Team-Europa-Initiative für eine auf Chancen ausgerichtete Berufsbildung und den Kapazitätsaufbau in der Hochschulbildung und Forschung. Die Partnerschaft Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien (Global Health EDCTP3) unterstützt die globale Gesundheitsforschung gemeinsam mit Afrika; der Schwerpunkt liegt hier auf Infektionskrankheiten, einschließlich vernachlässigter, neu und wieder auftretender Krankheiten.

Die Bekämpfung von Gesundheitsgefahren ist ebenfalls einer der wichtigsten Handlungsschwerpunkte der EU. Infolgedessen hat die EU große Fortschritte bei der Verbesserung der Vorsorge und Reaktion angesichts grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren erzielt, insbesondere durch die Umsetzung der Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und die Einrichtung der EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen Ende 2021. Dies unterstützt unmittelbar die Ziele der EU-Strategie für globale Gesundheit, denn durch die Verbesserung ihrer internen Mechanismen zur Bewältigung von Gesundheitskrisen trägt die EU auch zu den weltweiten Bemühungen bei, die Ausbreitung von Gesundheitsgefahren über die Grenzen hinweg zu verhindern und einzudämmen. Darüber hinaus hat die EU durch ihr aktives Engagement bei den Verhandlungen über die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und über ein

neues Pandemieübereinkommen der WHO, das im Juni 2024 bzw. Mai 2025 geschlossen wurde, einen konkreten Beitrag zur Gestaltung einer proaktiven globalen Gesundheitspolitik beigetragen. Darüber hinaus stärkt die EU die globalen Labor- und Überwachungskapazitäten für die Vorsorge. Zur Verbesserung der Abwehr- und Reaktionsbereitschaft der EU in Bezug auf Risiken für die öffentliche Gesundheit baut die Kommission die Vorsorge und Reaktion der EU auf Risiken für die öffentliche Gesundheit zu verbessern, baut die Kommission strategische Reserven an Bewältigungskapazitäten auf. Die strategische rescEU-Reserve ist zwar in erster Linie für die EU gedacht, kann aber zur weltweiten Bereitstellung aktiviert werden, wenn Interesse seitens der EU besteht. Die EU hat die Bereitstellung von COVID-19-Impfstoffen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen unterstützt und einen Beitrag zum Pandemiefonds geleistet. Darüber hinaus bekämpft die EU aktiv antimikrobielle Resistenzen als dringliche globale Herausforderung im Gesundheitsbereich im Rahmen des Ansatzes „Eine Gesundheit“, wie er z. B. mit der Team-Europa-Initiative für Gesundheitssicherheit in Afrika verfolgt wird. Die Kommission kümmert sich gemeinsam mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) um die regulatorische Zusammenarbeit mit Drittländern. Darüber hinaus stellt die EU sicher, dass mit der Handelspolitik die globale Gesundheit untermauert und aktiv zu den Bemühungen der WTO beigetragen wird, eine wirksame Reaktion auf künftige Pandemien zu entwickeln.

Um eine koordinierte und integrierte Reaktion auf globale Herausforderungen im Gesundheitsbereich zu gewährleisten, verfolgt die Kommission das Konzept „Gesundheit in allen Politikbereichen“, um die sektorübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern. Mit dem Konzept „Team Europa“ wird die Koordinierung zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und den europäischen Finanzinstitutionen weiter gestärkt. Darüber hinaus intensiviert die Kommission die Koordinierung mit den Mitgliedstaaten durch eine Gemeinsame Maßnahme, um die Wirkung der EU-Strategie für globale Gesundheit zu maximieren.

Die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern steht nach wie vor im Mittelpunkt der globalen gesundheitspolitischen Maßnahmen der EU. Die Kommission und die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin haben Gesundheitsdebatten in die politischen Dialoge zwischen der EU und den Partnerländern integriert, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern. Die EU arbeitet weiterhin mit der WHO als Eckpfeiler des multilateralen Gesundheitssystems zusammen und engagiert sich gemeinsam mit anderen internationalen Partnern wie dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Darüber hinaus beteiligt sich die EU aktiv an multilateralen Foren wie der G7 und der G20. Auf regionaler Ebene hat die EU ihre Partnerschaft mit Afrika, Lateinamerika und der Karibik sowie mit dem asiatisch-pazifischen Raum ausgebaut. Auf Länderebene arbeitet die EU mit über 200 humanitären Partnern zusammen, sowohl mit Nichtregierungsorganisationen als auch internationalen Organisationen, um den Zugang zu medizinischer Versorgung und anderen Dienstleistungen für die Bedürftigsten zu unterstützen. Sie hat auch die Nachbarschaftspolitik und den EU-Erweiterungsprozess unterstützt.

Um die Nachhaltigkeit dieser Initiativen zu gewährleisten, ist eine solide finanzielle Unterstützung erforderlich. Zu diesem Zweck hat die EU über verschiedene Instrumente Mittel mobilisiert. Zwischen 2021 und 2027 werden über das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt) 5,4 Mrd. EUR öffentliche Entwicklungshilfe bereitgestellt, um Gesundheitsinitiativen in Partnerländern zu unterstützen. Im Rahmen von Horizont Europa wurden fast 1 Mrd. EUR für Forschung und Innovation im Gesundheitsbereich bereitgestellt. Im Rahmen des Programms EU4Health wurden zwischen 2022 und 2024 mehr als 130 Mio. EUR für internationale Partner bereitgestellt. Im Bereich der humanitären Hilfe wurden zwischen 2022 und 2025 745 Mio. EUR speziell für gesundheitsbezogene Maßnahmen

bereitgestellt. Zusätzliche Unterstützung wurde über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA), das Programm für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX) und innovative Finanzierungsinstrumente wie den „Human Development Accelerator“ der Europäischen Investitionsbank bereitgestellt.

Überwachung und Rechenschaftspflicht sind für die Bewertung der Fortschritte der EU-Strategie für globale Gesundheit von wesentlicher Bedeutung. Die Kommission arbeitet an der Entwicklung eines umfassenden Überwachungsrahmens und fördert gleichzeitig den Dialog mit den Interessenträgern, um Transparenz und kontinuierliche Verbesserungen zu gewährleisten. Die Einbindung von Organisationen der Zivilgesellschaft ist nach wie vor ein Schlüsselement dieser gemeinsamen Bemühungen, und die Kommission führt mit ihnen regelmäßige Dialoge.

Auch in Zukunft setzt sich die EU für die Umsetzung der globalen Gesundheitsstrategie durch wichtige Initiativen ein. Dazu gehört auch die Aufstockung von Global Gateway, mit dem bis 2027 bis zu 300 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden sollen. Im Jahr 2025 wurden oder werden Schlüsselinitiativen eingeleitet, wie die bereits angenommene Strategie der Union zur Krisenvorsorge, der Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan der Union, die Intensivierung der Bemühungen im Bereich der präventiven Gesundheit und eine neue Strategie zur Unterstützung medizinischer Gegenmaßnahmen bei Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit.

Die Kommission wird weiterhin mit einem breiten Spektrum von Interessenträgern zusammenarbeiten, um die Strategie wirksam umzusetzen. In einer Zeit geopolitischer Herausforderungen und eines erheblichen Drucks auf die öffentlichen Haushalte setzt sich die EU weiterhin für die Stärkung der multilateralen Systeme und die Förderung von Partnerschaften ein, um im Einklang mit ihren Verpflichtungen und den verfügbaren Ressourcen dauerhafte Fortschritte im Bereich der globalen Gesundheit zu erzielen. Das Team-Europa-Ansatz wird bei diesen Bemühungen weiterhin eine wichtige Rolle spielen und eine koordinierte Reaktion gewährleisten, die die Führungsrolle der EU im Bereich der weltweiten Gesundheitspolitik und gesundheitspolitischen Maßnahmen im Gesundheitsbereich festigt.

Einführung

Die COVID-19-Pandemie hat die Verflechtung der globalen Gesundheit deutlich gemacht und der Welt vor Augen geführt, dass „keiner sicher ist, bis nicht alle sicher sind“. Sie hat Schwachstellen in den weltweiten Gesundheitssystemen offenbart und die dringende Notwendigkeit einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit und eines ganzheitlichen, grenz- und sektorübergreifenden Ansatzes im Gesundheitsbereich aufgezeigt. Die Pandemie hat auch die geopolitische und wirtschaftliche Dimension der Gesundheit deutlich gemacht und gezeigt, dass die globale Gesundheit nicht nur gestützt auf Bedürfnisse, Rechte, Solidarität und Gerechtigkeit eine Notwendigkeit ist, sondern auch eine grundlegende Voraussetzung für Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit ist.

Als Reaktion auf diese Herausforderungen nahm die Kommission im November 2022 die „EU-Strategie für globale Gesundheit – Bessere Gesundheit für alle in einer sich wandelnden Welt“¹ an, die eine erneuerte und verstärkte Verpflichtung zur weltweiten Verbesserung der Gesundheit bis 2030 und zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung vorsieht.

In der Strategie wird die globale Gesundheit zu einem wesentlichen Pfeiler der außenpolitischen Tätigkeit der EU und Teil der Außenpolitik sowie als externe Dimension der Europäischen Gesundheitsunion erklärt und in die Strategie „Global Gateway“ eingebettet, in der Gesundheit einen von fünf Schlüsselbereichen für Partnerschaften darstellt. Die Strategie beruht auf einem bedarfs- und rechthebasierten Ansatz, bei dem Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenrechte im Vordergrund stehen und gleichzeitig stärkere Partnerschaften auf bilateraler, regionaler und globaler Ebene sowie die Konzepte „Gesundheit in allen Politikbereichen“ und „Team Europa“ gefördert werden. In den Schlussfolgerungen des Rates² vom Januar 2024 wurde die Führungsrolle der EU bei der Förderung der globalen Gesundheit gemeinsam mit Partnern bekräftigt.

Fünf Jahre nach Beginn der COVID-19-Pandemie und zweieinhalb Jahre nach Annahme der Strategie wird in diesem ersten Fortschrittsbericht eine Bilanz ihrer Umsetzung gezogen. Dieser Bericht erscheint in einer Zeit, in der sich die internationale Dynamik grundlegend wandelt und in der geopolitische Herausforderungen – einschließlich anhaltender Konflikte und Verschiebungen in der multilateralen Ordnung – die globale Gesundheitslandschaft weiter verändern.

Gleichzeitig unterstreichen die politischen Leitlinien und Prioritäten des neuen Mandats der Kommission, wie die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge³, die Erweiterungspolitik und der neue Kompass für eine wettbewerbsfähige EU⁴, die entscheidende Rolle der Gesundheit bei der Verwirklichung eines widerstandsfähigeren und wohlhabenderen Europas. Im Draghi-Bericht⁵ wurde der wirtschaftliche Nutzen von Investitionen in die Gesundheit hervorgehoben und mit der Wettbewerbsfähigkeit der EU in Verbindung gebracht, während im Niinistö-Bericht⁶ die Rolle der Gesundheit für die europäische und globale Sicherheit betont wird. Diese Entwicklungen bestärken die EU in ihrem Engagement, dafür zu sorgen, dass die globale Gesundheit ein zentraler Bestandteil ihrer geopolitischen und wirtschaftlichen Agenda bleibt.

¹ Europäische Kommission, [EU-Strategie für globale Gesundheit](#)

² Rat der Europäischen Union, [EU-Strategie für globale Gesundheit: Schlussfolgerungen des Rates](#).

³ Europäische Kommission, [Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge](#).

⁴ Europäische Kommission, [Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU](#).

⁵ Draghi, M. [The Future of European Competitiveness](#).

⁶ Niinistö, S. [Safer together: Strengthening Europe's civilian and military preparedness and readiness](#).

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Erfolge und Herausforderungen bei der Umsetzung der Strategie. Der Bericht ist das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen der Kommissionsdienststellen und des Europäischen Auswärtigen Dienstes und wurde im Rahmen des in der Strategie dargelegten Konzepts „Gesundheit in allen Politikbereichen“ ausgearbeitet⁷. Der Bericht ist entsprechend den Hauptabschnitten der Strategie gegliedert:

- Priorität 1: Gesundheit und Wohlbefinden (Leitprinzipien 1-2)
- Priorität 2: Stärkung der Gesundheitssysteme und universelle Gesundheitsversorgung (Leitprinzipien 3-6)
- Priorität 3: Gesundheitsgefahren und Vorsorge (Leitprinzipien 7-11)
- interne Governance und Koordinierung innerhalb der EU (Leitprinzipien 12-13)
- externe und multilaterale Governance (Leitprinzipien 14-18)
- Finanzierung und Investitionen in die globale Gesundheit (Leitprinzip 19)
- Überwachung und Rechenschaftspflicht (Leitprinzip 20)

1. Priorität 1: Gesundheit und Wohlbefinden (Leitprinzipien 1-2)

Im Mittelpunkt der EU-Strategie für globale Gesundheit steht die Verbesserung der Gesundheit und des Wohlergehens während des gesamten Lebens durch die Bekämpfung der Ursachen von Erkrankungen und die Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheitsdiensten. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt die EU das Konzept „Gesundheit in allen Politikbereichen“. Da Gesundheit ein Querschnittsthema ist, ist eine umfassende und integrierte Reaktion unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Determinanten von Gesundheit erforderlich. Die EU-Strategie für globale Gesundheit beruht auf diesem ganzheitlichen Ansatz, indem sie koordinierte Maßnahmen in verschiedenen Bereichen fördert. Mit diesem Ansatz wird sichergestellt, dass gesundheitsbezogene Erwägungen in politische Entscheidungen in verschiedenen Bereichen wie Klima, Umwelt, Energie, Ernährung, Ernährungssicherheit, Sozialschutz, Demografie, Bildung, Forschung, humanitäre Hilfe, Finanzen, Handel, Industriepolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik einfließen.

1.1. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten

Übertragbare Krankheiten sind nach wie vor eine der größten globalen Herausforderungen für die globale Gesundheit. Die EU erkennt an, dass die Bekämpfung dieser Krankheiten koordinierte und nachhaltige Anstrengungen auf internationaler Ebene erfordert. Durch die Zusammenarbeit mit globalen Partnern wie der WHO und die Finanzierung einschlägiger globaler Gesundheitsinitiativen wie dem Globalen Fonds (GFATM), Gavi, der Impfallianz, dem Pandemiefonds und der Weltweiten Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung (GPEI) unterstützt die EU die Prävention, Behandlung und Bekämpfung bedeutender Infektionskrankheiten in vielen Partnerländern.

Zwischen 2021 und 2024 wurden im Rahmen des Programms EU4Health fast 40 Maßnahmen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten durch einen umfassenden Ansatz eingeleitet, der Prävention, Früherkennung, Behandlung und langfristige Strategien im Bereich der öffentlichen Gesundheit umfasst. Diese Bemühungen konzentrieren sich in erster Linie auf Maßnahmen innerhalb der EU, tragen aber auch zur Verbesserung der globalen Gesundheit bei, indem sie die regionale Vorsorge stärken und den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern fördern.

⁷ CLIMA, CNCT, EAC, ECHO, ECDC, EEAS, EMA, EMPL, ENEST, ENV, FPI, GROW, HERA, HOME, INTPA, MENA, SG, RTD, SANTE, TRADE.

Der Globale Fonds

Die EU hat für den Zeitraum 2023-2025 715 Mio. EUR für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zugesagt; damit wurde die frühere Zusage um 30 % aufgestockt. Bis 2024 wurden mehr als 610 Mio. EUR bereitgestellt. Der Globale Fonds hat dazu beigetragen, 65 Millionen Menschenleben zu retten (Stand 2023). Allein im Jahr 2023 erhielten 25 Millionen Menschen, die an HIV/AIDS erkrankt sind, eine antiretrovirale Therapie, wurden 7,1 Millionen Menschen mit Tuberkulose behandelt und 227 Millionen Moskitonetze verteilt.

Der Globale Fonds hat seine Investitionen in den Aufbau stärkerer Gesundheits- und Gemeinschaftssysteme weiter erhöht, um Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zu unterstützen und die Verwirklichung der universellen Gesundheitsversorgung zu beschleunigen. Der Globale Fonds hat auch auf andere Pandemien reagiert, z. B. durch die Einrichtung des COVID-19-Krisenreaktionsmechanismus (C19RM), zu dem die EU 150 Mio. EUR beisteuerte. In jüngerer Zeit hat der Globale Fonds zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Mpox-Bekämpfung in Ländern wie Burundi, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Ghana, Liberia und Uganda bewilligt.

Gavi, die Impfallianz

Die EU unterstützt Gavi, die Impfallianz und betont, dass Investitionen in die Prävention von Krankheiten, einschließlich Immunisierung, der beste Ansatz im Bereich der globalen Gesundheit sind. Die EU hat für den Zeitraum 2021-2025 300 Mio. EUR für die Strategie Gavi 5.0/5.1 bereitgestellt, was einer Aufstockung um 50 % gegenüber dem vorherigen Finanzierungszyklus entspricht. Darüber hinaus hat die EU im Einklang mit der Unterstützung, die die G7 und die G20 für die Gavi und deren nächste Wiederauffüllung bekundet haben⁸, im September 2024 weitere 260 Mio. EUR zur Unterstützung der Strategie Gavi 6.0 für den Zeitraum 2026-2030 zugesagt. Am 25. Juni 2025 hat die EU gemeinsam mit der Gates-Stiftung den Gavi Global Summit: Health & Prosperity through Immunisation ausgerichtet.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 und Ende 2023 hat die Gavi dazu beigetragen, dass mehr als 1,1 Milliarden Kinder durch Routineimpfungen immunisiert werden konnten und die von der Gavi unterstützten Impfstoffe mehr als die Hälfte der Kinder weltweit erreichen. Durch diese Bemühungen konnten mehr als 18,8 Millionen vorzeitige Todesfälle verhindert werden. Die Kapitalrendite wird auf 54 USD pro ausgegebenem US-Dollar geschätzt.

Im Dezember 2023 genehmigte der Vorstand der Gavi den African Vaccine Manufacturing Accelerator (AVMA). AVMA ist ein neues Finanzierungsinstrument zur Unterstützung des nachhaltigen Wachstums der Produktionsbasis für Impfstoffe in Afrika. Das Instrument wurde von der Gavi und Africa Centres for Disease Control and Prevention (Africa CDC) gemeinsam entwickelt, um die Nachfrage nach lokal hergestellten Impfstoffen zu sichern. AVMA ist ein innovativer Finanzierungsmechanismus, mit dem die Beschaffung von in Afrika hergestellten Impfstoffen für den afrikanischen Markt subventioniert wird. Der Fonds ist aus der COVAX-Fazilität hervorgegangen, die im Dezember 2023 auslief. Die EU ist mit einer Zusage von 220 Mio. EUR einer der größten Unterstützer von AVMA; die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen 750 Mio. EUR von insgesamt 1,2 Mrd. USD bereit.

⁸ G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgrund 13.

Weltweite Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung (GPEI)

Die GPEI hat mehr als 20 Millionen Polioerkrankungen; seit 1955 ist ein Rückgang um mehr als 99,9 % zu verzeichnen. Im Jahr 2022 wurden mehr als 400 Millionen Kinder in mehr als 35 Ländern geimpft, dabei wurden mehr als 1,2 Milliarden Dosen des oralen Polioimpfstoffs (OPV) verwendet. Im Jahr 2023 wurden mehr als 320 Millionen Kinder in mehr als 30 Ländern mehrfach geimpft, dabei wurden mehr als 985 Millionen Dosen OPV verwendet. Schließlich wurden 2024 mehr als 270 Millionen Kinder in 36 Ländern mehrfach geimpft, dabei wurden mehr als eine Milliarde Dosen OPV verwendet.

Allerdings sind Länder, in denen Polio endemisch ist, wie Afghanistan und Pakistan, in denen Polio-Wildviren zirkulieren, und mehrere afrikanische Länder, in denen es zu Ausbrüchen gekommen ist, trotz der erfolgreichen Ausrottung von Neuinfektionen weiterhin von Polio betroffen.

Die EU beteiligt sich an der GPEI mit bis zu 300 Mio. EUR, die über die Europäische Investitionsbank (EIB) bereitgestellt werden. Die EU arbeitet eng mit der Gebergruppe zusammen, um die Durchführungspartner auf die Ausrottung und Integration mit Gavi, der Impfallianz hinzusteuern. Das Ziel, Polio auszurotten, soll für Polio-Wildviren bis 2027 und für zirkulierende impfstoffabgeleitete Polioviren Typ 2 (cVDPV2) bis 2029 erreicht werden.

1.2. Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten

Während übertragbare Krankheiten nach wie vor eine Priorität darstellen, konzentriert sich die EU zunehmend auf die Bewältigung der wachsenden Belastung durch nicht übertragbare Krankheiten, die weltweit zur häufigsten Todesursache geworden sind. In Anerkennung des dringenden Handlungsbedarfs wurde in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung die Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten zu einer zentralen Priorität im Rahmen des Nachhaltigkeitsziels Nr. 3⁹ erklärt. Dies wurde auch von der G7 unterstützt, die die Bedeutung der Prävention, Früherkennung und Bewältigung nicht übertragbarer Krankheiten und psychischer Erkrankungen im Rahmen eines sektorübergreifenden und umfassenden Ansatzes sowie die Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensqualität sowie auf Gesellschaften und Volkswirtschaften anerkannt hat¹⁰. Ebenso wurden in Bezug auf die G20 nicht übertragbare Krankheiten und die psychische Gesundheit sowohl in der allgemeinen Erklärung der Gesundheitsminister als auch in der Erklärung der Gesundheitsminister zu Klimawandel, Gesundheit und Gerechtigkeit sowie „Eine Gesundheit“ genannt¹¹.

Die EU-Initiative „Healthier Together“ zu nicht übertragbaren Krankheiten¹² bildet den strategischen Rahmen für die Förderung eines umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten und damit verbundener Risikofaktoren wie Tabakkonsum. In diesem Rahmen arbeiten die Mitgliedstaaten zusammen, um große Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und psychische Gesundheit zu bewältigen. Die Mitgliedstaaten

⁹ Nachhaltigkeitsziel Nr. 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. Insbesondere das Unterziel 3.4 besteht darin, bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nicht übertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung und Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens um ein Drittel zu senken.

¹⁰ G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgrund 38.

¹¹ G20, [Erklärung der G20-Gesundheitsministerinnen und -minister](#) und [Erklärung der Gesundheitsministerinnen und -minister zum Klimawandel](#), Rio de Janeiro, 2024.

¹² Europäische Kommission, [Healthier together – EU non-communicable diseases initiative](#).

arbeiten im Rahmen gemeinsamer Maßnahmen¹³ zusammen, um die Gesundheitskompetenz zu verbessern, Vorsorge- und Pflegewege für Hochrisikogruppen zu verbessern, die Datensysteme zu verbessern und Ungleichheiten im Sozial- und Gesundheitsbereich abzubauen. Mit dem Programm EU4Health assoziierte Drittländer können sich an diesen Maßnahmen sowie an anderen Programmen beteiligen.

Im Rahmen ihrer umfassenderen Bemühungen zur Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten stellt die Kommission 3,4 Mrd. EUR für den Zeitraum 2024-2027 bereit, die auf dem Gipfel „Ernährung für Wachstum“ im Jahr 2025 zugesagt wurden¹⁴. Die Mittel fließen in die Behandlung und Vorbeugung von akuter und chronischer Unterernährung, die Verbesserung des Zugangs zu gesunder Ernährung verbessern und Förderung der lokalen Erzeugung nahrhafter Agrarerzeugnisse wie Salat, Gemüse und Obst.

Die EU arbeitet auch eng mit internationalen Organisationen wie der WHO, der OECD und UNICEF zusammen. Das WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums und die hochrangige Tagung der VN zu nicht übertragbaren Krankheiten im Jahr 2025 sind entscheidend, um die internationale Zusammenarbeit zu stärken und politische Lösungen zur Verringerung der Todesfälle aufgrund von nicht übertragbaren Krankheiten voranzubringen.

Psychische Gesundheit

Auch die psychische Gesundheit hat sich zu einer akuten globalen Herausforderung entwickelt. Die EU hat 2023 einen umfassenden Ansatz für die psychische Gesundheit angenommen¹⁵, der die psychische Gesundheit in alle Politikfelder integriert, auf Prävention ausgerichtet ist und verschiedenste Interessenträger einbezieht. Die Mitteilung umfasst 20 Leitinitiativen, deren Umsetzung im Gange oder bereits abgeschlossen ist und für die Mittel in Höhe von fast 1,3 Mrd. EUR zur Verfügung stehen. Die Mitteilung befasst sich mit den folgenden Schlüsselbereichen: Förderung einer guten psychischen Gesundheit, Prävention und Frühintervention bei psychischen Problemen, gezielte Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Stärkung der nationalen Systeme der psychischen Gesundheit und Verbesserung des Zugangs, der Erhebung und des Austauschs bewährter und vielversprechender Verfahren, Weiterbildung von Angehörigen der Gesundheitsberufe, spezifische Unterstützung zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und gefährdeten Gruppen (z. B. von humanitären Krisen betroffene Menschen), psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz und Entstigmatisierung.

Die EU hat mehrere wichtige Initiativen zur Stärkung der Förderung der psychischen Gesundheit eingeleitet. Im Rahmen eines mit 11 Mio. EUR ausgestatteten Projekts¹⁶, das gemeinsam mit der WHO durchgeführt wird, werden die Mitgliedstaaten gezielt durch den Aufbau von Kapazitäten und politische Dialoge bei der Verbesserung ihrer Systeme der psychischen Gesundheit unterstützt. Bei einer Erhebung zu den Kapazitäten der Systeme der psychischen Gesundheit in den 27 teilnehmenden EU-

¹³ Gemeinsame Aktion zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes JACARDI unterstützt die Mitgliedstaaten dabei, die Belastung durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes zu verringern, und die gemeinsame Maßnahme PreventNCD unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien zu nicht übertragbaren Krankheiten und Gesundheitsfaktoren.

¹⁴ Europäische Kommission, [Team Europe pledges €6.5 billion at N4G Paris Summit to fight global malnutrition](#).

¹⁵ Im Juni 2023 nahm die Kommission die Mitteilung über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit an, die 20 Leitinitiativen umfasst. Die Kommission hat 1,23 Mrd. EUR an Finanzierungsmöglichkeiten aus verschiedenen EU-Förderprogrammen ermittelt.

¹⁶ Weltgesundheitsorganisation, [Partnering with the European Union \(EU\) to tackle mental health challenges](#).

Mitgliedstaaten, Norwegen und Island lag die Beteiligungsquote bei 100 %. Anhand der Ergebnisse dieser Erhebung wurden 29 Länderprofile erstellt, die es der WHO ermöglichten, die politischen Dialoge auf die Bedürfnisse und Kontexte der Länder abzustimmen. Im Rahmen des Programms EU-PROMENS¹⁷, das mit 9 Mio. EUR ausgestattet ist, wird die multidisziplinäre Weiterbildung für Fachkräfte im Gesundheitswesen und in der Sozialfürsorge unterstützt. Dabei sollen bis 2026 rund 2000 Fachkräfte in der ganzen EU ausgebildet und jedes Jahr im Durchschnitt 100 Austauschmaßnahmen organisiert werden.

Das EU Best Practices Portal on Public Health¹⁸ umfasst inzwischen ein EU-Verzeichnis mit 29 bewährten Verfahren im Bereich der psychischen Gesundheit. In dem Portal werden Initiativen öffentlich zugänglich gemacht, die als Blaupause für ähnliche Projekte verwendet werden können. UNICEF entwickelt mit einem Budget von 2 Mio. EUR ein Präventionsinstrumentarium für das psychische und physische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen¹⁹. Parallel dazu hat die EU ein Unterstützungspaket zur Entstigmatisierung, u. a. mit einer Sensibilisierungskampagne, auf den Weg gebracht, das am Welttag für psychische Gesundheit 2024 vorgestellt wurde. Darüber hinaus stellt die EU durchschnittlich 26 Mio. EUR pro Jahr für die psychologische und psychosoziale Unterstützung bereit²⁰, um die Resilienz der Gemeinschaften in humanitären Notsituationen zu stärken und von Krisen betroffene Menschen, auch Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt, bei der Bewältigung schwerer psychischer Belastungen und Traumata zu unterstützen. So unterstützt die EU beispielsweise Weiterbildungsmaßnahmen zur Umsetzung des Programms der WHO über Maßnahmen zur Schließung der Lücke zwischen Patienten und Gesundheitsdiensten im Bereich psychische Gesundheit (Mental Health Gap Action Programme, mhGAP) in den Zentren der Primärversorgung in Syrien und Nepal. Darüber hinaus wurden Organisationen wie World Vision, HIAS und Profamilia finanziert, um lebensrettende Unterstützung bei Gesundheit und Schutz, auch bei psychischen und psychosozialen Problemen, für Vertriebene an der Grenze Kolumbien-Venezuela bereitzustellen. Darüber hinaus stärkt die EU die Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit von Ländern und Gemeinschaften im Bereich der psychischen Gesundheit und psychosozialen Unterstützung durch die WHO-Initiative „Build Better Before“²¹.

Darüber hinaus hat die EU in Zusammenarbeit mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) ein Projekt finanziert, um Vertriebenen aus der Ukraine psychologische und psychosoziale Unterstützung zu bieten. Für das Projekt stehen 31,2 Mio. EUR zur Verfügung und es wird von Juni 2022 bis Oktober 2025 in 28 Ländern durchgeführt (25 EU-Mitgliedstaaten und EWR-Länder sowie drei Nachbarländer). Hauptziel dieser Maßnahme ist der Aufbau von Kapazitäten und Fähigkeiten für Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Bereitstellung psychologischer und psychosozialer Unterstützung für Vertriebene aus der Ukraine. Bislang wurden mehr als 30 000 Fachkräfte und Freiwillige geschult, damit sie psychologische und psychosoziale Unterstützung leisten können, und knapp 500 000 aus der Ukraine vertriebene Menschen haben über die eingerichteten Dienstleistungsplattformen um Hilfe gebeten.

Krebs

¹⁷ [European Programme for Mental health Exchanges, Networking and Skills](#).

¹⁸ Europäische Kommission, [EU Best Practice Portal on Public Health](#).

¹⁹ Unicef, [The European Commission and UNICEF announce a new partnership to improve health outcomes for children](#).

²⁰ Europäische Kommission, [Health - European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations](#).

²¹ Mental Health Innovation Network, [Building Better Before: Scaling up capacity for mental health and psychosocial support preparedness](#).

Von den nicht übertragbaren Krankheiten ist Krebs nach wie vor eine der dringlichsten gesundheitlichen Herausforderungen, da die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle weiter steigt. Als Reaktion darauf hat sich die EU verpflichtet, dieses Problem durch gezielte Prävention, Früherkennung, verbesserte Behandlungen und Unterstützung für Patienten und Überlebende anzugehen, was auch von der G7 anerkannt wurde²².

Der Europäische Plan zur Krebsbekämpfung spiegelt dieses Engagement wider und stärkt die Bemühungen um Verringerung der Belastungen durch Krebs in der EU und darüber hinaus²³. Er stützt die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und steht mit ihnen im Einklang, indem er dazu beiträgt, einen gleichberechtigten Zugang zu Krebsvorsorge und -behandlung zu gewährleisten, das Wissen über Krebs und die Dateninfrastrukturen zu verbessern und Gesundheitsfaktoren im Zusammenhang mit Krebs anzugehen. Viele der Maßnahmen des Plans sind abgeschlossen oder auf einem guten Weg²⁴.

Die internationale Dimension des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung wurde im Mai 2023 mit der Einrichtung der Gesundheits-Taskforce der EU und der Vereinigten Staaten²⁵ gestärkt, zu deren Schwerpunkten neben globalen Gesundheitsgefahren und der Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur auch Krebs gehört. Die Taskforce hat zwei Facharbeitsgruppen zum Thema Krebs bei Kindern und Lungenkrebs eingesetzt. Die Tätigkeiten der Facharbeitsgruppen unterstützen die Ziele der US Cancer Moonshot Initiative, des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung und der Mission „Krebs“ der EU. Die Facharbeitsgruppen haben bereits die Methodik und den Umfang ihrer Arbeit festgelegt und führen 2025 zwei Beobachtungsstudien durch, um seltene Krebserkrankungen im Kindesalter besser zu verstehen und Erkenntnisse über Strategien zur Früherkennung von Lungenkrebs bei Risikopersonen (Raucher und ehemalige Raucher) zu gewinnen.

Der Tabakkonsum stellt in der EU und weltweit ein erhebliches Problem für die öffentliche Gesundheit dar. Er ist die Hauptursache für vermeidbare Krebserkrankungen – 27 % aller Krebserkrankungen in der EU sind auf Tabakkonsum zurückzuführen – und wird auch weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit und die Gesundheitsausgaben, schwerwiegende sozioökonomische Folgen wie Armut und Ungleichheiten und Umweltauswirkungen haben, die die Gesundheitssysteme und die junge Generation stark belasten. In diesem Zusammenhang stellt die Intensivierung der Bemühungen um umfassende Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums weiterhin eine Priorität der EU dar.

Die EU ist gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Vertragspartei des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) und war die wichtigste treibende Kraft für dessen Annahme. Das WHO-FCTC wurde als Reaktion auf die weltweite Ausbreitung der Tabakepidemie entwickelt und ist ein evidenzbasierter Vertrag, in dem das Recht aller Menschen auf den höchsten Gesundheitsstandard bekräftigt wird. Ziel dieses Übereinkommens und seiner Protokolle ist der Schutz jetziger und künftiger Generationen vor den verheerenden gesundheitlichen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des Tabakkonsums und der Exposition gegenüber Tabakrauch durch Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Bekämpfung des Tabakkonsums, die von den Vertragsparteien auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene umzusetzen sind; angestrebt wird dabei eine stetige und signifikante Reduzierung des Tabakkonsums und der Belastung durch Tabakrauch (Artikel 3 FCTC).

²² G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgrund 39.

²³ Europäische Kommission, [Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#).

²⁴ Europäische Kommission, [Review of Europe's Beating Cancer Plan](#).

²⁵ Europäische Kommission, [Gemeinsame Pressemitteilung zur Einführung der Gesundheits-Taskforce der EU und der Vereinigten Staaten](#).

Neben dem Teilbereich „Krebs“ der Gesundheits-Taskforce der EU und der Vereinigten Staaten profitiert der Plan zur Krebsbekämpfung von Beiträgen internationaler Interessenträger wie dem Internationalen Krebsforschungszentrum (IARC) und der OECD. Die Europäische Kommission arbeitet derzeit Leitlinien für die Krebsvorsorge und -diagnose aus und entwickelt Qualitätssicherungssysteme für die Versorgung von Krebskranken aus. Das IARC arbeitet diese Materialien zusammen mit der Kommission für Gebärmutterhalskrebs aus. Derzeit stehen Leitlinien und Fragen & Antworten für Brustkrebs zur Verfügung und werden weltweit angepasst und angenommen. Materialien für Darm-, Lungen-, Prostata- und Magenkrebs werden folgen²⁶. Die OECD erstellt gemeinsam mit der Kommission im Rahmen des Europäischen Registers der Ungleichheiten bei der Krebsbekämpfung die länderspezifischen Krebsprofile, die Einblicke in krebsbedingte Ungleichheiten in allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen vermitteln. Die zweite Ausgabe der Profile wurde im Februar 2025 veröffentlicht²⁷.

Die Europäische Kommission unterstützt zudem die Erweiterungsländer bei der Überwachung, der Verbesserung der Datenerhebung und dem Benchmarking der Krebsbelastungsindikatoren über das Europäische Krebsinformationssystem²⁸ und das Europäische Krebsregisternetz²⁹.

Im Zusammenhang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz arbeitet die Kommission eng mit dem Internationalen Krebsforschungszentrum (IARC) der WHO im Rahmen der Komponente Beschäftigung und soziale Innovation des Europäischen Sozialfonds Plus zusammen. Die Kommission kofinanziert das internationale, interdisziplinäre Monografieprogramm des IARC, in dessen Rahmen karzinogene Faktoren und vermeidbare Ursachen von Krebs ermittelt werden sollen.

1.3. Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte

Die EU tritt weiterhin für die Förderung, den Schutz und die Verwirklichung aller Menschenrechte und für die umfassende und wirksame Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing und des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) sowie der Ergebnisse ihrer Überprüfungskonferenzen ein und setzt sich in diesem Zusammenhang auch für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte (SRHR) ein. SRHR und Geschlechtergleichstellung hängen eng zusammen und sind von wesentlicher Bedeutung für die Förderung anderer Rechte und Lebensentwürfe, wie z. B. den Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung und zum Arbeitsmarkt, sodass die Menschen ihr Potenzial voll ausschöpfen und zu einer wohlhabenden Gesellschaft beitragen können.

Die Verpflichtungen der EU werden durch politischen Dialog und Programmplanung unterstützt, um den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen und Informationen zu verbessern, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Frauen und jungen Menschen liegt. So befassen sich die EU-Maßnahmen beispielsweise mit zentralen Themen wie Familienplanung, Müttersterblichkeit, geschlechtsspezifische Gewalt und schädliche Praktiken wie Zwangs-, Früh- und Kinderehen sowie Genitalverstümmelung bei Frauen.

²⁶ Europäische Kommission, [Cancer Screening, Diagnosis and Care](#).

²⁷ Europäische Kommission, [European Cancer Inequalities Registry](#).

²⁸ Europäische Kommission, [European Cancer Information System/](#).

²⁹ [European Network of Cancer Registries](#).

Im Dezember 2022 wurde die Team-Europa-Initiative (TEI) zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten in Afrika ins Leben gerufen³⁰, um Partnerschaften zwischen der Kommission, zehn EU-Mitgliedstaaten³¹ und drei regionalen afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften³² zu fördern und mit regionalen Prioritäten in Einklang zu bringen und diese zu unterstützen. Die TEI erhält in Summe einen beträchtlichen Betrag von ihren Mitgliedern, u. a. 60 Mio. EUR an neuen Mitteln aus dem EU-Haushalt für den Zeitraum 2023-2027. Im März 2024 wurde das Programm „SafeBirth Africa“ im Rahmen der TEI SRHR eingeleitet³³. Dieses Programm wurde als Global-Gateway-Leitprojekt für 2025 ausgewählt³⁴ und soll den Zugang zu Produkten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit verbessern, wobei der Schwerpunkt auf nachgeburtlichen Blutungen liegt, einer der Hauptursachen für die Müttersterblichkeit.

Die Kommission hat für den Zeitraum 2023-2026 einen zusätzlichen Beitrag in Höhe von 45 Mio. EUR für die UNFPA-Versorgungspartnerschaft geleitet, in deren Rahmen Verhütungsmittel und Arzneimittel für Mütter an bedürftige heranwachsende und Frauen in 54 Ländern ausgegeben werden^{35,36}. Im September 2024 wurde die Entwicklung eines von der EIB getragenen Front-Loading-Mechanismus im Zusammenhang mit der UNFPA-Versorgungspartnerschaft angekündigt³⁷.

Die EU setzt sich zudem im Rahmen der Spotlight-Initiative der EU und der Vereinten Nationen für die Verhinderung und Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Für die Initiative wurden für den Zeitraum 2017-2023 Mittel in Höhe von 500 Mio. EUR bereitgestellt, und die Kommission unterstützt auch die zweite Phase auf globaler, regionaler und Länderebene, u. a. durch ein Regionalprogramm Afrika 2.0, das speziell auf die Bekämpfung schädlicher Praktiken und die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte ausgerichtet ist.

Maßnahmen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte sind in humanitären Notsituationen besonders wichtig. Vor allem in einem solchen Kontext, in dem das Ausmaß der Gewalt noch höher ist und die Gefährdung noch verstärkt wird, ist die Bereitstellung von Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, wie z. B. Pakete für die reproduktive Gesundheit und medizinische Hilfe bei geschlechtsspezifischer Gewalt, immens wichtig. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, stellt die EU im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit dem UNFPA, Première Urgence Internationale (PUI), der Alliance for Medical Action (ALIMA), dem International Rescue Committee (IRC) und anderen humanitären Partnerorganisationen jährlich im Schnitt 37 Mio. EUR für die sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie die Gesundheitsversorgung für Mütter und Säuglinge in Krisensituationen bereit.

Darüber hinaus unterstützt die Kommission vier länderübergreifende SRHR-Projekte für Heranwachsende und Menschen in prekären Situationen in 16 afrikanischen Ländern über

³⁰ Europäische Kommission, [EU und afrikanische Partner starten Leitinitiative zur Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte](#).

³¹ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Schweden und Tschechien.

³² Die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), die Westafrikanische Gesundheitsorganisation (WAHO) der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC).

³³ UNITAID, ein [Gemeinschaftsprojekt von UNFPA und UNITAID, das durch umfangreiche EU-Mittel unterstützt wird, soll die Hauptursache für den Tod von Müttern bei der Geburt in Afrika beseitigen](#).

³⁴ Rat der Europäischen Union, [The list of Global Gateway flagship projects for 2025](#).

³⁵ Europäische Kommission, [Sexual and reproductive health and rights: EU announces additional €45 million for UNFPA Supplies Partnership](#).

³⁶ United Nations Population Fund, [UNFPA Supplies Partnership](#).

³⁷ Europäische Kommission, [European Union and Bill & Melinda Gates Foundation partner to expand contraceptive and health access for women in low- and middle-income countries](#).

NDICI/Europa in der Welt, das von einem Konsortium europäischer und afrikanischer Organisationen der Zivilgesellschaft getragen wird und mit 32 Mio. EUR für den Zeitraum 2022-2025/2026 ausgestattet ist.

1.4. Hilfe für Menschen im humanitären Notsituationen

Die Kommission leistet zudem rasche und wirksame Hilfe für Menschen in Not, die von humanitären Notlagen und Konflikten betroffen sind. Ihr bedarfsorientierter Ansatz beruht auf den Grundsätzen Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit und stellt sicher, dass die Hilfe die am meisten gefährdeten Gruppen erreicht. Dieser Ansatz beruht auf der Achtung der Rechte, der Würde und der Sicherheit der Menschen, wobei betont wird, dass auch die lokalen Gemeinschaften selbst eine wichtige Rolle bei den Hilfsmaßnahmen spielen können.

Zwischen 2022 und Anfang 2025 hat die EU 745 Mio. EUR für die medizinische Grundversorgung für von Krisen betroffene und benachteiligte Gruppen ausgezahlt. Diese grundlegenden Gesundheitsdienste umfassen die primäre und sekundäre Gesundheitsversorgung, Prävention, Vorsorge und Reaktion auf Epidemien, Öffentlichkeitsarbeit, Kriegsnotoperationen und Rehabilitation, Kapazitätsaufbau und Sanierung von Gesundheitsinfrastrukturen sowie Gewährleistung der Kontinuität der Gesundheitsversorgung und der Pflege bei chronischen Erkrankungen durch Unterstützung mit Geldleistungen oder Gutscheinen.

Durch die Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zur Gesundheitsversorgung für alle unterstützt die EU einen integrierten Ansatz, bei dem das Zusammenspiel von Primär- und Sekundärversorgung gefördert wird und die Bedürfnisse der Patienten stets im Vordergrund stehen. Mit dem integrierten Ansatz der EU werden auch die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Ernährung, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene, Schutz, Geschlechtergleichstellung, Bildung und Hilfe im Ernährungsbereich anerkannt und in einem sektorübergreifenden Interventionsansatz behandelt.

Ein bemerkenswertes Beispiel ist die laufende programmatische Partnerschaft mit der IFRC und den nationalen Rotkreuzgesellschaften zur Finanzierung humanitärer Hilfe. Mit Mitteln in Höhe von insgesamt 218,8 Mio. EUR für den Zeitraum 2022-2026 soll das Programm eine wirksame und gut angepasste lokale Reaktion für bedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleisten, und zwar durch einen risikoobergreifenden, sektorübergreifenden und integrierten Systemansatz, der auf Katastrophenvorsorge sowie die Krisenvorsorge und -reaktion bei Epidemien und Pandemien ausgerichtet ist. Ziel ist es, proaktive Maßnahmen zu verstärken und Klima- und Umwelterwägungen einzubeziehen.

1.5. Bewältigung von Klima- und Umweltrisiken für die Gesundheit

Die Gewährleistung einer gesunden Zukunft für alle und der Schutz des Wohlergehens künftiger Generationen sind zentrale Ziele, die von der Klima-, Umwelt- und Gesundheitspolitik der EU gleichermaßen verfolgt werden. Die EU ist entschlossen, die politischen Maßnahmen in diesen Bereichen im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ und in Anerkennung der Tatsache, dass die Verringerung der Treibhausgase, der Umweltverschmutzung oder des Verlusts der biologischen Vielfalt auch der Gesundheitspolitik erheblich zugutekommt, zu integrieren.

Die EU hat bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen erhebliche Fortschritte erzielt; 2023 wurde eine Verringerung um 8 % verzeichnet, der stärkste jährliche Rückgang seit Jahrzehnten (abgesehen vom Ausreißerjahr 2020). Die Emissionen liegen nun 37 % unter dem Stand von 1990, während das BIP im selben Zeitraum um 68 % gestiegen ist. Dies macht die Entschlossenheit der EU

deutlich, ihre Wirtschaft zu dekarbonisieren und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum zu fördern. Auch bei der Vermeidung und Verringerung der Umweltverschmutzung sind einige Fortschritte zu verzeichnen, z. B. in den Bereichen Luftverschmutzung oder Kunststoffabfälle. Dennoch steht jeder zehnte vorzeitige Todesfall mit der Umweltverschmutzung, einschließlich schädlicher Chemikalien, in Zusammenhang³⁸. Weltweit ist die Lage noch besorgniserregender.

Aufbauend auf der ersten europäischen Klimarisikobewertung³⁹ veröffentlichte die Kommission im März 2024 ihre Mitteilung „Bewältigung von Klimarisiken – Schutz der Menschen und des Wohls“⁴⁰. Im Herbst 2026 wird die Kommission einen Europäischen Plan zur Anpassung an den Klimawandel vorlegen, um die Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung auf Klimarisiken und der Stärkung der Resilienz der Union zu unterstützen. Ziel ist es, ein ausgewogenes Maßnahmenbündel zu erarbeiten, das in Synergien mit der Strategie der Union zur Krisenvorsorge, dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der künftigen Wasserresilienzstrategie und anderen wichtigen politischen Initiativen wirken soll. Der Europäische Plan zur Anpassung an den Klimawandel zielt darauf ab, grenzüberschreitend die Infrastrukturen des Gesundheitssystems zu schützen sowie Gesundheit und Wohlergehen als Reaktion auf die Auswirkungen des Klimawandels zu fördern.

Die EU ist weltweit führend in der Klimadiplomatie und ist kontinuierlich darum bemüht, die globalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels durch multilaterale Verhandlungen, u. a. im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und des Übereinkommens von Paris, der G7 und der G20, plurilateraler Initiativen und bilateraler Dialoge zu verstärken. Die Annahme der Erklärung der Gesundheitsministerinnen und -minister der G20 über Klimawandel, Gesundheit und Gerechtigkeit sowie „Eine Gesundheit“⁴¹ war ein Meilenstein im multilateralen gesundheitspolitischen Engagement, und die EU war einer der wichtigsten Verfechter dieses Ziels. Die EU ist auch der größte Geber von öffentlichen Mitteln für die Klimaschutzfinanzierung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Als Reaktion auf die globalen Herausforderungen hat die EU die Strategie „Global Gateway“ auf den Weg gebracht, die einen umfassenden Rahmen für die Zusammenarbeit mit Partnerländern bildet. Sie ist in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung⁴² und im Pariser Klimaschutzübereinkommen verankert und unterstützt die Partnerländer bei der Beschleunigung ihres grünen und digitalen Wandels, auch in den Bereichen Energie, Klima und Gesundheit.

Gesundheit ist eine tragende Säule der Klima- und Umweltpolitik der EU. In der auf der COP 28 gebilligten Ministererklärung zu Klima und Gesundheit und in der von der WHO angeregten Erklärung von Budapest, die von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO unterzeichnet wurde, wird die Verpflichtung bekräftigt, gesundheitliche Erwägungen in Umweltmaßnahmen einzubeziehen. Beide Erklärungen stärken die internationale Zusammenarbeit und Resilienz gegenüber klima- und umweltbedingten Herausforderungen im Gesundheitsbereich. Darüber hinaus wurden im Rahmen von Horizont Europa⁴³ 203 multinationale, von mehreren Partnern getragene Forschungs- und Innovationsprojekte mit mehreren Partnern mit einem Gesamtbeitrag der EU von rund 1 Mrd. EUR

³⁸ Europäische Kommission, [2nd Zero Pollution Monitoring and Outlook](#).

³⁹ Europäische Umweltagentur, [Bewertung des europäischen Klimarisikos](#).

⁴⁰ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Bewältigung von Klimarisiken – Schutz der Menschen und des Wohls. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52024DC0091>.

⁴¹ G20, [G20 Health Ministerial Declaration on Climate Change, Health and Equity, and on One Health](#), Rio de Janeiro, 2024.

⁴² United Nations, [The 2030 agenda for sustainable development](#).

⁴³ Europäische Kommission, [Horizon Europe](#).

finanziert, um die Auswirkungen der Umweltzerstörung und des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit zu bewältigen.

Aufbauend auf den Ergebnissen der hochrangigen Konferenz über Forschungsperspektiven zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels⁴⁴, wird eine strategische Forschungs- und Innovationsagenda ausgearbeitet, die als Orientierung für künftige Forschungs- und Innovationsprogramme in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Klimawandel dienen soll. Diese Agenda wird sich mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung auf nicht übertragbare und ansteckende Krankheiten, die Resilienz der Bevölkerung und der Gesundheitssysteme sowie der CO₂-Neutralität des Gesundheitssektors befassen.

2. Priorität 2: Stärkung der Gesundheitssysteme und universelle Gesundheitsversorgung (Leitprinzipien 3-6)

Die EU-Strategie für globale Gesundheit ist auf die Stärkung der Gesundheitssysteme und die universelle Gesundheitsversorgung als Eckpfeiler ihres Ansatzes für die globale Gesundheit ausgerichtet. Die EU erkennt an, dass starke Gesundheitssysteme eine wesentliche Voraussetzung für bessere Ergebnisse im Gesundheitsbereich, den Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten und die Förderung des Wirtschaftswachstums sind, was auch von der G7⁴⁵ und der G20 anerkannt wird. Daher ist die EU entschlossen, die Länder bei der Entwicklung resilienter, gerechter und nachhaltiger Gesundheitssysteme zu unterstützen. Dazu gehören Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur und die Gesundheitsvorsorge, die Erhöhung der Gesundheitspersonalkapazitäten, die Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien sowie die Förderung digitaler Gesundheitslösungen. Durch ihre Partnerschaften mit internationalen Organisationen wie der WHO und ihre Unterstützung globaler Gesundheitsinitiativen setzt sich die EU dafür ein, eine universelle Gesundheitsversorgung und die Stärkung der Gesundheitssysteme auf der ganzen Welt zu fördern.

2.1. Internationale Initiativen zur Stärkung der Gesundheitssysteme in Partnerländern

Die EU-Strategie für globale Gesundheit ist auf die Stärkung der primären Gesundheitsversorgung, der öffentlichen Gesundheitssysteme und der gemeindenahen Betreuung als zentrale Säulen für die Verwirklichung der universellen Gesundheitsversorgung und die Verbesserung der globalen Gesundheit ausgerichtet. Durch die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und Investitionen in nachhaltige Gesundheitslösungen strebt die EU den Aufbau stärkerer Gesundheitseinrichtungen, die Verbesserung der Governance und die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen an.

Lusaka-Agenda

Bemühungen wie der „Future of Global Health Initiatives“-Prozess und die Lusaka-Agenda zielen darauf ab, einen Konsens über die Reform der Gesundheitsarchitektur zu erzielen, um die Führungsrolle der Länder, die Primärversorgung und die universelle Gesundheitsversorgung zu unterstützen. Mehrere laufende Prozesse wie der Fahrplan EU-Afrika, das „Lusaka Agenda Monitoring Framework“ der Afrikanischen Union, das Konzeptpapier „Africa’s Health Financing in a New Era“ von Africa CDC, einer Behörde der Afrikanischen Union, die „Friends of the Lusaka Agenda“ und die Arbeitsgruppe des Gemeinsamen Ausschusses, darunter der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, Gavi, die Impfallianz und die Globale Finanzierungsfazilität, tragen alle zur Verwirklichung

⁴⁴ Europäische Kommission (2024). [Research perspectives on the health impacts of climate change – Report on the high-level conference](#).

⁴⁵ G7, [G7 Health Ministers’ Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgründe 5, 12 und 23.

des gemeinsamen Ziels bei. Die EU beteiligt sich aktiv an diesen Prozessen, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und die erzielten Erfolge zu erhalten und gleichzeitig mit ihren Partnerländern und Interessenträgern auf konstruktive Weise zusammenzuarbeiten, um weitere Verbesserungen in dem derzeit schwierigen Umfeld zu erreichen. Dazu gehören auch die Nutzung von Synergieeffekten und die Koordinierung zwischen globalen Gesundheitsinitiativen.

WHO-Partnerschaft für universelle Gesundheitsversorgung

Seit 2011 unterstützt die Kommission die Reorganisation der WHO, mit der ihre Rolle als wirksamer Ko-Initiator und Mitunterstützer des gesundheitspolitischen Dialogs über die strategische Planung und Verwaltung der Gesundheitssysteme zur Verwirklichung der universellen Gesundheitsversorgung und Primärversorgung gestärkt werden soll. Die EU unterstützt diese Bemühungen im Rahmen der WHO-Partnerschaft für universelle Gesundheitsversorgung und bringt damit zum Ausdruck, wie wichtig die Primärversorgung und die gemeindenähe Dienstleistungen als Triebkräfte für gerechte Gesundheitssysteme sind.

Ende 2022 sagte die EU zeitgleich zur Einleitung der EU-Strategie für die globale Gesundheit 125 Mio. EUR für die WHO-Partnerschaft für universelle Gesundheitsversorgung zu. Davon wurden bereits 61 Mio. EUR für die Partnerschaft bereitgestellt; mit diesen Mitteln sollen die WHO-Länderbüros und Regierungen durch Fachexperten unterstützt werden. Während anfangs nur sieben Zielländer unterstützt wurden (Phase I), wurde die Unterstützung im Jahr 2011 auf über 119 Länder in sechs WHO-Regionen ausgeweitet und acht weitere Geberländer sind dem Programm beigetreten⁴⁶.

Im Rahmen des Programms, das sich derzeit in Phase IV (2018-2025) befindet, sollen das Wohlergehen der Menschen und die Gesundheitspolitik entsprechend den nationalen Bedürfnissen gefördert und die Gesundheitssysteme durch gesundheitspolitische Berater der WHO in 119 Ländern gestärkt werden. Live-Monitoring-Besprechungen und die jährliche Berichterstattung erleichtern den länderübergreifenden und regionalen Erkenntnisgewinn.

Team-Europa-Initiative zur Unterstützung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen in Afrika

Die doppelte Belastung durch übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten in Afrika macht deutlich, wie wichtig die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen in dem Land sind. Die afrikanischen Länder erkennen zunehmend an, dass die Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens gestärkt werden müssen, um ein integriertes, ganzheitliches Gesundheitssystem aufzubauen, die Reaktion auf Gesundheitskrisen zu verbessern, Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zu abzubauen und Fortschritte bei der Verwirklichung einer universellen Gesundheitsversorgung zu erzielen. Öffentliche Gesundheitseinrichtungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung einer inklusiven Reaktion im Bereich der öffentlichen Gesundheit und einer umfassenden evidenzbasierten Politikgestaltung.

Daher haben die Mitgliedstaaten⁴⁷ im Rahmen des Global-Gateway-Pakets Afrika-Europa die Team-Europa-Initiative zur Unterstützung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen in Afrika ins Leben gerufen. Die Initiative, die auf der hochrangigen Tagung zur Partnerschaft zwischen der EU und der AU im Bereich der globalen Gesundheit im Hinblick auf einen gleichberechtigten Zugang in Brüssel im März 2024 eingeleitet wurde, stärkt die strategische Partnerschaft der EU mit Africa CDC und

⁴⁶ Luxemburg, Irland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Japan und seit 2021 Belgien, Kanada und Deutschland.

⁴⁷ Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden und Tschechien.

verbessert die Zusammenarbeit zwischen der EU und der AU in europäischen und afrikanischen Schulen und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens.

Im Rahmen der Initiative werden öffentliche Gesundheitseinrichtungen in mehr als 50 afrikanischen Ländern unterstützt. Nach ihrer Einführung hat die Kommission im Jahr 2024 50 Mio. EUR bereitgestellt, um die Vernetzung und Partnerschaften zwischen afrikanischen und europäischen Gesundheitseinrichtungen zu stärken und gemeinsam Maßnahmen in den Bereichen Forschung, Weiterbildung, politische Beratung und Interessenvertretung zu entwickeln. Darüber hinaus werden in zehn afrikanischen Ländern südlich der Sahara Kapazitäten im öffentlichen Gesundheitswesen aufgebaut, insbesondere in den Bereichen Forschung, Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, Personalentwicklung sowie Bewertung und Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zu Dienstleistungen.

2.2. Initiativen im Bereich der digitalen Gesundheit

Die EU ist Vorreiter bei der Nutzung digitaler Gesundheitstechnologien. Mit ihren Initiativen im Bereich der digitalen Gesundheit möchte die EU ein nahtloses, sicheres und vernetztes Ökosystem für die Gesundheitsversorgung schaffen, das Privatpersonen, Angehörigen der Gesundheitsberufe und Forschende den Zugang zu Gesundheitsdaten und deren gemeinsame Nutzung ermöglicht, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördert und bessere gesundheitspolitische Entscheidungen ermöglicht.

Bessere Verwaltung von Gesundheitsdaten

Eines der Ziele der EU-Strategie für globale Gesundheit besteht darin, auf der Vorreiterrolle der EU bei der Regulierung von Gesundheitsdaten, digitalen Zertifikaten, der Nutzung der Cloud für den Datenaustausch, den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre aufzubauen. Die EU ist bestrebt, das Potenzial von Gesundheitsdaten außerhalb der EU im Einklang mit den Grundsätzen des Europäischen Gesundheitsdatenraums zu nutzen, die auf eine bessere Verwaltung von Gesundheitsdaten und eine größere Interoperabilität abzielen. Die Zusammenarbeit mit dem WHO-Regionalbüro für Europa und das kontinuierliche Engagement im Bereich der digitalen Gesundheit in globalen Foren untermauern die Führungsrolle und die Bemühungen der EU um eine gerechte Gestaltung des digitalen Wandels.

Im September 2023 leiteten das WHO-Regionalbüro für Europa und die Kommission im Rahmen des Programms EU4Health ein mit 12 Mio. EUR ausgestattetes Projekt ein, um die Gesundheitsinformationssysteme zu stärken und die Verwaltung und Interoperabilität von Gesundheitsdaten in 53 Ländern der Europäischen Region der WHO zu verbessern⁴⁸. Im Einklang mit der Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten (EHDS) fördert die Initiative den sicheren Datenaustausch nach den Datenschutzgrundsätzen der EU innerhalb der EU und in der gesamten Europäischen Region.

Dieses auf vier Jahre angesetzte Projekt zielt darauf ab, die Verwendung und Weiterverwendung von Gesundheitsdaten durch Gesundheitsdienstleister, politische Entscheidungsträger und Patienten zu verbessern und die Qualität und Interoperabilität der Gesundheitsinformationssysteme zu verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten das WHO-Regionalbüro für Europa und die Kommission an der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau und zur Unterstützung bei der Beseitigung von Lücken, der Deckung des Bedarfs und der fachlichen Entwicklung in den Gesundheitsinformationssystemen in den unterstützten Ländern der Europäischen Region der WHO sowie bei der Verwaltung von Gesundheitsdaten und den entsprechenden Kapazitäten, um erfolgreiche

⁴⁸ Weltgesundheitsorganisation, [Partnering with the EU to strengthen health information systems, data governance and interoperability in Europe](#).

Praktiken auf Länder- oder regionale Ebene auszuweiten. Das Projekt wird auch die Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Ländern, der Kommission, dem WHO-Regionalbüro für Europa und externen Interessenträgern über das Gesundheitsinformationsnetz fördern.

Über diese Partnerschaft hinaus sind die Grundsätze und Standards des EHDS eine wichtige Grundlage für die Beiträge der Kommission zur digitalen Gesundheit in globalen Foren wie der G7, der G20 und der OECD oder bei Gesprächen mit Drittländern.

Globales Netz der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung (GDHCN)

Ein wichtiges Etappenziel der EU-Strategie für globale Gesundheit war die Überführung des digitalen COVID-Zertifikats der EU (EUDCC) als größtes internationales System interoperabler digitaler COVID-Zertifikate in das Globale Netz der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung (GDHCN). Nachdem das EUDCC Gateway am 31. Dezember 2023 eingestellt wurde, gewährleistet nun das GDHCN, dass digitale COVID-Zertifikate weiterhin weltweit ausgestellt und überprüft werden; inzwischen sind rund 80 Länder angeschlossen. Diese Zusammenarbeit, die auf einer von der EU entwickelten Lösung beruht, stärkt die digitale Gesundheitsinfrastruktur und fördert resiliente Gesundheitssysteme weltweit. Die weitere Zusammenarbeit mit der WHO wird die Entwicklung zusätzlicher Anwendungsfälle im GDHCN umfassen, wie z. B. des Internationalen Impfpasses (ICVP) oder des Impfausweises.

Im Rahmen der am 1. Juni 2024 angenommenen Änderungen an den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) kamen die WHO-Mitgliedstaaten überein, Bestimmungen aufzunehmen, die die Nutzung digitaler Versionen des ICVP ermöglichen und damit denjenigen, die einen Impfnachweis benötigen, das Reisen erleichtern. Diese Initiative, die auf einer ursprünglich von der EU und den EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Änderung beruht, unterstreicht das Engagement der EU für die Stärkung der Gesundheitssysteme, indem grundlegende Gesundheitsdienste durch digitale Instrumente zugänglicher und an moderne Erfordernisse angepasst werden. Auf diese Weise werden in diesem Bereich weltweit Fortschritte erzielt.

Team-Europa-Initiative im Bereich der digitalen Gesundheit zur Stärkung der Gesundheitssysteme und der universellen Gesundheitsversorgung in Afrika

Im Rahmen des Global-Gateway-Investitionspakets Afrika-EU leitete das Team Europa im März 2024 auf der hochrangigen Tagung zur Partnerschaft zwischen der EU und der AU im Bereich der globalen Gesundheit im Hinblick auf einen gleichberechtigten Zugang die Team-Europa-Initiative im Bereich der digitalen Gesundheit zur Stärkung der Gesundheitssysteme und der universellen Gesundheitsversorgung ein. Diese Initiative, die mit der Agenda von Africa CDC für den digitalen Wandel im Gesundheitswesen im Einklang steht, unterstützt afrikanische Länder bei der Einführung digitaler Lösungen für stärkere und nachhaltigere Gesundheitssysteme. Die Initiative umfasst digitale Lösungen für die Pandemievorsorge und -reaktion, wie das Globale Netz der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung, das digitale Instrumente, digitale Kompetenzen und den digitalen Wandel unterstützt, und die Partnerschaft mit UNICEF für ein Rückverfolgungs- und Überprüfungssystem (TRVST), mit dem gefälschte Arzneimittel aufgespürt werden können.

Nach der Einleitung der Team-Europa-Initiative hat die Kommission im Jahr 2024 25 Mio. EUR zur Unterstützung digitaler Gesundheitslösungen für die Pandemievorsorge und zur Stärkung des Gesundheitssystems in Afrika südlich der Sahara bereitgestellt.

2.3. Förderung hoher Standards für Arzneimittel und Medizinprodukte und lokale Produktion

Die Bemühungen der EU, den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien weltweit und insbesondere in Afrika zu verbessern, werden durch ihre Arbeit zur Förderung hoher Standards für Arzneimittel und Medizinprodukte ergänzt. Ziel der EU ist es, durch die Unterstützung der Entwicklung robuster Regulierungssysteme und Qualitätskontrollmechanismen zu gewährleisten, dass Arzneimittel und Gesundheitsprodukte sicher, wirksam und von hoher Qualität sind.

Überarbeitung des EU-Arzneimittelrechts

Aufbauend auf dem Engagement der EU für die Prävention von Gesundheitsgefahren schlug die Kommission im April 2023 eine Reform des EU-Arzneimittelrechts⁴⁹ vor, mit der die geltende Verordnung und Richtlinie geändert werden sollten. Mit dieser Initiative sollen die wichtigsten Herausforderungen in diesem Sektor angegangen werden, u. a. die Verbesserung des Zugangs der Patienten zu erschwinglichen Arzneimitteln, die Stärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen und die Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Arzneimittelindustrie der EU. Mit der Reform werden Maßnahmen zur Straffung der Regulierungsprozesse, zur Stärkung der Resilienz der Lieferketten und zur Förderung nachhaltiger Praktiken bei der Entwicklung und Verwendung von Arzneimitteln eingeführt.

Mit der vorgeschlagenen Verordnung wird ein neuer Artikel (Artikel 141) eingeführt, der die internationale Zusammenarbeit fördern soll. Dadurch wird die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) in die Lage versetzt, mit zuständigen Behörden außerhalb der EU und mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die Verhandlungen über die vorgeschlagene Verordnung und Richtlinie werden derzeit im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens der EU geführt.

Internationaler Rat für die Harmonisierung der technischen Anforderungen an Humanarzneimittel (ICH) und die Internationale Koalition der Arzneimittelbehörden (JCMRA)

In der EU-Strategie für globale Gesundheit wird die Notwendigkeit einer stärkeren Konvergenz und Angleichung an internationale Standards als Kernaspekt der internationalen Zusammenarbeit zur Verbesserung der Gesundheitssysteme anerkannt. Hier spielt die Kommission eine Schlüsselrolle in multilateralen Foren wie dem Internationalen Rat für die Harmonisierung der technischen Anforderungen an Humanarzneimittel (ICH) und der Internationalen Koalition der Arzneimittelregulierungsbehörden (ICMRA). Als Gründungsmitglied des ICH legt die Kommission die Ausrichtung und die Prioritäten der Organisation fest, trägt zur Entwicklung hoher wissenschaftlicher Standards bei und bringt die weltweite Harmonisierung voran.

Neben diesen Bemühungen hat die Kommission angesichts der zunehmenden Verbreitung gefälschter Arzneimittel auch eine rechtliche Verpflichtung für alle humanitären Partner eingeführt, die einschlägigen Qualitätssicherungsstandards der EU und der WHO für Arzneimittel einzuhalten. Gemäß dem EU-Zertifikat für humanitäre Partnerschaft 2021-2027⁵⁰ und den Bestimmungen zu medizinischen Hilfsgütern und Nahrungsmitteln, die für im Rahmen des EU-Zertifikats für humanitäre Partnerschaft 2021-2027 finanzierte Maßnahmen⁵¹ gelten, müssen die humanitären Partner die Beschaffung und Verwendung von qualitätsgesicherten medizinischen Hilfsgütern bei ihren humanitären Einsätzen sicherstellen.

⁴⁹ Europäische Kommission, [Reform of the EU pharmaceutical legislation](#).

⁵⁰ In Anhang 5 der Musterfinanzhilfvereinbarung heißt es: „Bei der Durchführung von Maßnahmen der humanitären Hilfe müssen die Begünstigten sicherstellen, dass die von der Bewilligungsbehörde festgelegten Qualitätsstandards für medizinische Hilfsgüter, Medizinprodukte und Nahrungsmittel eingehalten werden.“

⁵¹ Europäische Kommission, [Provisions on medical and food supplies applicable to actions funded under the EU Humanitarian Partnership Certificate 2021 - 2027](#).

Internationales Forum der Aufsichtsbehörden für Medizinprodukte (IMDRF)

Die EU setzt sich auch für die Förderung hoher Standards bei Medizinprodukten ein und erkennt damit deren entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit an. Als Gründungsmitglied des Internationalen Forums der Aufsichtsbehörden für Medizinprodukte (IMDRF) spielt die EU eine Schlüsselrolle bei der internationalen Harmonisierung und Angleichung der Vorschriften. Die Kommission sorgt in Abstimmung mit ihren Mitgliedstaaten für eine gewichtige Vertretung in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses sowie in verschiedenen Facharbeitsgruppen, die fachliche Leitlinien zu einer Reihe von Themen ausarbeiten, die für Aufsichtsbehörden und andere Interessenträger des Sektors weltweit von Nutzen sind.

2023 führte die EU den Vorsitz im IMDRF. Während ihres Vorsitzes hat die EU andere Regulierungsbehörden für den EU-Rechtsrahmen sensibilisiert und die Kohärenz der vom Forum entwickelten Leitlinien mit den EU-Vorschriften verbessert. Weitere wichtige Erfolge des Vorsitzes sind die Ausweitung der Mitgliedschaft im IMDRF, die Stärkung der Beziehungen zu anderen internationalen Regulierungsbehörden, die Intensivierung des Austauschs mit Regulierungsbehörden und Interessenträgern in der EU, die Förderung der Entwicklung von Weiterbildungsmaßnahmen und die Gewährleistung der Beteiligung anderer relevanter Interessenträger wie Angehörige der Gesundheitsberufe und Patienten. Die EU setzte ihr Engagement im IMDRF fort und ist bei der Arbeit in den folgenden drei Arbeitsgruppen des IMDRF federführend: Qualitätsmanagementsysteme, Terminologie für unerwünschte Ereignisse und klinische Nachweise für In-vitro-Diagnostika.

Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zwischen der EMA und Drittländern

Die Kommission hat in Zusammenarbeit mit der EMA die bilateralen Partnerschaften mit wichtigen Ländern gestärkt und den Dialog über Regulierungsfragen durch den Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen über Gesundheits- und Medizinprodukte gefördert. Diese Bemühungen zielen darauf ab, die Angleichung an internationale Normen und Leitlinien zu fördern und gleichzeitig die globale Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zu verbessern.

Demnach wird die EMA von den Regulierungsstellen in Afrika, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Südostasien sowie von der WHO zunehmend als Referenzagentur auf verschiedenen formellen und informellen vertrauensbasierten Regulierungspfaden anerkannt. Im Mai 2024 wurde dem Europäischen Netzwerk der Arzneimittelzulassung (EMRN) – dem die Kommission, die EMA und die 30 nationalen Regulierungsbehörden des Europäischen Wirtschaftsraums angehören – der Status einer von der WHO benannten Behörde zuerkannt. Damit wird anerkannt, dass das Netzwerk auf einem fortgeschrittenen Niveau arbeitet und sich an internationale regulatorische Standards, Leitlinien und bewährte Verfahren hält. Das EMRN erhielt als erstes „regionales Regulierungssystem“ den Status einer von der WHO anerkannten Behörde. Dieses Etappenziel dürfte das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den globalen Regulierungsbehörden stärken, die Gesundheitssysteme stärken, die Arzneimittelbeschaffung erleichtern und den Zugang zu hochwertigen Arzneimitteln verbessern.

Im Einklang mit ihrem Engagement für eine globale Stärkung der Regulierung unterstützt die EMA auch die Bemühungen zur Verbesserung der Regulierungslandschaft Afrikas durch MAV+. Dazu gehören der Ausbau der Kapazitäten der künftigen Afrikanischen Arzneimittel-Agentur, die Förderung der Annahme gemeinsamer Regulierungsstandards und Leitlinien sowie die Erleichterung gemeinsamer Arzneimittelbewertungen.

Team-Europa-Initiative für die Herstellung von und den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien in Afrika (MAV+)

Im Einklang mit den Zielen der EU-Strategie für globale Gesundheit wurde 2021 die MAV+-Initiative ins Leben gerufen, um die Gesundheitssysteme und den Zugang zu Arzneimitteln weltweit zu stärken. Als tragende Säule der Global-Gateway-Investitionsstrategie der EU wurde MAV+ auf dem sechsten Gipfeltreffen der Afrikanischen Union und der Europäischen Union im Jahr 2022 im Rahmen eines Global-Gateway-Investitionspakets gestärkt.

Um die globalen Lieferketten zu diversifizieren und dem Ziel der afrikanischen **Staats- und Regierungschefs**, die lokale Produktion bis 2040 erheblich zu steigern, zu entsprechen, deckt MAV+ in Afrika mehrere Aspekte von Angebot und Nachfrage sowie der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Entwicklung durchgängiger pharmazeutischer Wertschöpfungsketten von Innovation und Regulierung bis hin zur Produktion und Marktoöffnung ab.

MAV+ hat bereits mehr als 1,3 Mrd. EUR an Finanzhilfen und Darlehen und zusätzlich 750 Mio. EUR über den „African Vaccine Manufacturing Accelerator“ (AVMA) der Gavi mobilisiert. Insgesamt sind an MAV+ mehr als 108 Projekte und 47 Durchführungspartner beteiligt. Die Initiative entfaltet auf kontinentaler und nationaler Ebene ihre Wirkung (insbesondere in Senegal, Nigeria, Ghana, Ruanda, Südafrika und Ägypten). Einige Beispiele für Tätigkeiten von MAV+: 1) Unterstützung von Herstellern in ganz Afrika mit finanziellen und nichtfinanziellen Instrumenten, 2) Ausbau der Kapazitäten der nationalen Regulierungsbehörden (beispielsweise hat die EU die nationalen Regulierungsbehörden Senegals und Ruandas dabei unterstützt, den WHO-Reifegrad zu erreichen), 3) Ausbau von Forschungskapazitäten und Bildungseinrichtungen, und 4) Förderung einer stabilen und vorhersehbaren Nachfrage, z. B. durch Unterstützung des AVMA. Auf Länderebene finanziert die Kommission Maßnahmen in afrikanischen Ländern mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Forschung, Stärkung der Regulierung, Hochschulbildung und Kompetenzaufbau und bietet somit Unterstützung im Einklang mit den nationalen Plänen für die Entwicklung der Arzneimittel- und Gesundheitssysteme. Auf kontinentaler Ebene unterstützt MAV+ die Einrichtung der Afrikanischen Arzneimittel-Agentur (AMA) und der Initiative „Plattform für die harmonisierte Herstellung afrikanischer Gesundheitsprodukte“ (PHAHM) von Africa CDC. Darüber hinaus knüpft MAV+ an einschlägige AU-EU-Initiativen wie die AU-EU-Innovationsagenda und das Gemeinsame Unternehmen EDCTP an, um Synergien zu nutzen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen eines „Team Europa“-Ansatzes mit den Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen wie der EIB zusammen, um eine Kombination von Finanzierungsinstrumenten als Katalysator für private Investitionen anzubieten. In diesem Zusammenhang wurde 2024 ein neues Garantieinstrument, der Human Development Accelerator (HDX), als Partnerschaft zwischen der Kommission, der EIB und der Gates-Stiftung eingeführt (siehe Abschnitt 6).

2.4. Arbeitskräfteentwicklung und Mobilität

Die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen sind eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren jedes Gesundheitssystems. Eine der wichtigsten Prioritäten der Strategie für globale Gesundheit ist die Stärkung der Gesundheitssysteme weltweit, wozu es auch gehört, den kritischen Fachkräftemangel in vielen Regionen zu beheben. Dies wurde auch von der G7 und der G20 anerkannt, die die Arbeit der WHO-Akademie, des Laboratoriums für Arbeitskräfte im öffentlichen Gesundheitswesen der G20 und des UHC Knowledge Hub unterstützen⁵².

⁵² G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgrund 23. G20, [G20 Declaration of the Health Ministers](#), Rio de Janeiro, 2024.

Fachkräftepartnerschaften

Ziel der Strategie für globale Gesundheit ist die Förderung von für beide Seiten vorteilhaften Mobilitätsvereinbarungen mit Partnern vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen, um die zirkuläre Mobilität zu fördern und der Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken. Fachkräftepartnerschaften sind ein nützliches Instrument im Rahmen internationaler Partnerschaften, das die Zusammenarbeit zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und den Partnerländern erleichtert, um die Mobilität der Arbeitskräfte und die Kompetenzentwicklung auf eine für beide Seiten vorteilhafte Weise zu verbessern, Engpässe in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarkts in der EU zu beseitigen und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung und die Kompetenzentwicklung der Herkunftsgemeinschaften zu fördern. Bislang wurden Fachkräftepartnerschaften mit Marokko, Tunesien, Ägypten, Pakistan und Bangladesch geschlossen; hier liegt der Schwerpunkt auf Sektoren von beiderseitigem Interesse. In diesem Rahmen finden auch Aktivitäten im Pflegesektor statt. Im Rahmen von Fachkräftepartnerschaften pflegt die EU einen engen Dialog mit den teilnehmenden Mitgliedstaaten und Partnerländern, um sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit für alle beteiligten Parteien zu einer Zuwanderung von Fachkräften führt. Ziel ist es, eine für alle Seiten vorteilhafte Situation zu schaffen, in der sowohl die EU als auch die Partnerländer vom Austausch von Fähigkeiten und Arbeitskräften profitieren.

Team-Europa-Initiative für eine auf Chancen ausgerichtete Berufsbildung

Im Global-Gateway-Investitionspaket wird hervorgehoben, dass die berufliche Aus- und Weiterbildung und die Kompetenzentwicklung von wesentlicher Bedeutung für die Verwirklichung der umfassenderen Gesundheits- und Entwicklungsziele der EU sind. In diesem Zusammenhang wurde im April 2024 die Team-Europa-Initiative für chancenorientierte Kompetenzen und berufliche Aus- und Weiterbildung in Afrika (TEI OP-VET) eingeleitet, an der die EU, Belgien, Finnland, Frankreich und Deutschland beteiligt sind. Ziel ist es sicherzustellen, dass die berufliche Aus- und Weiterbildung in afrikanischen Ländern südlich der Sahara an konkreten und menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten ausgerichtet wird, die sich aus spezifischen Investitionen, Handel, Entwicklungen der Wertschöpfungskette und anderen Marktdynamiken ergeben, unter anderem in den Bereichen Gesundheit und Arzneimittel sowie damit zusammenhängenden Sektoren oder Wertschöpfungsketten. In Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Interessenträgern trägt die TEI OP-VET dazu bei, Beschäftigungsmöglichkeiten und die am Markt nachgefragten Kompetenzen im Zusammenhang mit diesen Investitionen zu ermitteln und daraus Empfehlungen für berufliche Aus- und Weiterbildung und Kompetenzentwicklungsmaßnahmen abzuleiten, mit denen das Angebot an relevanten Kompetenzen für konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten gefördert wird⁵³.

Kapazitätsaufbau und Kompetenzentwicklung durch Hochschulbildung und Forschung

Im Rahmen von MAV+, die Teil von Global Gateway ist, werden auch Investitionen in Hochschulbildung und Forschung getätigt. 2023 wurde an der Universität Ruanda im Rahmen einer engen Zusammenarbeit mit mehreren Universitäten in Europa ein Master- und ein

⁵³ Der „Report on opportunity driven and industry skills and vocational education and training development for the pharmaceutical sector in Rwanda - Strengthening the Africa-EU partnership in the area of vocational education and training and health through the Global Gateway Africa-Europe Investment package“ (August 2023) ist ein konkretes Beispiel dafür, was die Team-Europa-Initiative für eine auf Chancen ausgerichtete Berufsbildung leisten kann. In dem Bericht werden konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualifikationsanforderungen im ruandischen Arzneimittelsektor und in verwandten Sektoren (Verarbeitung von Nahrungsmitteln und Agrarerzeugnissen, Herstellung von Elektronikprodukten, Logistik und Lieferketten) untersucht und Empfehlungen für das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung gegeben, damit die berufliche Entwicklung von Fach- und Hilfskräften im Gesundheitswesen auf den Bedarf abgestimmt werden kann.

Doktorandenprogramm in Biotechnologie aufgelegt. Darüber hinaus bauen die University of the Western Cape (Südafrika) und das Institut für Tropenmedizin in Antwerpen (Belgien) ein Kompetenzzentrum für die Pharmakovigilanz im südlichen Afrika (CEPSA) auf. Das CEPSA vermittelt Fachleuten Kompetenzen und Führungsqualitäten im Bereich der Arzneimittelsicherheit und bildet eine neue Generation von Pharmakovigilanzexperten aus.

In ähnlicher Weise hat die EU die Einrichtung eines neuen Ausbildungszentrums am Institut Pasteur Dakar (IPD) in Senegal unterstützt: das Centre Africain de Résilience aux Epidémies (CARE). Dieses Zentrum soll die Rolle des IPD als regionales Kompetenzzentrum für die Ausbildung in den Bereichen Seuchenüberwachung sowie Vorsorge und Reaktion bei Epidemien in Afrika festigen. Es wird Schulungen für afrikanische Fachkräfte anbieten, die dort modernste Fähigkeiten in der Datenerhebung, -analyse und -modellierung zur Antizipation künftiger Gesundheitsgefahren erwerben können.

Darüber hinaus baut die EU in den Partnerländern Kapazitäten und Kompetenzen im Gesundheitsbereich im Rahmen von Erasmus+ auf, dem Leitprogramm der EU für Bildung, das eine internationale Dimension hat und den Partnerländern offensteht. Im Rahmen von Erasmus+ finanziert die EU neben Mobilitätsmaßnahmen für Studierende und Personal auch Projekte zum Kapazitätsaufbau und zur Stärkung der Institutionen im Hochschul- und Berufsbildungsbereich, auch im Gesundheitswesen. Im Rahmen solcher Maßnahmen entwickeln Bildungsanbieter und Behörden aus den Partnerländern gemeinsam mit europäischen Partnern verschiedene Aktivitäten, die alle unmittelbar für die Bereitstellung einer hochwertigen und inklusiven Bildung, auch im Pflege- und Gesundheitsbereich, relevant sind. Dies reicht von der Erstellung von Lehrplänen über die Ausbildung von Lehrkräften bis hin zur Einrichtung von Qualitätssicherungsmechanismen an Universitäten, um ein hochwertiges Bildungsangebot zu gewährleisten. Ein Beispiel für ein Erasmus+-Projekt zum Kapazitätsaufbau im Hochschulbereich ist Mimin (2023-2026), mit dem die Kompetenzen von Angehörigen der Gesundheitsberufe und die Praktiken in den Krankenhäusern in Benin verbessert werden sollen, um Infektionen bei Müttern und Säuglingen zu verhindern.

2.5. Förderung der globalen Gesundheitsforschung

Die EU setzt sich für die Stärkung der Forschung und Innovation im Bereich der globalen Gesundheit ein. In diesem Zusammenhang wurde die Partnerschaft Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien⁵⁴ (EDCTP) ins Leben gerufen, um die klinische Entwicklung neuer oder verbesserter Gesundheitstechnologien zur Erkennung, Behandlung und Prävention von armutsbedingten und vernachlässigten Infektionskrankheiten sowie die Finanzierung von Tätigkeiten zum Aufbau von Forschungskapazitäten in Afrika zu unterstützen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 hat sich die EDCTP zu einer vertrauensvollen Partnerschaft im Bereich der klinischen Forschung entwickelt, der 30 afrikanische und 15 europäische Länder sowie die Europäischen Union, die Afrikanische Union und die WHO angehören, die alle zusammen die EDCTP Association bilden.

Das Gemeinsame Unternehmen „Global Health EDCTP3“ ist derzeit in seiner dritten Form als gemeinsames Unternehmen der Kommission und der EDCTP Association tätig und verfügt über ein Budget von 1,86 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2031. Die EU steuert 910 Mio. EUR bei, die EDCTP Association mindestens 550 Mio. EUR und die anderen beitragenden Partner (Stiftungen, Industrie, andere Forschungsförderer) den restlichen Betrag von bis zu 400 Mio. EUR. Seit Gründung des Gemeinsamen Unternehmens wurden im Rahmen der Global Health EDCTP-Programme mehr als 470 klinische Studien, mehr als 120 Finanzhilfen zum Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen

⁵⁴ [EDCTP](#).

Regulierung und Ethik und mehr als 270 Stipendien für Forschende aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara finanziert.

So hat das Global Health EDCTP im Bereich vernachlässigter Infektionskrankheiten das Pediatric Praziquantel Consortium bei der Entwicklung einer neuen pädiatrischen Behandlung für Kinder im Vorschulalter unterstützt, die an Schistosomiasis erkrankt sind, einer zu Lähmungen führenden Wurmkrankheit, von der insbesondere Kleinkinder in Afrika betroffen sind. Nach einer positiven wissenschaftlichen Stellungnahme der EMA nahm die WHO im Mai 2024 Arpraziquantel (ein Praziquantel-Äquivalent) in ihre Liste der präqualifizierten Arzneimittel auf, sodass die neue Behandlung für Kinder in Afrika verfügbar ist.

Darüber hinaus finanzierte das Global Health EDCTP im Rahmen des Projekts HAT-R-ACC auch die Entwicklung von Fexinidazol, dem ersten oralen Medikament gegen die akute und tödlich verlaufende Form der Schlafkrankheit. Nach einer positiven wissenschaftlichen Stellungnahme der EMA nahm die WHO das Arzneimittel im Oktober 2024 in die einschlägigen Behandlungsleitlinien auf, sodass es für die Behandlung in afrikanischen Ländern, in denen die Krankheit weitverbreitet ist, zur Verfügung steht.

Im Jahr 2024 wurden im Rahmen des EDCTP3 74 globale Gesundheitsforschungsprojekte mit einem Gesamtbudget von 254 Mio. EUR finanziert. 59 davon sind Forschungs- und Innovationsprojekte zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten in afrikanischen Ländern südlich der Sahara und 15 sind Projekte im Zusammenhang mit Kapazitätsaufbau, Vernetzung und Weiterbildungsmaßnahmen.

Als Reaktion auf den Mpox-Ausbruch im Jahr 2024 in der Demokratischen Republik Kongo aktivierte das EDCTP3 seinen Notfallmechanismus, sodass Soforthilfe geleistet werden konnte. Neun Projekte in den Bereichen Impfstoffe und Therapeutika sowie Überwachungsstrategien und epidemiologische Studien wurden mit insgesamt 12,1 Mio. EUR finanziert. Darüber hinaus veröffentlichte das EDCTP im Dezember 2024 sein Arbeitsprogramm 2025, das ehrgeizigste seit seiner Gründung, mit einem vorläufigen Gesamtbudget von 214 Mio. EUR für 2025. Das Programm deckt spezifische Krankheitsbereiche und übergreifende globale Herausforderungen im Gesundheitsbereich (z. B. Durchfallerkrankungen) ab.

Über die Aktivitäten des EDCTP3 hinaus unterstützt die Kommission auch die globale Gesundheitsforschung durch mehrere Schlüsselinitiativen. Im Rahmen der Globalen Forschungs- und Entwicklungspartnerschaft für Antibiotika (Global Antibiotic Research and Development Partnership – GARDP), für die 20 Mio. EUR bereitgestellt wurden, soll die Entwicklung von Behandlungen gegen arzneimittelresistente bakterielle Infektionen beschleunigt werden. Parallel dazu zielt die mit 1 Mio. EUR ausgestattete Initiative SECURE im Rahmen der GARDP darauf ab, den weltweiten Zugang zu Standardantibiotika zur Behandlung arzneimittelresistenter bakterieller Infektionen zu verbessern.

Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen des Arbeitsprogramms EU4Health 2023 eine Beitragsvereinbarung mit dem „R&D Blueprint“ der WHO geschlossen, die eine Mittelausstattung von 7,42 Mio. EUR vorsieht. Ziel dieser Vereinbarung ist es, die Entwicklung sicherer und wirksamer Impfstoffe und Behandlungen gegen Filoviren (wie das Ebola- und das Marburg-Virus) zu fördern und interepidemische Vorsorgemaßnahmen für künftige Ausbrüche zu fördern. Diese Vorsorge ermöglicht die rasche Durchführung klinischer Studien für Therapeutika und Impfstoffe während eines Ausbruchs, wie es beim Ebola-Ausbruch im Jahr 2025 in Uganda der Fall war.

3. Priorität 3: Gesundheitsgefahren (Leitprinzipien 7-11)

In der EU-Strategie für globale Gesundheit wird anerkannt, dass die Bekämpfung von Gesundheitsgefahren aufgrund der Verflechtung zwischen unseren heutigen Gesellschaft und im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels, der mit einem hohen Risiko von Pandemien und Epidemien einhergeht, insbesondere durch die Verbreitung vektorübertragener Krankheiten, eine zentrale Priorität darstellt. In diesem Abschnitt wird über die Umsetzung dieser Grundsätze berichtet, wobei insbesondere auf die Bemühungen der EU zur Bewältigung von Gesundheitsgefahren, zur Verbesserung der Vorsorge und Reaktion sowie zur Förderung der globalen Gesundheitssicherheit eingegangen wird. Konkret geht es um die Maßnahmen der EU zur Bewältigung prioritärer Gesundheitsgefahren, zur Stärkung der globalen Gesundheitspolitik und zur Anwendung eines umfassenden Konzepts „Eine Gesundheit“.

3.1. Rechtsetzungs- und Regulierungsmaßnahmen

Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren

In ihren Bemühungen um Verbesserung der Gesundheitssicherheit hat die EU auch erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Vorsorge und Reaktion auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren erzielt. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Bemühungen ist die Umsetzung der Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren⁵⁵ aus dem Jahr 2022, die den EU-Rahmen zur Bewältigung von Gesundheitskrisen, die mehrere Länder betreffen, stärkt. Mit dieser Verordnung wird sichergestellt, dass die EU besser gerüstet ist, um schwerwiegende Gesundheitsgefahren wie Pandemien oder Krankheitsausbrüche zu erkennen, ihnen vorzubeugen oder auf sie zu reagieren, indem insbesondere die Rolle des Gesundheitssicherheitsausschusses als ständiges Forum zur Koordinierung der Vorsorge- und Reaktionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten gestärkt wird.

Darüber hinaus arbeitet die EU eng mit der WHO zusammen, insbesondere durch Informationsaustausch, Teilnahme der WHO an Sitzungen (z. B. als Beobachter im Gesundheitssicherheitsausschuss) und die gemeinsame Unterstützung der Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Mit dieser Partnerschaft möchte die EU eine besser koordinierte Reaktion auf gesundheitliche Notlagen weltweit sicherstellen.

Notfallrahmenverordnung

Ergänzend zur Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren hat die EU ihre Vorsorgekapazitäten durch die Notfallrahmenverordnung⁵⁶ verbessert, die seit Dezember 2022 in Kraft ist, jedoch noch nicht ausgelöst wurde⁵⁷.

Mit dieser Verordnung wurde ein Rahmen für Maßnahmen geschaffen, die im Falle einer Notlage im Bereich der öffentlichen Gesundheit ausgelöst werden können; dadurch soll die Union in die Lage versetzt werden, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit krisenrelevante medizinische Gegenmaßnahmen ausreichend und rechtzeitig zur Verfügung stehen und bereitgestellt werden. In der Verordnung ist ein Notfallrahmen festgelegt, innerhalb dessen Maßnahmen wie Soforthilfe,

⁵⁵ Verordnung (EU) 2022/2371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2022/2371/oj/deu>.

⁵⁶ Verordnung (EU) 2022/2372 des Rates vom 24. Oktober 2022 über einen Rahmen zur Gewährleistung der Bereitstellung von krisenrelevanten medizinischen Gegenmaßnahmen im Falle einer gesundheitlichen Notlage auf Unionsebene. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2022/2372/oj/deu>.

⁵⁷ Stand April 2025.

Notfallpläne für Forschung und Innovation, Produktion, Verfügbarkeit und Bereitstellung krisenrelevanter medizinischer Gegenmaßnahmen aktiviert werden können. Die Verordnung sieht eine neue Koordinierungsstelle, den Gesundheitskrisenstab, vor, der eingerichtet wird, wenn der Notfallrahmen ausgelöst wird. Eine solche Stelle ist von zentraler Bedeutung für medizinische Gegenmaßnahmen in Krisenzeiten.

Darüber hinaus hat der Rat die Kommission im April 2025 ermächtigt, Verhandlungen mit Norwegen, Island und Liechtenstein über deren Assoziierung mit der Verordnung aufzunehmen, um den globalen Zugang zu medizinischen Gegenmaßnahmen in Krisenzeiten⁵⁸ im Einklang mit den Zielvorgaben des Leitprinzips 7 der EU-Strategie für globale Gesundheit zu verbessern.

Abschluss der Verhandlungen über die Internationalen Gesundheitsvorschriften und Fortschritte bei den Verhandlungen über den Pandemievertrag

In der Strategie für globale Gesundheit werden die Aushandlung eines Pandemievertrags und die Stärkung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) gefordert. In dieser Hinsicht wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Am 1. Juni 2024 hat die 77. Weltgesundheitsversammlung einen wichtigen Schritt zur Stärkung der globalen Gesundheitssicherheitsarchitektur unternommen, indem sie eine Reihe von Änderungen an den IGV von 2005 angenommen hat. Die Änderungen umfassen Bestimmungen, mit denen unter anderem eine neue Alarmstufe für eine pandemische Notlage eingeführt wird, der Grundsatz der Solidarität und Gerechtigkeit durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den IGV-Vertragsstaaten sowie mit der WHO verankert wird und die Kernkapazitäten der Vertragsstaaten gestärkt werden. Darüber hinaus werden ein koordinierender Finanzierungsmechanismus für eine effizientere Verwendung der Mittel für den Aufbau der Kernkapazitäten sowie ein Durchführungsausschuss für eine wirksamere Umsetzung der IGV eingerichtet. Die Änderungen umfassen auch Bestimmungen zu möglichen Empfehlungen der WHO in Bezug auf die Verfügbarkeit und den Vertrieb relevanter Gesundheitsprodukte, die Aufrechterhaltung internationaler Lieferketten und die Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs sowie mehrere andere Verbesserungen, u. a. die Möglichkeit der Verwendung digitaler Gesundheitsdokumente. Mit der Annahme der Änderungen wird eines der Hauptziele der Strategie für globale Gesundheit verwirklicht und die externe Dimension der Europäischen Gesundheitsunion erheblich gestärkt. Am 26. Mai 2025 nahm der Rat einen Beschluss an, in dem er die EU-Mitgliedstaaten aufforderte, die Änderungen im Interesse der EU und ohne Vorbehalte anzunehmen, da die EU nicht Vertragspartner der IGV ist.

Parallel dazu beteiligte sich die EU aktiv an den Verhandlungen über ein neues WHO-Pandemieabkommen. Am 16. April 2025 wurde ein vorläufiger Konsens über das Abkommen erzielt, und der Konsentext wurde auf der 78. Weltgesundheitsversammlung am 20. Mai 2025 förmlich angenommen. Zusammen mit den geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften wird das Abkommen, sobald es umgesetzt ist, die Kapazitäten der Länder zur Pandemieprävention und -vorsorge im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ stärken. Das Abkommen wird die Prävention, frühzeitige Erkennung und Überwachung von ökologischen Faktoren und die Tiergesundheit verbessern und sich auf die Unterstützung der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen und der Resilienz der Gesundheitssysteme konzentrieren. Es wird die Forschungszusammenarbeit stärken und den freiwilligen Technologietransfer fördern. Darüber hinaus wird das Abkommen den gleichberechtigten Zugang zu und die Verteilung von Impfstoffen und anderen medizinischen Gegenmaßnahmen verbessern und den Kapazitätsaufbau in

⁵⁸ Rat der Europäischen Union, Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Königreich Norwegen, Island und dem Fürstentum Liechtenstein im Hinblick auf den Abschluss von Vereinbarungen über Sofortmaßnahmen im Bereich medizinischer Gegenmaßnahmen.

Ländern unterstützen, in denen dies nötig ist. Dies ist ein entscheidender Schritt hin zu einem gerechteren und proaktiveren globalen Ansatz zur Prävention und Bekämpfung künftiger Pandemien. Außerdem ist das Abkommen ein Beleg für die anhaltende Stärke der internationalen Zusammenarbeit, des Multilateralismus und der Solidarität für die globale Gesundheit. Der Schwerpunkt liegt nun auf der Entwicklung des Systems für den Zugang zu Informationen über Krankheitserreger und dem daraus resultierenden Nutzen (Pathogen Access and Benefit-Sharing System – PABS). Sobald eine Einigung über diese Bestimmungen erzielt wurde, wäre das Pandemieübereinkommen fertig und könnte unterzeichnet und ratifiziert werden und in Kraft treten.

Es sei darauf hingewiesen, dass weder das WHO-Pandemieabkommen noch die vereinbarten Änderungen der IGV die im Vertrag über die Arbeitsweise der EU verankerte Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Festlegung ihrer Gesundheitspolitik sowie für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung berühren. Souveränität ist das Leitprinzip im Konsenstext des WHO-Pandemieabkommens und bleibt in den geänderten IGV gewährt.

3.2. Krisenvorsorge Europas im Hinblick auf globale Resilienz

Allianz für kritische Arzneimittel und Gesetz über kritische Arzneimittel

Die im Januar 2024 gegründete Allianz für kritische Arzneimittel spielt eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Resilienz der EU gegenüber Engpässen bei kritischen Arzneimitteln. Es handelt sich dabei um einen Konsultationsmechanismus, an dem mehr als 300 Organisationen aus der Industrie, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, dem Bereich Gesundheitsdienste und der öffentlichen Verwaltung beteiligt sind. Ziel der Allianz ist es, Schlüsselbereiche und Prioritäten für Maßnahmen zu ermitteln und Lösungen zur Verbesserung der Versorgung mit kritischen Arzneimitteln in der EU zu erarbeiten.

Die Empfehlungen im strategischen Bericht der Allianz, die in den Vorschlag für ein Gesetz über kritische Arzneimittel einfließen, konzentrieren sich auf mehrere Schlüsselbereiche, z. B. die Entwicklung einer Methodik zur Bewertung von Schwachstellen in Lieferketten, die Schaffung von Anreizen zur Stärkung der Produktion kritischer Arzneimittel in der EU, der Aufbau von Notfallvorräten und Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge für kritische Arzneimittel, die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs auf dem Markt, die Auswahl von Ländern für internationale Partnerschaften auf Makroebene und der Ausbau der internationalen Solidarität.

Mit dem am 11. März 2025 vorgeschlagenen Gesetz über kritische Arzneimittel⁵⁹ soll die Verfügbarkeit kritischer Arzneimittel in der EU verbessert werden, indem Anreize für die Diversifizierung der Lieferkette geschaffen werden und die Arzneimittelherstellung in der EU gefördert wird. Eines der Ziele des Gesetzes besteht darin, die Diversifizierung der Lieferketten zu unterstützen, indem der Abschluss strategischer Partnerschaften erleichtert wird. Die in dem Gesetz vorgeschlagenen Maßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die Schwachstellen in den globalen Lieferketten zu beseitigen, die die Versorgung der EU gefährden. Diese Schwachstellen ergeben sich häufig aus der Konsolidierung von Lieferketten und der Nichtverfügbarkeit alternativer Lieferanten. Das Gesetz wird zur Diversifizierung der am stärksten konsolidierten Lieferketten beitragen, indem es Anreize für alternative Anbieter schafft. Dadurch wird die Versorgungssicherheit nicht nur in der EU, sondern weltweit verbessert.

⁵⁹ Europäische Kommission, [Proposal for a Regulation laying a framework for strengthening the availability and security of supply of critical medicinal products as well as the availability of, and accessibility of, medicinal products of common interest, and amending Regulation \(EU\) 2024/795](#).

Überwachungstätigkeiten des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control – ECDC) trägt zur Gesundheitssicherheit in der EU bei, indem es rund um die Uhr globale epidemiologische Informationen sammelt, die Bedrohungslage bewertet und seine Erkenntnisse kommuniziert. In diesen Prozess sind globale Partner eingebunden, die Zugang zu den Instrumenten des ECDC (z. B. EpiPulse) erhalten, um eine schnelle und wirksame Analyse von Ereignissen zu gewährleisten. Das ECDC hat im Rahmen des IPA 6 (Instrument for Pre-Accession Assistance – Instrument für Heranführungshilfe) und der EU-Initiative für Gesundheitssicherheit den Kapazitätsaufbau in den Bereichen epidemiologische Informationen, Risikobewertung und Überwachung unterstützt (9 Mio. EUR). Ziel der EU-Initiative für Gesundheitssicherheit, einer Erweiterung des 2013 aufgelegten Programms MediPIET⁶⁰, ist es, regionale Arbeitskräfte für die Prävention und Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit übertragbaren Krankheiten auszubilden und die regionale Zusammenarbeit bei der Bewältigung grenzüberschreitender Bedrohungen der Gesundheitssicherheit in EU-Bewerberländern, potenziellen Bewerberländern und Partnern im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu verbessern.

Die ECDC-Teams haben zudem bei früheren Ebola-Ausbrüchen und den jüngsten Mpox- und Marburgvirus-Ausbrüchen Unterstützung bei der Ausrichtung der Überwachungsstrategien in Afrika geleistet. Darüber hinaus führt das ECDC gemeinsam mit der WHO mehrere Überwachungsprogramme durch, um gemeinsame globale Ziele im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu verwirklichen, z. B. die Eliminierung von Masern und Rötelnembryopathie, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung in Bezug auf verschiedene Infektionskrankheiten (Tuberkulose, HIV, Hepatitis B und C) zu erreichen und um einen Beitrag zu den weltweiten Bemühungen um die richtige Zusammensetzung der Impfstoffe gegen Influenza und SARS-CoV 2 zu leisten. Im Rahmen des CDC-Netzes fördert das ECDC die Entwicklung von Überwachungsstandards, indem fachliche Beratungen über bewährte Verfahren, z. B. für die Überwachung in Krankenhäusern, geführt werden. Mehrere Module der molekularen Überwachung basieren auf globalen Datenbanken für den Austausch von Sequenzinformationen, die globale Analysen ermöglichen und somit für die EU/den EWR und die globale Gesundheit von Nutzen sind.

Das ECDC hat auch eine eigene EU-Gesundheits-Einsatzgruppe, die bereitsteht, um bei Krisen im Zusammenhang mit übertragbaren Krankheiten, auch bei grenzüberschreitenden gesundheitlichen Notlagen in den EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern Soforthilfe zu leisten. Die jüngsten Einsätze betrafen die Unterstützung bei der Reaktion auf die Mpox-Epidemie in der Demokratischen Republik Kongo, Cholera in Sambia und den Marburgvirus-Ausbruch in Ruanda. Die EU-Gesundheits-Taskforce stärkt darüber hinaus die Resilienz gegenüber künftigen Notlagen und kann mobilisiert werden, um die Krisenvorsorge der Länder weltweit zu unterstützen. Darüber hinaus leistet sie Unterstützung bei Überprüfungen nach der Durchführung von Maßnahmen bei Ausbrüchen unter Verwendung der ECDC-Methodik zur Verbesserung künftiger Reaktionsstrategien.

Stärkung der globalen Labor- und Überwachungskapazitäten für die Vorsorge

Gefahrenabschätzung und Informationsgewinnung sind von zentraler Bedeutung für die frühzeitige Erkennung von Gesundheitsgefahren und die Ermittlung einschlägiger medizinischer Gegenmaßnahmen. Die Stärkung der Kapazitäten in den Bereichen Gewinnung epidemiologischer

⁶⁰ Training Programs in Epidemiology and Public Health Interventions Network, [Mediterranean and Black Sea Programme for Intervention Epidemiology Training \(MediPIET\)](#).

Informationen, Labordiagnostik und Sequenzierung sind wichtige Prioritäten, um eine rasche und fundierte Reaktion auf neu auftretende Gesundheitsrisiken zu gewährleisten.

Dazu unterstützt die Kommission das WHO-Informationszentrum zu Pandemien und Epidemien, insbesondere bei der Weiterentwicklung der Initiative „Epidemic Intelligence from Open Sources“ (EIOS) und dem Aufbau des WHO Collaboratory, einer Plattform für den Austausch von Daten, Modellen und Instrumenten für die Pandemievorsorge. Die Kommission unterstützt auch das WHO-Informationszentrum in Dakar bei der Digitalisierung von Überwachungsdaten. Im Rahmen des Projekts sollen die Tätigkeiten und die Logistik der WHO unterstützt werden, damit das WHO-Notfallzentrum in Dakar die Lieferketten wirksam steuern und bei gesundheitlichen Notlagen rasch reagieren kann. Durch die Aufstockung der Vorräte und den Ausbau der operativen Kapazitäten in regionalen Zentren, insbesondere in Dakar, werden die Vorlaufzeiten für kritische Lieferungen verkürzt. Darüber hinaus werden Schulungsprogramme für Ersthelfer durchgeführt, um die effiziente Nutzung und Verwaltung dieser Lieferungen zu gewährleisten und so die Reaktionszeiten zu minimieren.

Die Kommission unterstützt auch die Institutionalisierung der Abwasserüberwachung, um den Nachweis von Krankheitserregern und die Entscheidungsfindung im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu verbessern. Im Jahr 2024 haben die Kommission, die Gates-Stiftung und andere internationale Partner GLOWACON, ein globales Konsortium für die Abwasser- und Umweltüberwachung im Dienste der öffentlichen Gesundheit, gegründet, um die Abwasserüberwachung in globale Strategien im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu integrieren und ein globales Sentinel-System zu entwickeln. Außerdem unterstützt die Kommission das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die WHO speziell bei der Einführung von Abwasserüberwachungssystemen und der Datenerhebung in einkommensschwachen Gebieten in Afrika und entwickelt gleichzeitig strategische Leitlinien für Strategien, Datenaustausch und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau.

Darüber hinaus hat die Kommission gemeinsam mit Africa CDC die Sequenzierungsbemühungen verstärkt, mit dem Ziel, die Reaktion auf Ausbrüche durch eine Erhöhung der Testkapazitäten, verbesserte Datenanalyse, sequenzbasierte Überwachung mithilfe der Sequenzierung der nächsten Generation (Next Generation Sequencing – NGS) und der Bioinformatik und die systematische Überwachung antimikrobieller Resistenzen (AMR) zu stärken. Die Kommission unterstützt zudem das WHO-Regionalbüro für Afrika bei seinen Bemühungen, den Mitgliedstaaten beim Ausbau ihrer Kapazitäten für die Genomsequenzierung für den Nachweis und die Charakterisierung von SARS-CoV-2 und beim Aufbau langfristiger nachhaltiger Kapazitäten für andere Pathogene zu helfen.

Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM)

Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union stehen der Kommission sowohl über den Europäischen Katastrophenschutz-Pool als auch über rescEU erhebliche medizinische Kapazitäten zur Verfügung. Seit 2014 umfasst der Europäische Katastrophenschutz-Pool medizinische Notfallteams, Kapazitäten für medizinische Evakuierungen (MedEvac) und ein zertifiziertes Krisenreaktions- und Logistikmodul, zu dem auch ein mobiles Labor gehört, das für Einsätze zur Verfügung steht und gerade erweitert wird.

- Medizinische Notfallteams

Im Rahmen des UCPM hat die Kommission eine solide Strategie für medizinische Notfallteams entwickelt. Mit über 40 Teams, die entweder bereits klassifiziert sind oder gerade klassifiziert werden, handelt es sich um die größte Gruppe medizinischer Notfallteams, die weltweit durch einen einzigen

Mechanismus koordiniert werden. Alle Teams halten sich an die Standards der WHO-Initiative für medizinische Notfallteams. Darüber hinaus werden im Rahmen des UCPM weiterhin Übungen, Schulungen sowie Wissensgewinnung und -austausch unterstützt.

Der Europäische Katastrophenschutz-Pool umfasst derzeit neun klassifizierte medizinische Notfallteams, 13 weitere durchlaufen gerade das Klassifizierungsverfahren.

Auf der rescEU-Reaktionsebene sollen die medizinischen rescEU-Notfallteams zu einem der modernsten zivilen Feldlazarette der Welt ausgebildet werden, das voraussichtlich Ende 2026 voll einsatzfähig sein wird. Das Projekt wird von einem Konsortium aus sieben Mitgliedstaaten⁶¹ und einem teilnehmenden Staat (Türkei) verwaltet und wurde mit insgesamt 108 Mio. EUR gefördert. Es umfasst 21 Kapazitäten, darunter drei medizinische Notfallteams Typ 2 und 18 spezialisierte Versorgungsteams für Intensivpflege, Behandlung von Verbrennungen und fortgeschrittene Diagnostik. Dank der modularen Struktur der Initiative ist eine flexible Reaktion auf unterschiedliche Katastrophenszenarien möglich.

- MedEvac

Bei der norwegischen rescEU-MedEvac-Kapazität handelt es sich um ein fest etabliertes Projekt, das im Jahr 2020 ins Leben gerufen wurde. Seit dem 1. März 2022 ist das Flugzeug für den Transport von Patienten mit hochansteckenden Krankheiten einsatzbereit.

Im Jahr 2023 wurde nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und dem Erdbeben in der Türkei deutlich, dass schnelle und flexible Systeme benötigt werden, die unter der Leitung einer koordinierenden Stelle reagieren und sich mit anderen Einrichtungen abstimmen können. Norwegen beantragte eine Erweiterung des Umfangs der Kapazität, damit auch Patienten mit Verbrennungen sowie Patienten, die von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen (CBRN) Vorfällen betroffen sind, transportiert werden können. Die Änderung der norwegischen Finanzhilfvereinbarung für rescEU MedEvac, in der auch diese Anpassungen berücksichtigt wurden, trat im August 2024 in Kraft.

Medizinische Bevorratung

Zur Verbesserung der Abwehr- und Reaktionsbereitschaft der EU in Bezug auf Risiken für die öffentliche Gesundheit baut die Kommission die Vorsorge und Reaktion der EU auf Risiken für die öffentliche Gesundheit zu verbessern, baut die Kommission zudem strategische Reserven an Bewältigungskapazitäten auf. Diese Reserven sind von entscheidender Bedeutung, um die Verfügbarkeit und den schnellen Zugang zu kritischen Arzneimitteln in Krisen- und Katastrophenfällen zu gewährleisten.

Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens hat die Kommission zusätzlich zu RescEU, den medizinischen Notfallteams und MedEvac-Kapazitäten eine strategische rescEU-Reserve eingerichtet, um die Vorsorge und Reaktion der EU auf Risiken für die öffentliche Gesundheit durch medizinische und CBRN-bezogene Gegenmaßnahmen zu verbessern. Diese strategischen Reserven umfassen Gegenmaßnahmen zur Bewältigung einer potenziell raschen Erschöpfung oder einer erhöhten Nachfrage in Krisenzeiten, z. B. nach Therapeutika (wie Antibiotika, Impfstoffe und Antidote), intensivmedizinischen Arzneimitteln, persönlicher Schutzausrüstung und spezieller Produkte für die Reaktion auf CBRN-Bedrohungen, und werden gerade erweitert.

⁶¹ Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal und Rumänien.

Derzeit werden 22 Vorräte in 16 Mitgliedstaaten gehalten. Die Vorräte sind von entscheidender Bedeutung, um die Verfügbarkeit und den schnellen Zugang zu kritischen Arzneimitteln in Krisen- und Katastrophenfällen zu gewährleisten. Sie ergänzen die nationalen Bewältigungskapazitäten und den Europäischen Katastrophenschutz-Pool und sollen nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Die Reserven sind in erster Linie für gesundheitliche Notlagen in den EU-Mitgliedstaaten vorgesehen, können aber auch in anderen Ländern eingesetzt werden. In einem solchen Fall erleichtert das Katastrophenschutzverfahren der Union die Logistik und operationelle Unterstützung.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Arbeitsprogramms EU4Health 2024 eine mit 10 Mio. EUR ausgestattete Gemeinsame Maßnahme betreffend die Bevorratung aufgelegt, um die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bevorratung zu fördern.

ReliefEU

Im Rahmen von ReliefEU hat die EU zusammen mit einigen humanitären Partnern (United Nations Humanitarian Response Depot, Internationale Organisation für Migration, UNICEF) ein Netz von Vorräten an dringend benötigten Hilfsgütern in Panama, Dubai, Brindisi, Nairobi und Kuala Lumpur sowie an medizinischen Vorräten in Kopenhagen aufgebaut. Mit diesen Vorräten sollen Maßnahmen der humanitären Partner unterstützt werden, um Menschen in Not wirksam, effizient und schnell zu helfen.

3.3. Internationale Zusammenarbeit und auswärtiges Handeln

Bereitstellung von COVID-19-Impfstoffen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen

Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie aktivierte die Kommission das UCPM, um Spenden für Impfstoffe, Expertise, medizinische und sonstige Ausrüstung zu bündeln. Für die Bereitstellung dieser Hilfsgüter und Expertise wurden humanitäre Hilfsbrücken finanziert. Darüber hinaus stellte die Kommission 10 Mio. EUR für den von UNICEF verwalteten „Humanitären Puffer“ bereit, u. a. für Lieferungen auf der letzten Meile. Darüber hinaus wurden 100 Mio. EUR aus der Solidaritäts- und Soforthilfereserve über das Epidemieinstrument bereitgestellt, um einen gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen und Lieferungen auf der letzten Meile zu unterstützen und die Gesundheitssysteme und die Vorsorge in 34 afrikanischen Ländern zu stärken. Mit diesen Mitteln konnten 50 Maßnahmen von internationalen Organisationen (WHO, UNICEF, IFRC, IOM, Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), Africa CDC) und Nichtregierungsorganisationen (ALIMA, CONCERN, PUI, IRC, Action Against Hunger) durchgeführt werden.

Wie geplant hat die EU 375 Mio. EUR für die Bereitstellung von COVID-19-Impfstoffen in ausgewählten Ländern mit dem größten Impfdefizit zur Verfügung gestellt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben weltweit mehr als 530 Millionen Impfstoffdosen gespendet. Im Mai 2023 stufte die WHO COVID-19 nicht mehr als gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ein, und die COVAX-Fazilität lief Ende 2023 aus. In diesem neuen Kontext wird sich die Unterstützung auf Kapazitäten zur Bereitstellung von Impfstoffen auf Länderebene im weiteren Sinne konzentrieren.

Pandemiefonds

Die Strategie für globale Gesundheit wurde im November 2022 veröffentlicht, und etwa zur selben Zeit wurde von der G20 der Pandemiefonds aufgelegt. Der Pandemiefonds wurde eingerichtet, um Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen Finanzhilfen zur Verbesserung ihrer Pandemievorsorge zu gewähren und gleichzeitig andere Arten von Investitionen zu mobilisieren. Ende Juni 2024 beliefen sich

die Beiträge sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Geber auf 1,6 Mrd. USD, wobei die Kommission mit 427 Mio. EUR der größte Einzelgeber war. Die EU und einige Mitgliedstaaten⁶² haben im Rahmen des „Team-Europa“-Ansatzes fast die Hälfte der Beiträge zum Pandemiefonds aufgebracht. Die G7 und die G20 unterstützen diesen Fonds weiterhin nachdrücklich und fordern die Ausweitung der Geberbasis und seine Wiederauffüllung⁶³.

In den ersten beiden Finanzierungsrunden, die im Juli 2023 und im September/Okttober 2024 genehmigt wurden, wurden aus dem Pandemiefonds Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 885 Mio. USD gewährt, die 75 Ländern im Rahmen von 47 Projekten in sechs geografischen Gebieten zugutekamen. Im September 2024 hat der Pandemiefonds seine Flexibilität unter Beweis gestellt und im beschleunigten Verfahren 129 Mio. USD für zehn von Mpox betroffene Länder bereitgestellt⁶⁴. Durch Kofinanzierungen und gemeinsame Investitionen hat der Fonds in beiden Finanzierungsrunden weitere 6 Mrd. USD für die Pandemievorsorge und -reaktion mobilisiert. 43 % der Mittel des Fonds wurden für afrikanische Länder südlich der Sahara bereitgestellt, eine Region mit hohem Finanzhilfebedarf.

Allen Projekten liegt ein sektorübergreifender Ansatz zugrunde. Daher ist bei 95 % der Projekte neben dem Gesundheits- und Finanzministerium mindestens ein weiteres Ministerium (z. B. für Landwirtschaft, Viehzucht oder Umwelt) beteiligt. 70 % der Projekte haben Maßnahmen im Zusammenhang mit der Operationalisierung des Konzepts „Eine Gesundheit“ eingeleitet, wozu auch die Einrichtung oder Stärkung nationaler Koordinierungsstellen und die Integration der Systeme für die Gesundheit von Mensch und Tier gehören. Mit Stand vom 30. Juni 2024 wurden rund 3 500 Personen im Rahmen von acht Projekten geschult, u. a. Laborpersonal, vor Ort tätige Epidemiologen, auf lokaler Ebene tätiges Gesundheitspersonal, Angehörige der mit der Gesundheit von Tieren befassten Berufe und Landwirte. Außerdem wurden grundlegende Schritte unternommen, um die Überwachung von Infektionskrankheiten, die Kapazitäten für den Nachweis sowie die Planung der Pandemievorsorge und -reaktion zu verbessern.

Anwendung des Konzepts „Eine Gesundheit“ bei der Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen

Die Kommission geht aktiv gegen antimikrobielle Resistenzen (AMR) als akute globale Gesundheitsherausforderung vor und verfolgt dabei einen kooperativen Ansatz, nämlich das Konzept „Eine Gesundheit“, wie auch von der G7⁶⁵ und in der wegweisenden Erklärung der Gesundheitsministerinnen und -minister der G20 zu Klimawandel, Gesundheit und Gerechtigkeit sowie „Eine Gesundheit“ anerkannt⁶⁶. Die internationale Zusammenarbeit und die sektorübergreifende Kooperation sind Schlüsselemente der Empfehlung des Rates von 2023 zu antimikrobiellen Resistenzen, in der eine Reihe von Maßnahmen aufgezeigt werden, mit denen die Beteiligung der EU an globalen Initiativen zur Bekämpfung von AMR intensiviert werden soll, u. a. im Rahmen der G7, der G20 und der Transatlantischen Taskforce zu antimikrobiellen Resistenzen (TATFAR). Die Kommission hat ihre Zusammenarbeit mit der Viererallianz, der die WHO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) angehören, verstärkt. Sie leistet finanzielle Unterstützung für die Plattform der Multi-Stakeholder-Partnerschaft zu AM-Resistenz der

⁶² Europäische Kommission, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich und Spanien.

⁶³ G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgrund 13.

⁶⁴ Äthiopien, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Kenia, Ruanda, Somalia, Südsudan, Sudan und Uganda.

⁶⁵ G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgründe 60 und 61. G20, [G20 Declaration of the Health Ministers](#), Rio de Janeiro, 2024.

⁶⁶ G20, [G20 Declaration of the Health Ministers](#), Rio de Janeiro, 2024.

Vierergruppe und beteiligt sich aktiv als Beobachter im Lenkungsausschuss daran, trägt zur Erarbeitung einer gemeinsamen globalen Vision und zu einem breiteren Konsens zur AM-Resistenz bei. Darüber hinaus stellt die Kommission Entwicklungskapazitäten bereit und unterstützt AMR-Maßnahmen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, insbesondere durch den Multi-Partner-Treuhandfonds (MPTF) der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der AM-Resistenz.

Ein wichtiges Etappenziel im weltweiten Kampf gegen AM-Resistenz, an dem die Kommission aktiv beteiligt war, war die zweite Tagung auf hoher Ebene der Generalversammlung der Vereinten Nationen über antimikrobielle Resistenz im September 2024. In einer Politischen Erklärung, die von den Mitgliedstaaten der VN, einschließlich der EU-Mitgliedstaaten, gebilligt wurde, wurden konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von AMR in allen Sektoren im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ zugesagt. Darüber hinaus wurden im November 2024 auf der vierten globalen hochrangigen Ministerkonferenz zu antimikrobiellen Resistenzen in Saudi-Arabien die mit der Erklärung von Dschidda eingegangenen Verpflichtungen angenommen, um einige Elemente der Politischen Erklärung der VN-Generalversammlung in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Die Erklärung wurde von der Kommission im Namen der EU gebilligt. Die Kommission wird auch die neue unabhängige Kommission unterstützen, die von der Viererallianz eingerichtet wurde, um den Nachweis zu erbringen, dass Maßnahmen gegen AMR ergriffen werden müssen.

Der Mechanismus für wissenschaftliche Beratung (SAM) der Kommission hat eine wissenschaftliche Stellungnahme zur Governance im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ in der EU abgegeben, das wichtige politische Empfehlungen für die Verwaltung und Förderung des Konzepts „Eine Gesundheit“ enthält. Diese Stellungnahme und die Strategie „Eine Gesundheit“ könnten als Orientierung für bereichsübergreifende Maßnahmen zur wirksameren Bewältigung komplexer Herausforderungen dienen. Mit dieser Initiative verfolgt die EU das Ziel, ihre globale Vorreiterrolle bei der Bewältigung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren durch einen einheitlichen, bereichsübergreifenden Ansatz zu festigen.

Die Kommission unterstützt die Entwicklung von, den Zugang zu und die Verfügbarkeit von innovativen medizinischer Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen, darunter antimikrobielle Mittel, Impfstoffe, Diagnostika und andere Maßnahmen. Zu diesem Zweck hat die Kommission 12,5 Mio. EUR für die Entwicklung des neuen Tuberkulose-Impfstoffs MTBVAC bereitgestellt. Im Einklang mit der Politischen Erklärung der VN-Generalversammlung arbeitet die Kommission eng mit der Globalen Partnerschaft für Antibiotikaforschung und -entwicklung zusammen, um klinische Prüfungen zur Entwicklung neuer Antibiotika für Infektionen bei Kindern, Gonorrhoe und schwere Sepsis zu unterstützen. Darüber hinaus unterstützt die Kommission das Konsortium SECURE im Bereich der öffentlichen Gesundheit (eine GARDP-WHO-Initiative), um den Zugang zu neu zugelassenen und generischen Standardantibiotika zu beschleunigen, um die Länder bei der Bekämpfung arzneimittelresistenter bakterieller Infektionen zu unterstützen.

Darüber hinaus unterstützt die EU das Projekt „Medilabsecure“⁶⁷, das in den letzten zehn Jahren den Mehrwert der Umsetzung von Reaktionsplänen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ und der Überwachung auf nationaler und regionaler Ebene in 22 Ländern im Nachbarschaftsraum erhöht hat. Seit 2013 hat die Kommission rund 10 Mio. EUR für diese Initiative bereitgestellt und weitere 5 Mio. EUR bis Ende 2027 zugesagt.

⁶⁷ [One Health Secure](#)

Team-Europa-Initiative für Gesundheitssicherheit im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ in Afrika

Im Einklang mit der EU-Strategie für globale Gesundheit wurde im März 2024 die Team-Europa-Initiative für nachhaltige Gesundheitssicherheit im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“⁶⁸ zur Stärkung der Prävention, Vorsorge und Reaktion in Bezug auf Infektionsbedrohungen und antimikrobielle Resistenzen in Afrika eingeleitet.

Die TEI bringt Team-Europa-Mitglieder⁶⁹ und internationale Partner, darunter Africa CDC und WOAHA, zusammen, um die operativen und technischen Kapazitäten, einschließlich Laboratorien, Überwachungssysteme und Durchführungsforschung auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene, von Africa CDC und anderen afrikanischen Einrichtungen zur besseren Koordinierung im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ zu unterstützen.

Aufbauend auf früheren Erfolgen wird mit der Initiative die von der EU finanzierte Zusammenarbeit zwischen Africa CDC und dem ECDC⁷⁰ (2021-2026) sowie das von der WOAHA durchgeführte Programm EBOSURSY erweitert, das zwischen 2017 und 2024 in zehn afrikanischen Ländern die Zusammenarbeit zwischen Fachleuten aus dem Bereich der Human- und Tiergesundheit gefördert und Länder dabei unterstützt hat, sich besser auf Zoonosen wie Ebola vorzubereiten⁷¹. Das Folgeprojekt ZOOSURSY⁷² wurde im Oktober 2024 eingeleitet. Es hat eine größere geografische Reichweite und erstreckt sich nun auch auf Ost- und Südafrika. Auch der thematische Tätigkeitsbereich wurde erweitert und beinhaltet jetzt auch die legislative Interessenvertretung. Zudem sind neue wissenschaftliche Partner dem Konsortium beigetreten, wodurch das Potenzial des Projekts „Eine Gesundheit“ gesteigert wird.

Handelspolitik und globale Gesundheit

Die EU stellt auch weiterhin sicher, dass die Handelspolitik die globale Gesundheit fördert. In diesem Zusammenhang leistet die EU einen konstruktiven Beitrag zu den Bemühungen der Welthandelsorganisation (WTO), wirksame Lösungen für künftige Pandemien zu entwickeln⁷³. Im Anschluss an die 13. Ministerkonferenz im Februar 2024 in Abu Dhabi unterstützt die EU weiterhin die Arbeit der einschlägigen WTO-Räte und -Ausschüsse, um alle während der COVID-19-Pandemie gewonnenen Erkenntnisse und festgestellten Herausforderungen zu überprüfen und darauf aufbauend zügig wirksame Lösungen für künftige Pandemien zu erarbeiten⁷⁴. Zu diesem Zweck unterstützt die EU die Zusammenarbeit der WTO mit den einschlägigen internationalen Organisationen, u. a. durch die trilaterale Zusammenarbeit mit der WHO und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), und fordert zur Fortsetzung des Engagements in diesem Bereich auf.

⁶⁸ Europäische Kommission, [Team Europa und afrikanische Partner starten vier Initiativen zur Stärkung der Gesundheitssysteme und des Sozialschutzes in Afrika](#).

⁶⁹ Europäische Kommission, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Spanien und ECDC.

⁷⁰ European Centre for Disease Prevention and Control, [Africa CDC – ECDC Partnership](#).

⁷¹ World Organisation for Animal Health, [Protecting wildlife, protecting ourselves. An outlook on the EBO-SURSY Project](#).

⁷² World Organisation for Animal Health, [WOAH launches ZOOSURSY, a new disease surveillance project funded by the European Union](#).

⁷³ Beispielsweise im Bericht des WTO-Rats für Warenverkehr und seiner nachgeordneten Organe über die Reaktion der WTO auf die COVID-19-Pandemie und die Vorsorge für künftige Pandemien. Abrufbar unter: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/G/L/1521.pdf&Open=True>.

⁷⁴ Welthandelsorganisation, Ministererklärung Abu Dhabi, 2. März 2024 WT/MIN(24)/DEC.

Auf internationaler Ebene arbeitet die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) weiterhin mit der Internationalen Arbeitsorganisation zusammen, insbesondere im Westbalkan und in der Türkei. Darüber hinaus arbeitet sie mit der WHO zusammen und beteiligt sich an deren „Health in the World of Work Network“, das sich mit der Pandemievorsorge und -prävention befasst, einschließlich Themen im Zusammenhang mit biologischen Gefahren, die eine berufliche Dimension haben.

4. Interne Governance und Koordinierung innerhalb der EU (Leitprinzipien 12-13)

In der EU-Strategie für globale Gesundheit wird die Notwendigkeit eines koordinierten und integrierten Ansatzes zur Bewältigung globaler Herausforderungen im Gesundheitsbereich hervorgehoben. In einer zunehmend verflochtenen Welt ist die Gewährleistung politischer Kohärenz von entscheidender Bedeutung, um wirksame und nachhaltige Ergebnisse im Gesundheitsbereich zu erzielen. Die Förderung von Synergien zwischen Politikbereichen, EU-Institutionen und Mitgliedstaaten ist für die Schaffung eines umfassenden Governance-Rahmens nach dem Konzept „Gesundheit in allen Politikbereichen“ unerlässlich. In diesem Abschnitt werden die Bemühungen der EU um Verbesserung der Politikkoordinierung beleuchtet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Initiativen, die Gesundheitsaspekte in verschiedene Politikbereiche einbeziehen, u. a. das Konzept „Team Europa“. Darüber hinaus wird bei der Umsetzung der Strategie ein menschenrechtsbasierter Ansatz verfolgt, bei dem Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, jungen Menschen, Menschen mit Behinderungen usw. besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dies steht im Einklang mit anderen einschlägigen politischen Rahmen der EU, wie dem Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik (2017)⁷⁵, dem Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III) (2021)⁷⁶, der Strategie der EU für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2021)⁷⁷ und dem Jugendaktionsplan (2022)⁷⁸.

4.1. Ein ganzheitlicher Ansatz: „Gesundheit in allen Politikbereichen“

Die Kommission verfolgt einen ganzheitlichen Gesundheitsansatz, indem sie Gesundheitsfragen in alle Politikbereiche einbezieht und damit ein gut koordiniertes und umfassendes Vorgehen gewährleistet. Zur Stärkung dieses Engagements arbeitet die Kommission kontinuierlich an der Verbesserung der Koordinierung zwischen ihren Dienststellen und mit anderen Institutionen.

Im Rahmen dieser Bemühungen intensivierte die dienststellenübergreifende Gruppe für globale Gesundheit ihren Austausch und weitete ihre Beteiligung auf eine große Zahl von Kommissionsdienststellen aus. Diese Gruppe spielt eine entscheidende Rolle, um Belange der globalen Gesundheit systematisch in verschiedene Politikbereiche zu integrieren. Durch die Förderung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen trägt die dienststellenübergreifende Gruppe dazu bei, die Fähigkeit der EU zur kohärenten und effizienten Umsetzung der Strategie für globale Gesundheit erheblich zu verbessern.

⁷⁵ Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission „Der Europäische Konsens über die humanitäre Hilfe“ (2017/C 210/01). Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A42017Y0630%2801%29>.

⁷⁶ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel „EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP) III – Eine ehrgeizige Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln der EU“. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020JC0017&qid=1668001772585>.

⁷⁷ Europäische Kommission, [Union of equality – Strategy for the rights of persons with disabilities 2021-2030](#).

⁷⁸ Europäische Kommission, [EU verabschiedet ersten Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der EU](#).

Während der COVID-19-Pandemie wurde die dienststellenübergreifende Gruppe um weitere Generaldirektionen, Dienststellen und Agenturen erweitert, was zu häufigeren Besprechungen und einer breiteren Beteiligung führte. Seitdem wurden weitere Dienststellen in die Beratungen einbezogen, um eine vielfältige Vertretung, einen wirksamen Informationsaustausch und eine Abstimmung der politischen Maßnahmen zu gewährleisten. Darüber hinaus wurden weitere informelle Koordinierungsmechanismen zwischen Generaldirektionen eingerichtet, die im Bereich der globalen Gesundheit eine Schlüsselrolle spielen, um die Entscheidungsfindung zu straffen und die Zusammenarbeit zu verbessern.

4.2. Team Europa

„Team Europa“ ist eine gemeinsame Anstrengung der EU, ihrer Mitgliedstaaten und den europäischen Finanzinstitutionen zur Bewältigung globaler Anstrengungen. Dieser Ansatz ermöglicht eine bessere Verknüpfung und Koordinierung der Politikkonzepte und Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, die in diesem Sinne mit einer Stimme sprechen können. Ziel dieses Ansatzes ist es, die Wirkung und Effizienz zu maximieren, indem Synergien zwischen den Strategien und Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der EU gefördert werden. Das Konzept „Team Europa“ wurde 2020 als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eingeführt. Seitdem wurde es auf verschiedene Bereiche des auswärtigen Handelns der EU ausgeweitet, auch auf andere Themen der globalen Gesundheit, die für die Stärkung der Gesundheitssysteme, die Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen, die Gesundheitssicherheit usw. von Bedeutung sind. Das Konzept „Team Europa“ ist entscheidend für die Umsetzung des Global Gateway und der EU-Strategie für globale Gesundheit, weil es das Potenzial einer besseren Koordinierung der gemeinsamen Ressourcen der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten für eine größere Wirkung und Effizienz nutzt. Die fünf regionalen TEI im Gesundheitsbereich in Afrika haben einen Straffungsprozess eingeleitet, um die Effizienz und Wirksamkeit weiter zu verbessern und gleichzeitig die in der Anlaufphase gewonnenen Erkenntnisse anzuwenden. Die Koordinierung von Team Europa findet auch im Rahmen der Governance-Mechanismen von globalen Gesundheitsmechanismen und im Rahmen der informellen Sachverständigengruppe für globale Gesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit statt.

Kasten 1: Das Konzept „Team Europa“ am Beispiel von Mpox

Ein sichtbares Beispiel für das Konzept „Team Europa“ war die Reaktion auf die gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite im Jahr 2024 aufgrund von Mpox-Ausbrüchen in der Demokratischen Republik Kongo und 18 weiteren afrikanischen Ländern. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisteten Soforthilfe durch internationale Organisationen, regionale Einrichtungen, Behörden und Akteure im Bereich der globalen Gesundheit.

Die EU und die Mitgliedstaaten mobilisierten im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ umfangreiche Ressourcen für Überwachung, Diagnose, Behandlung, Risikokommunikation und Stärkung des Gesundheitssystems, die alle wesentlichen Säulen einer wirksamen Reaktion abdeckten.

Darüber hinaus entsandte die EU-Gesundheits-Einsatzgruppe Epidemiologen aus dem ECDC, um Africa CDC und die nationalen Behörden zu unterstützen. Die EMA arbeitete mit der WHO und afrikanischen Partnern zusammen, um die Zulassung von Diagnostika, Therapeutika und Impfstoffen zu beschleunigen. Zudem stellte die EU 1,5 Mio. EUR an humanitärer Hilfe zur Stärkung der Überwachung, der Laborkapazitäten und der Fallbearbeitung in der Demokratischen Republik Kongo, Uganda und Burundi bereit. Dies umfasste die Unterstützung des Roten Kreuzes in Burundi und die verstärkte Überwachung in den kenianischen Lagern für Binnenvertriebene. Außerdem wurde im November 2024 in Zusammenarbeit mit der WHO, UNICEF und Nichtregierungsorganisationen ein mit

20 Mio. EUR ausgestattetes Paket zur Stärkung der Gesundheitssysteme in der Demokratischen Republik Kongo bereitgestellt.

Impfstoffe sind entscheidend, um die akute Phase des Ausbruchs zu stoppen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ mehr als 600 000 Impfdosen mobilisiert, von denen etwa 500 000 an die Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Südafrika, Uganda und Angola geliefert wurden. Zwischen September 2024 und April 2025 wurden mehr als 355 000 Dosen an die Demokratische Republik Kongo geliefert, zwischen Oktober 2024 und April 2025 mehr als 19 000 an Ruanda, im März 2025 mehr als 10 000 an Südafrika, zwischen Januar und April 2025 52 000 Dosen an Uganda, 10 000 an Südafrika und zwischen September 2024 und Mai 2025 67 000 an Angola. Weitere 500 000 Impfdosen wurden über die Gavi, die Impfstoffallianz beschafft, um Impfkampagnen in der Zentralafrikanischen Republik, Liberia und Ruanda zu unterstützen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen den globalen Mpox-Plan der WHO und den afrikanischen kontinentalen Mpox-Plan, indem sie die Reaktionskapazitäten u. a. in den Bereichen Überwachung, Labordiagnostik, Zugang zur Behandlung und Ausbildung von Personal stärken. Die EU hat über den Pandemiefonds 241 Mio. USD mobilisiert, um den Nachweis, die Laborkapazitäten und die Ausbildung von Notfallpersonal zu verbessern. Davon wurden 129 Mio. USD für die zehn am stärksten betroffenen Länder bereitgestellt, dazu 112 Mio. USD an Kofinanzierung. Der Globale Fonds steuerte 9,5 Mio. USD für die Demokratische Republik Kongo bei und 7,1 Mio. USD wurden für Reaktionsbemühungen in Ruanda, Ghana, Côte d’Ivoire, Liberia und Burundi umgewidmet.

Zur weiteren Unterstützung der Pandemiebewältigung finanzierte die EU eine mit 12 Mio. EUR ausgestattete Forschungspartnerschaft mit 15 europäischen und 29 afrikanischen Ländern. Der Schwerpunkt dieser Initiative liegt auf der Verbesserung des Verständnisses der Mpox-Epidemiologie und der Sicherheit und Wirksamkeit von Impfstoffen und Behandlungen, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus folgten die Mitgliedstaaten dem Mpox-Sonderaufruf der WHO und steuerten mehr als 4,3 Mio. EUR bei. Darüber hinaus stellten sie mehr als 80 % der nicht zweckgebundenen Mittel für den WHO-Notfallfonds für 2024 bereit, wobei 3,5 Mio. EUR für die globale Mpox-Reaktion verwendet wurden.

Im Rahmen dieses Konzepts stellten die EU und ihre Mitgliedstaaten eine umfassende Reaktion sicher, die Überwachung, Diagnostik, medizinische Versorgung, Engagement der lokalen Gemeinschaft und humanitäre Hilfe umfasste. Diese Bemühungen stärken die langfristige Resilienz gegen Mpox und andere neu auftretende Gesundheitsgefahren.

Gemeinsame Aktion zu den Auswirkungen auf die globale Gesundheit

Eine bessere Koordinierung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten ist ein zentraler Aspekt der Strategie. Um diese Koordinierung zu stärken, finanziert das Programm EU4Health die Gemeinsame europäische Maßnahme zur Maximierung der Wirkung der EU-Strategie für globale Gesundheit mit 4,7 Mio. EUR⁷⁹. An diesem Projekt, das am 1. Oktober 2023 eingeleitet wurde und eine Laufzeit von zwei Jahren hat, sind 39 Einrichtungen aus 24 europäischen Ländern, einschließlich Norwegen und Ukraine, beteiligt. Ziel ist es, die Sichtbarkeit und Wirkung der EU-Strategie für globale Gesundheit und ihrer Beiträge zur globalen Gesundheit zu stärken.

Hauptziel des Projekts ist die Verbesserung der Koordinierung und des Wissensaustauschs zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten sowie mit der Zivilgesellschaft und Interessenträgern aus

⁷⁹ [JA GHI—the European Joint Action to Maximise the Impact of the EU Global Health Strategy](#).

Drittstaaten, um sicherzustellen, dass die EU in Fragen der globalen Gesundheit mit einer starken Stimme spricht. Hierzu ist das Projekt in acht Arbeitspakete⁸⁰ mit vier Maßnahmenschwerpunkten gegliedert. Erstens soll im Rahmen der Gemeinsamen Maßnahme ein umfassender Maßnahmenplan im Bereich der globalen Gesundheit für die EU und ihre Mitgliedstaaten erstellt und gepflegt werden. Zweitens sollen die Instrumente und Verfahren für den Wissensaustausch zwischen nationalen und europäischen Interessenträgern im Bereich der globalen Gesundheit verbessert werden. Drittens soll die externe Kommunikation der EU gestärkt werden, um zu gewährleisten, dass die Beiträge der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur globalen Gesundheit anerkannt werden, und gleichzeitig die Sichtbarkeit des Konzepts „Team Europa“ erhöht werden. Viertens soll im Rahmen des Projekts ein globales Forum für Vorschläge eingerichtet werden, in dem bereichsübergreifende und komplexe Fragen der globalen Gesundheit erörtert werden.

Letztlich zielt das Projekt darauf ab, die Wirkung der EU-Strategie für globale Gesundheit zu maximieren, indem eine stärkere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen erreicht wird und der strategische Ansatz der EU und ihr Einfluss auf die globale Gesundheit betreffende Prozesse gestärkt werden. Zu den erwarteten Ergebnissen bei Abschluss des Projekts gehören die Entwicklung eines fortlaufenden Mechanismus zur Überwachung und Koordinierung der Umsetzung nationaler und europäischer Strategien für globale Gesundheit, die Einführung digitaler Lösungen für einen besseren Wissensaustausch, die Entwicklung von Kommunikationsinstrumenten für eine höhere Sichtbarkeit des Konzepts „Team Europa“ und die Einrichtung eines offenen Forums für Vorschläge zur Erarbeitung und Abstimmung der Standpunkte der EU.

5. Externe und multilaterale Governance (Leitprinzipien 14-18)

In der EU-Strategie für globale Gesundheit wird die entscheidende Rolle der externen und multilateralen Governance bei der Bewältigung globaler Herausforderungen im Gesundheitsbereich anerkannt. In diesem Zusammenhang hat die EU erhebliche Fortschritte bei der Stärkung ihrer Partnerschaften mit Organisationen der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen, einschließlich der WHO, sowie bei der Förderung der multilateralen Zusammenarbeit bei der Bewältigung dringlicher Herausforderungen im Bereich der globalen Gesundheit erzielt. Dieser Abschnitt gibt einen aktuellen Überblick über die Bemühungen der EU zur Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, einschließlich ihrer finanziellen Beiträge zu wichtigen Organisationen, ihrer Beteiligung an multilateralen Foren und ihrer regionalen Partnerschaften.

⁸⁰ Arbeitspakete: 1) Koordinierung – unter Federführung Frankreichs (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Solidarität), 2) Kommunikation und Verbreitung – unter Federführung Polens (Nationaler Gesundheitsfonds), 3) Evaluierung und Folgenabschätzung – unter Federführung Deutschlands (Robert Koch Institut) und Norwegens (Norwegische Direktion Gesundheit), 4) Nachhaltigkeit und Integration in die nationale Politik – unter Federführung Frankreichs (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Solidarität), 5) Bestandsaufnahme der wichtigsten Maßnahmen und Finanzierungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich der globalen Gesundheit und des damit verbundenen fortlaufenden Koordinierungsmechanismus – unter Federführung Lettlands (Klinisches Universitätskrankenhaus Pauls Stradins), 6) Austausch von Informationen und Erkenntnissen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten in den zentralen Stellen, die sich mit der globalen Gesundheit befassen – unter Federführung Tschechiens (Gesundheitsministerium) und der Niederlande (Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport), 7) Stärkung der externen Kommunikation der EU über ihre Maßnahmen im Bereich der globalen Gesundheit – unter Federführung Italiens (Istituto Superiore di Sanità) und Griechenlands (Nationale und Kapodistrische Universität Athen), 8) Forum für Vorschläge zur Verbesserung der EU-Koordinierung – unter Federführung Deutschlands (Robert-Koch-Institut), Finnlands (Ministerium für Soziales und Gesundheit) und Schwedens (Schwedische Agentur für öffentliche Gesundheit).

5.1. Globale Gesundheitsdiplomatie

In der Strategie für globale Gesundheit wird anerkannt, dass Gesundheit zu einem zentralen Element anderer Politikbereiche geworden ist, wie etwa der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und den Handelsbeziehungen. Demnach kommt ihr in der Agenda für auswärtiges Handeln und in der internationalen Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle zu. Die Gesundheitsdiplomatie ist zu einem festen Bestandteil der Beziehungen der EU zu ihren Partnerländern geworden.

Seit 2022 wird die Einbeziehung der Gesundheit in die Außenpolitik dadurch verstärkt, dass sie in den politischen Dialogen zwischen der EU und ihren Partnerländern zur Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit Berücksichtigung findet. Gesundheit steht mittlerweile auf der Agenda der meisten wichtigen politischen Dialoge, von Gipfeltreffen bis hin zu hochrangigen Tagungen in allen Teilen der Welt, die von den Kommissionsdienststellen und dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) koordiniert werden.

Die Einbeziehung der Außenministerien war ein besonderes Merkmal des von den USA koordinierten Globalen Aktionsplans während der COVID-19-Pandemie. Seitdem haben die Kommissionsdienststellen und der EAD im Rahmen des von den USA im März 2024 eingeführten „Foreign Ministry Channel“ für globale Gesundheitssicherheit erfolgreich zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit umfasste Besprechungen zu den Themen „Eine Gesundheit“, AMR, hoch pathogene Aviäre Influenza und Mpox sowie Schulungen zur globalen Gesundheit für diplomatisches Personal.

Strategische Kommunikation und die Bekämpfung von Desinformation sind integraler Bestandteil des diplomatischen Handelns. Der EAD hat in Zusammenarbeit mit den Partnerländern die Standpunkte der EU bei Verhandlungen über Themen der globalen Gesundheit klar ausgearbeitet und den Informationsaustausch über Unterstützungsmaßnahmen der EU, z. B. während des Mpox-Ausbruchs, gefördert.

Ferner wurden Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass den EU-Delegationen weltweit eine aktivere Rolle bei der Umsetzung der Strategie für globale Gesundheit zukommt. Die Delegationen haben sich als wertvolle Quelle für gesundheitsbezogene Informationen und Kommunikation erwiesen, nicht nur in Genf oder New York, sondern auch in den Partnerländern.

5.2. Aufbau eines stärkeren multilateralen globalen Gesundheitssystems: Partnerschaft EU-WHO

Die EU erkennt schon lange die WHO als Eckpfeiler des multilateralen Gesundheitssystems und ihre zentrale Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen im Gesundheitsbereich an. Dies wurde auch von der G7⁸¹ und der G20⁸² bestätigt. Angesichts der globalen Herausforderungen sind eine wirksame internationale Zusammenarbeit und multilaterale Maßnahmen als Ergänzung zu nationalen Maßnahmen von unerlässlich, um das Wohlergehen und das Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie den Wohlstand und die Stabilität unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften zu schützen. Im Rahmen einer gut etablierten Partnerschaft arbeiten die EU und die WHO in verschiedenen Bereichen zusammen, um die Gesundheitssysteme zu stärken, eine universelle Gesundheitsversorgung zu fördern und weltweit wirksam auf gesundheitliche Notlagen zu reagieren.

⁸¹ G7, [G7 Health Ministers' Communiqué – Ancona, October 10-11, 2024](#), Erwägungsgrund 10.

⁸² G20, [Erklärung der G20-Gesundheitsministerinnen und -minister](#) und [Erklärung der Gesundheitsministerinnen und -minister zum Klimawandel](#), Rio de Janeiro, 2024.

Im Einklang mit der EU-Strategie für globale Gesundheit entwickelt sich die Partnerschaft zwischen der EU und der WHO ständig weiter, um neue Herausforderungen im Gesundheitsbereich zu bewältigen. In der Strategie wird die Notwendigkeit eines starken multilateralen Systems betont, in dessen Mittelpunkt die WHO steht und in dessen Rahmen Ungleichheiten im Gesundheitsbereich verringert und resiliente Gesundheitssysteme weltweit aufgebaut werden. Die WHO ist weiterhin ein fester Partner in diesem Bestreben und spielt eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des Nachhaltigkeitsziels Nr. 3 und der Gesundheitsziele der EU, u. a. die Stärkung der universellen Gesundheitsversorgung und reaktionsfähiger Gesundheitssysteme, die in der Lage sind, globale Herausforderungen zu bewältigen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten jetzt schon den größten finanziellen Beitrag zum Haushalt der WHO und werden sich weiterhin für eine starke und resiliente WHO einsetzen. In diesem Zusammenhang hat die EU die WHO-Investitionsrunde im Jahr 2024 als transformativen Schritt zur Mobilisierung einer gezielteren und wirksameren Finanzierung der globalen Gesundheit aktiv unterstützt. Die Kommission stellt mehr als 250 Mio. EUR bereit. Gemeinsam werden die EU und ihre Mitgliedstaaten im Rahmen von Team Europa 783 Mio. USD für den Zeitraum 2025-2028 bereitstellen, somit ist Europa der größte Geber der Investitionsrunde. Diese Verpflichtung spiegelt das Bestreben der EU wider, die WHO zu stärken und zu gewährleisten, dass globale Verpflichtungen im Gesundheitsbereich zu greifbaren Verbesserungen für die Partnerländer und zu einer besseren Gesundheit für alle führen.

Neben den finanziellen Beiträgen arbeiten die Kommissionsdienststellen und der EAD auf strategischer, diplomatischer, technischer und operativer Ebene aktiv mit der WHO zusammen, unter anderem über die EU-Delegation in Genf. Diese Zusammenarbeit umfasst die direkte Zusammenarbeit zwischen den Referaten der Kommission und der WHO (WHO-Hauptsitz und WHO-Regionalbüro für Europa). Darüber hinaus stimmt sich die Kommission im Vorfeld wichtiger WHO-Tagungen wie der Weltgesundheitsversammlung, Exekutivausschüssen und regionalen Ausschüssen über die EU-Delegationen eng mit den Mitgliedstaaten ab. Zudem finden regelmäßig hochrangige strategische Treffen der Kommission mit der WHO-Leitung statt.

Außerdem unterstützt die Kommission über verschiedene Generaldirektionen ein breites Spektrum von WHO-Programmen, die sich auf Bereiche wie universelle Gesundheitsversorgung, Stärkung der Gesundheitssysteme in allen sechs WHO-Regionen, Gesundheitssicherheit, antimikrobielle Resistenzen, Ausbau der Laborkapazitäten in Afrika, Förderung der Abwasserüberwachung für die öffentliche Gesundheit und Überschneidung von Gesundheits- und Umweltfragen sowie auf die Stärkung der Gesundheitsinformationssysteme in Europa und weltweit konzentrieren. Allein im Rahmen des Programms EU4Health wurden zwischen 2021 und 2024 durch Beitragsvereinbarungen und Direkthilfen 92,68 Mio. EUR für die WHO bereitgestellt. Davon sind 56 Mio. EUR für die Krisenvorsorge (einschließlich Initiativen im Bereich der digitalen Gesundheit zur Stärkung der Gesundheitsinformationssysteme und der Verwaltung von Gesundheitsdaten in der Europäischen Region sowie Einrichtung und Betrieb des Globalen Netzes der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung), 11 Mio. EUR für Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention und mehr als 10 Mio. EUR für krebsbezogene Initiativen vorgesehen. Darüber hinaus fließen 9,5 Mio. EUR in Gesundheitssysteme und arbeitskräftebezogene Projekte.

Im Bereich der humanitären Hilfe und des Katastrophenschutzes hat sich die Partnerschaft zwischen der EU und der WHO bei der Reaktion auf Krisen, beispielsweise in der Ukraine, Afghanistan, Gaza, Syrien und der Türkei, mit einer durchschnittlichen Mittelausstattung von 55 Mio. EUR pro Jahr als wertvoll erwiesen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der WHO erstreckt sich auch auf die Krisenreaktion, insbesondere in der Ukraine, wo sich die Bemühungen auf die Förderung der

psychischen Gesundheit und den Zugang zu Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge konzentrieren. Andere von der EU unterstützte WHO-Initiativen zielen darauf ab, die schädlichen Wirkungen des Alkohols zu mindern und neue medizinische Gegenmaßnahmen gegen antimikrobielle Resistenzen zu entwickeln. Darüber hinaus beteiligt sich die WHO als assoziierter Partner an EU-Gemeinschaftsmaßnahmen, z. B. an PreventNCD (Prävention von Krebs und anderen nicht übertragbaren Krankheiten) und HEROES (Bewältigung von die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen betreffenden Herausforderungen). Zudem arbeitet die Kommission mit der WHO und anderen globalen Partnern im Interimsnetz für medizinische Gegenmaßnahmen (interim Medical Countermeasures Network – i-MCM-Net) zusammen, einem Netz von Netzwerken, das den schnellen und gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen, sicheren, wirksamen und erschwinglichen medizinischen Gegenmaßnahmen bei Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit erleichtern soll.

Darüber hinaus unterstützt die Kommission das von der WHO durchgeführte Programm für den Zugang zu Gesundheitstechnologien (Health Technology Access Program – HTAP), das im Januar 2024 als Nachfolgeprogramm des COVID-19-Technologiezugangspools (C-TAP) eingeleitet wurde. Ziel des HTAP ist es, weltweit einen gleichberechtigten und erschwinglichen Zugang zu grundlegenden Gesundheitsprodukten zu gewährleisten, indem der Zugang durch den freiwilligen Austausch von geistigem Eigentum, Wissen und Daten zwischen Technologieentwicklern erleichtert wird. Das ECDC arbeitet seit über 20 Jahren auch mit dem WHO-Regionalbüro für Europa zusammen. Im Januar 2025 fand die jährliche Programmkoordinierungssitzung des ECDC und des WHO-Regionalbüros für Europa statt, auf der hochrangige Vertreter beider Organisationen ihr Engagement für eine intensivere Zusammenarbeit bekräftigten.

5.3. Zusammenarbeit mit internationalen Partnern

Über die WHO hinaus baut die EU ihre Partnerschaften mit anderen internationalen Organisationen im Bereich der globalen Gesundheit weiter aus. Die Kommission arbeitet auf fachlicher Ebene zusammen, stellt aber auch Finanzmittel für verschiedene internationale Organisationen bereit, wie in den entsprechenden Abschnitten des Berichts dargelegt. Dazu gehören unter anderem UNICEF, UNFPA, IFRC, IKRK, UNEP, OECD, Gavi, die Impfallianz, CEPI, GloPID-R sowie mehrere internationale Nichtregierungsorganisationen und spezialisierte Einrichtungen und Agenturen der Mitgliedstaaten.

Beispielsweise hat die Kommission 3,8 Mio. EUR für das UNEP bereitgestellt, damit Programme zur Abwasserüberwachung in Afrika weiterentwickelt und umgesetzt werden können. Darüber hinaus wurden zwischen 2022 und 2025 insgesamt 202 Mio. EUR an VN-Organisationen für die Durchführung humanitärer Gesundheitsinitiativen ausgezahlt. Für denselben Zweck wurden 133 Mio. EUR für IFRC und IKRK und 410 Mio. EUR für internationale Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt.

Die Kommission arbeitet auch eng mit der OECD zusammen und vertritt die EU bei den halbjährlichen Sitzungen des OECD-Gesundheitsausschusses. Die direkte Zusammenarbeit zwischen der Kommission und der OECD, vor allem auf fachlicher Ebene, ist sehr eng. Diese Zusammenarbeit wird durch zahlreiche Beitragsvereinbarungen erleichtert, in deren Rahmen die Kommission Mittel für OECD-Projekte in den Bereichen Resilienz der Gesundheitssysteme, nicht übertragbare Krankheiten und antimikrobielle Resistenzen bereitstellt. Darüber hinaus führt die Kommission regelmäßige strategische Dialoge mit der oberen Führungsebene der OECD. Im Rahmen des Programms EU4Health hat die Kommission zwischen 2022 und 2024 sechs Beitragsvereinbarungen mit der OECD geschlossen, um spezifische gesundheitsbezogene Initiativen mit einem Gesamtvolumen von 12,15 Mio. EUR zu unterstützen.

Zudem ist die Kommission eines der Vorstandsmitglieder der Globalen Forschungszusammenarbeit zur Vorsorge gegen Infektionskrankheiten (Global Research Collaboration for Infectious Disease Preparedness – GloPID-R). GloPID-R ist ein internationales Netzwerk für die Forschungsförderung, das 2013 gegründet wurde, um die weltweite Vorsorge und Reaktion auf Ausbrüche von Infektionskrankheiten zu verbessern. GloPID-R spielt eine wichtige Rolle bei der globalen Zusammenarbeit und Koordinierung der Forschungsförderung, z. B. bei Epidemien wie Zika und Mpox sowie der SARS-CoV-2-Pandemie. Das GloPID-R-Netz umfasst derzeit 35 Mitglieds- und acht Beobachterorganisationen aus der ganzen Welt. Sein Sekretariat wurde durch drei aufeinanderfolgende Finanzhilfen im Rahmen von Horizont mit einem ungefähren Beitrag von 6,7 Mio. EUR finanziert.

Darüber hinaus beteiligen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten aktiv an den Verhandlungen der Internationalen Arbeitsorganisation über eine neue internationale Norm für biologische Gefahren am Arbeitsplatz. Es wird erwartet, dass die Internationale Arbeitskonferenz die neue Norm im Juni 2025 annimmt.

5.4. Gesundheitsaspekte im Rahmen der G7 und der G20

Insbesondere seit der COVID-19-Pandemie spielen die Gesundheitspfade der G7 und der G20 eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, die Herausforderungen im Bereich der globalen Gesundheit zu bewältigen. Die aufeinanderfolgenden G7- und G20-Präsidentschaften haben für Kontinuität und Komplementarität zwischen diesen Foren gesorgt. Die EU gestaltet die Beratungen aktiv mit und hat ihr Engagement für Multilateralismus und die internationale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich verstärkt.

Insbesondere hat sich die EU für die Verwirklichung der gesundheitsbezogenen Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen eingesetzt und sichergestellt, dass niemand zurückgelassen wird. Sie hat die universelle Gesundheitsversorgung vorangebracht, unter anderem durch eine bessere Unterstützung der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, und die Gesundheitsgerechtigkeit verbessert, indem sie den gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten durch regionale Diversifizierung der Produktion gefördert hat. Dieses Engagement baut auf den Bemühungen der Team-Europa-Initiative MAV+ für die Herstellung medizinischer Gegenmaßnahmen in Afrika auf.

Die EU macht sich außerdem dafür stark, dass die Finanzierung im Gesundheitsbereich weiterhin ganz oben auf der globalen politischen Agenda steht. In der Gemeinsamen Task Force Finanzen-Gesundheit der G20 setzt sich die EU für die Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur und der Pandemiereaktion ein und macht sich gleichzeitig für den Pandemiefonds und seine Wiederauffüllung stark, um die langfristige Finanzierung zur Schließung von Lücken in der Pandemieprävention und -vorsorge in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sicherzustellen.

Neben der Finanzierung hat die EU in beiden Foren auch ihre eigenen gesundheitspolitischen Prioritäten durchgesetzt. Infolgedessen wurden in jüngster Zeit auf Ministerebene die folgenden Themen behandelt: Förderung einer sicheren, auf den Menschen ausgerichteten digitalen Gesundheit und Nutzung des Potenzials künstlicher Intelligenz, Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten, Fortschritte bei der Umsetzung des Konzepts „Eine Gesundheit“, insbesondere zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen und des Klimawandels und Förderung der globalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Long COVID.

Darüber hinaus leistet die EU einen aktiven Beitrag zur Arbeit der Globalen Initiative für Gesundheitssicherheit⁸³, einer informellen Partnerschaft zwischen gleich gesinnten Ländern und Organisationen zur Stärkung der globalen Vorsorge und Reaktion im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf CBRN-Bedrohungen und Grippepandemien. Im Rahmen der Globalen Initiative für Gesundheitssicherheit, die jährlich parallel zu den Tagungen der G7 stattfindet, wurden mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, um Kooperationsrahmen zu entwickeln, z. B. für wie Bioterrorismus und Atemwegserkrankungen.

5.5. Partnerschaft EU-Afrika

Die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika trägt entscheidend zur Stärkung der Gesundheitssysteme und zur Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheitsversorgung und Gesundheitsprodukten auf dem gesamten Kontinent bei.

Auf dem sechsten Gipfeltreffen zwischen der EU und der AU im Februar 2022 wurde ein Global-Gateway-Investitionspaket Afrika-EU angekündigt, um die Entwicklung resilienter und nachhaltiger Gesundheitssysteme zu unterstützen. Seine Umsetzung erfolgt nach dem Konzept „Team Europa“, in dessen Rahmen die EU, ihre Mitgliedstaaten und die europäischen Finanzinstitutionen gemeinsam konkrete und transformative Projekte in vorrangigen Bereichen unterstützen. Im März 2024 veranstalteten die Kommission der Afrikanischen Union und die EU in Zusammenarbeit mit dem belgischen EU-Ratsvorsitz eine hochrangige Konferenz zur Erweiterung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der AU im Gesundheitsbereich. Auf der hochrangigen Konferenz wurde die Abstimmung der strategischen Prioritäten bekräftigt und es wurden die konkreten Fortschritte bei den entsprechenden Initiativen und Programmen vorgestellt.

Im Einklang mit der EU-Strategie für globale Gesundheit und der Forderung Afrikas nach einer neuen Ordnung im Bereich der öffentlichen Gesundheit wurden fünf Schwerpunktbereiche festgelegt: 1) Herstellung von und Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien (MAV+), 2) sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte, 3) Gesundheitssicherheit unter Verwendung des Konzepts „Eine Gesundheit“, 4) öffentliche Gesundheitseinrichtungen und 5) digitale Gesundheit.

Um die gemeinsame Steuerung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika im Gesundheitsbereich zu stärken, gewährleistet ein hochrangiger Lenkungsausschuss einen koordinierten und wirksamen Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen im Gesundheitsbereich in der Region. In diesem Zusammenhang trafen sich hochrangige europäische und afrikanische Beamte im Juni 2023 in Addis Abeba und im März 2024 in Brüssel, um eine Bilanz der Fortschritte und der noch anstehenden Arbeiten zu ziehen. Auf diesem Treffen haben Africa CDC und die Kommission die laufende Partnerschaft zwischen verschiedenen Kommissionsdienststellen und Africa CDC durch die Unterzeichnung einer Arbeitsvereinbarung im März 2024 formalisiert. Dieses Dokument bildet die Grundlage für einen künftigen gemeinsamen Arbeitsplan der Europäischen Kommission und Africa CDC und beschreibt die Methoden der Zusammenarbeit, z. B. regelmäßiger fachlicher Dialog, Kapazitätsaufbau und Förderung der fachlichen Zusammenarbeit sowie Erleichterung des Informationsaustauschs und des Personalaustauschs.

Africa CDC ist ein wichtiger Partner für Leitinitiativen auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere im Bereich der Überwachung (im Rahmen der mit 6 Mio. EUR ausgestatteten Gemeinschaftsinitiative Africa CDC-Europäische Kommission zur Genomsequenzierung (PGI 2.0), die von der Afrikanischen

⁸³ Mitglieder sind Kanada (Sekretariat), die Europäische Kommission, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Mexiko, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.

Gesellschaft für Labormedizin (African Society for Laboratory Medicine – ASLM) und der Afrikanischen Stiftung für öffentliche Gesundheit (African Public Health Foundation – APHF) durchgeführt wird) und bei Tests (im Rahmen der mit 9,4 Mio. EUR ausgestatteten Partnerschaft zur Beschleunigung der Mpox-Tests (Partnership to Accelerate Mpox Testing – PAMTA), mit dem Ziel, den Zugang zu Mpox-Tests und Sequenzierung in den betroffenen afrikanischen Ländern zu verbessern. Darüber hinaus erhält Africa CDC fachliche Unterstützung bei der Einrichtung eines kontinentalen Mechanismus zur Bündelung der Beschaffung von medizinischen Produkten, indem Erfahrungen und Fachwissen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Beschaffung medizinischer Gegenmaßnahmen auf EU-Ebene ausgetauscht werden.

Das ECDC setzt eine von der Kommission finanzierte und mit 9 Mio. EUR ausgestattete Partnerschaft zwischen Africa CDC und dem ECDC um, in deren Rahmen die Kapazitäten von Africa CDC bei der Vorsorge und Reaktion auf Gesundheitsgefahren gestärkt werden sollen. Im Jahr 2024 wurden 38 Schulungen und Workshops angeboten, um auf kontinentaler Ebene eine harmonisierte Überwachung und Datensammlung in Bezug auf prioritäre übertragbare Krankheiten, bei denen Ausbrüche befürchtet werden, zu erleichtern und die Umsetzung der Strategie von Africa CDC für die Personalentwicklung im öffentlichen Gesundheitswesen zu unterstützen.

5.6. Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik (LAK)

Die Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik für die Stärkung der Resilienz im Gesundheitsbereich und den gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsprodukten, einschließlich der Impfstoffherstellung, wurde nach der COVID-19-Krise ins Leben gerufen, um dem starken Interesse der Staats- und Regierungschefs der lateinamerikanischen und karibischen Staaten an der Unterstützung ihrer Gesundheitssysteme und der Förderung lokaler Produktionskapazitäten Rechnung zu tragen.

In der Erklärung des Gipfeltreffens EU-CELAC im Jahr 2023 wurde die menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt der Verpflichtungen der Staatsoberhäupter gestellt und ein Fahrplan für Fortschritte bei der biregionalen Zusammenarbeit in den Bereichen menschliche Entwicklung und Gesundheit bis 2025 vorgestellt. Die Partnerschaft konzentriert sich auf drei Schlüsselbereiche: regulatorische Aspekte, Forschung und Innovation sowie Beteiligung des Privatsektors im Zusammenhang mit der Global-Gateway-Investitionsagenda. Gemäß dem Fahrplan fand im März 2024 eine hochrangige EU-LAK-Veranstaltung zum Thema inklusive menschliche Entwicklung und gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsprodukten statt. Im Vorfeld des Gipfeltreffens EU-CELAC 2025 fördert die EU im Rahmen der Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik Initiativen zur Stärkung der Resilienz im Gesundheitsbereich, einschließlich regionaler regulatorischer Harmonisierung, der lokaler Produktion und Innovation.

5.7. Partnerschaft mit den Ländern des Asien-Pazifik-Raums

Die EU arbeitet im Bereich der Gesundheitspolitik aktiv mit dem ASEAN zusammen. Neben ihrem Beitrag in Höhe von 800 Mio. EUR zur Bekämpfung von COVID-19 in den Ländern des ASEAN hat die EU 20 Mio. EUR für das von der WHO durchgeführte Programm zur Pandemiebewältigung und -vorsorge in Südostasien bereitgestellt, um den Ausbau der Kapazitäten für Tests, Forschung und Pandemieüberwachung zu unterstützen. Im August 2023 nahm die EU auch am hochrangigen ASEAN-Dialog über den Aufbau einer nachhaltigen und resilienten Zukunft in der ASEAN-Region teil. Die Themen reichten von Soforthilfe bis zum langfristigen Disease-Management im Zusammenhang mit COVID-19.

Insgesamt wurden 120 Mio. EUR bereitgestellt, um die pazifischen Inselstaaten bei der Bekämpfung von COVID-19 zu unterstützen. Die EU stellt 2,85 Mio. EUR zur Unterstützung des Pazifischen Netzes

zur Überwachung der öffentlichen Gesundheit (Pacific Public Health Surveillance Network – PPHSN) bereit, einem freiwilligen Netz von Ländern und Organisationen, das die Überwachung der öffentlichen Gesundheit und eine angemessene Reaktion auf die Herausforderungen von 22 pazifischen Inselstaaten und -territorien im Gesundheitsbereich fördern soll. Die ersten Prioritäten des PPHSN sind übertragbare Krankheiten, insbesondere solche, bei denen Ausbrüche befürchtet werden. Derzeit sind dies: Denguefieber, Masern, Röteln, Influenza, Leptospirose, Typhus, Cholera und HIV/sexuell übertragbare Infektionen.

5.8. Partnerschaften mit Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen

Die Maßnahmen der EU in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden im Geiste der gemeinsamen Verantwortung entwickelt, um strategischen Prioritäten von beiderseitigem Interesse Rechnung zu tragen, und stützen sich auf Partnerschaften mit verschiedenen Interessenträgern, darunter staatliche Einrichtungen, Entwicklungspartner und die Zivilgesellschaft. Maßnahmen in humanitären Notsituationen werden in Abschnitt 1.4 behandelt. Abbildung 1 zeigt die geografische Verteilung der bilateralen Maßnahmen der EU im Gesundheitsbereich auf Länderebene. Die gesundheitsbezogenen Maßnahmen der EU in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen konzentrieren sich auf Afrika. Darüber hinaus münden die EU-Maßnahmen auf globaler und regionaler Ebene in Maßnahmen auf Länderebene. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Erleichterung des Engagements der EU-Delegationen für Folgemaßnahmen auf Länderebene und der Sichtbarkeit der Gesamtbeiträge der EU. Siehe Kasten 2 für Beispiele für von den EU-Delegationen verwaltete Maßnahmen auf Länderebene und Abschnitt 6 für eine Zusammenfassung der gesamten finanziellen Beiträge der EU zur Gesundheit im Rahmen des Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI-GE).

Die Aktivitäten im Gesundheitsbereich auf Länderebene umfassen gesundheitsbezogene Komponenten nicht gesundheitsbezogener Maßnahmen. So heißt es in der EU-Strategie für globale Gesundheit, dass die Sozialschutzsysteme durch bilaterale Länderprogramme gestärkt werden müssen, insbesondere durch Unterstützung der Schaffung von Mindestvorschriften für den Sozialschutz, die einen gleichberechtigten Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung umfassen. Zu diesem Zweck führte die EU zwischen 2023 und 2024 32 Programme durch, die auf den Übergang von fragmentierten Systemen zu umfassenden Sozialschutzsystemen ausgerichtet waren, einschließlich des Zugangs zu grundlegenden Gesundheitsdiensten als Bestandteil eines sozialen Basisschutzes. Bei vier dieser Projekte – in der Demokratischen Republik Kongo, Madagaskar, Somalia und Sudan – lag ein besonderer Schwerpunkt auf sozialer Absicherung im Krankheitsfall. Darüber hinaus unterstützt die EU Verbesserungen im Bereich der Krankenversicherung im Rahmen der Fazilität SOCIEUX+, die europäische Experten aus den EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Partnerländer mobilisiert.

Abbildung 1: Bilaterale Maßnahmen der EU im Gesundheitsbereich auf Länderebene im derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027), Stand Februar 2025 (Partnerländer sind wie folgt farblich gekennzeichnet: INTPA rot, ENEST blau und MENA grün)



Kasten 2: Länderbeispiele

Demokratische Republik Kongo

In der Demokratischen Republik Kongo unterstützt die EU Kinshasa und sieben Provinzen nach Maßgabe der geografischen Arbeitsteilung unter den Gebern. Der Staat übernimmt gerade einmal 14 % der Gesundheitskosten, hauptsächlich die Löhne, und Haushalte (Primärquelle), öffentliche und private Geber übernehmen den Rest. Hinzu kommen Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitseinrichtungen in ländlichen Gebieten, Unsicherheit und humanitäre Krisen.

In den von der EU ausgewählten Gebieten werden von der EU Maßnahmen im Gesundheitsbereich in Verbindung mit anderen Maßnahmen gefördert, die den Determinanten der menschlichen Entwicklung Rechnung tragen, wie z. B. Ernährung, Gleichstellung und Bildung. Gleichzeitig werden Verbindungen zu Sozialschutzmechanismen, Solidaritäts- und Vorauszahlungssystemen (Gegenseitigkeitssysteme) hergestellt. Die Maßnahmen zielen darauf ab, die Grundpfeiler des Gesundheitssystems zu stärken, insbesondere für Frauen und Kinder. Besonderes Augenmerk liegt auf hochwertigen Arzneimitteln und der Qualität der Versorgung, Infrastrukturen und Ausrüstung, gemeindenahem Ernährungsmanagement und der Bekämpfung von Mangelernährung sowie der Prävention und Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt. Die östlichen Provinzen (Nord-Kivu und Ituri) werden ebenfalls gezielt in die humanitären Maßnahmen der EU einbezogen, mit dem Ziel, die Verknüpfung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe praktisch umzusetzen, um die Resilienz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Afghanistan

Die EU unterstützt die afghanische Bevölkerung – insbesondere Frauen, Kinder, Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen, Menschen mit Drogenproblemen, Binnenvertriebene und Rückkehrer – durch Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. Besonderes Augenmerk liegt auf grundlegenden Dienstleistungen und der Unterstützung bei der Existenzsicherung sowie auf der Entwicklung dauerhafter Lösungen.

Im Gesundheitsbereich zielen die von der EU finanzierten Maßnahmen, die im Rahmen von Partnerschaften mit VN-Einrichtungen (WHO, UNICEF, UNFPA, UNODC) und internationalen Nichtregierungsorganisationen – wie HEALTHNET TPO, Emergency, Handicap International – durchgeführt werden, darauf ab, 1) ein nationales System der Gesundheitssicherheit aufzubauen, das in der Lage ist, wirksam auf Ausbrüche von Infektionskrankheiten wie Polio zu reagieren, 2) die derzeitige Belastung durch nicht übertragbare Krankheiten und die alarmierenden Drogen- und psychischen Krisen zu verringern, und 3) den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen in den Bereichen reproduktive Gesundheit, Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Müttern, Ernährung sowie Wasser- und Sanitärversorgung und Hygiene zu verbessern.

Burundi

In Burundi spielt die EU eine zentrale Rolle in der für den Gesundheitssektor zuständigen Gruppe und führt zusammen mit den anderen Verantwortlichen einen engen Dialog mit dem Gesundheitsministerium über die Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens zur Verbesserung der universellen Gesundheitsversorgung. Dieser Dialog trägt dazu bei, die Wirkung der EU-Maßnahmen zur Stärkung des Gesundheitssystems, insbesondere im Bereich der reproduktiven Gesundheit und der Ernährung zu fördern und gleichzeitig einen Beitrag zu zwei Zielen der Team-Europa-Gesundheitsinitiative zu leisten (Säule 1 „Zugang zu Gesundheitsdiensten für die burundische Bevölkerung, insbesondere für Frauen, Mädchen und Kinder unter fünf Jahren“ und Säule 2 „Verbesserung der Qualität der Versorgung und der Gesundheitsdienste in den Gesundheitseinrichtungen sowie der epidemiologischen Überwachung“).

Die EU-Maßnahmen im Gesundheitsbereich stehen im Einklang mit dem im Jahr 2022 angenommenen Grundsatz der geografischen Konzentration und sind daher auf die nördlichen und nordöstlichen Provinzen ausgerichtet. Darüber hinaus konzentriert sich das wichtigste von der EU finanzierte Programm zur Unterstützung des Gesundheitssystems weiterhin auf eine leistungsbasierte Finanzierung und die kostenlose Gesundheitsversorgung für Schwangere und Kinder unter fünf Jahren. Darüber hinaus unterstützt die EU ein Resilienzprogramm, deren besondere Augenmerk auf der Bewältigung akuter und schwerer Unterernährung in Gesundheitseinrichtungen, einer umfassenden Sexual- und Reproduktionserziehung und der Katastrophenvorsorge liegt. Darüber hinaus werden Synergien mit laufenden und künftigen Team-Europa-Programmen gefördert.

5.9. Partnerschaften mit Nachbarländern

Die Nachbarschaftspolitik der EU spielt eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Gesundheitssysteme und der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern zur Bewältigung globaler Herausforderungen im Gesundheitsbereich.

In den Erweiterungs- und Nachbarschaftsregionen setzt die Kommission drei spezielle Wirtschafts- und Investitionspläne für den Westbalkan, die östliche Nachbarschaft und die südliche Nachbarschaft um. Ziel dieser Pläne ist es, die wirtschaftliche Erholung, insbesondere nach der COVID-19-Pandemie, und die sozioökonomische Entwicklung dieser Regionen zu unterstützen. Der Schwerpunkt der EU in der Nachbarschaft liegt unter anderem auf der Bewältigung gesundheitlicher Notlagen infolge von Naturkatastrophen wie Erdbeben in Albanien oder Marokko und gewaltsamen Konflikten in der östlichen und in der südlichen Nachbarschaft.

In der östlichen Nachbarschaft konzentrierte sich die EU zunächst auf die bedarfsorientierte COVID-19-Soforthilfe und lenkte den Fokus dann schrittweise auf die Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme. Seit 2024 unterstützt die mit 7 Mio. EUR ausgestattete regionale Maßnahme

„Resilienz im Gesundheitsbereich“ die Länder der östlichen Nachbarschaft dabei, sich stärker zu vernetzen und gleichzeitig die Resilienz gegenüber künftigen gesundheitlichen Notlagen zu erhöhen. Erreicht werden soll dies durch die Bildung von Gemeinschaften von Fachleuten und politischen Entscheidungsträgern aus den verschiedenen Partnerländern, die die regionale Zusammenarbeit voranbringen und die zentralen gemeinsamen Herausforderungen im Gesundheitsbereich im Zusammenhang mit Krisenvorsorge und -reaktion, Ungleichgewichten bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen sowie psychischer Gesundheit, einschließlich kulturspezifischer Aspekte, angehen sollen.

In der südlichen Nachbarschaft hat die EU verschiedene bilaterale Projekte mit Partnerländern durchgeführt, um den Gesundheitsbedarf zu decken. Der Schwerpunkt dieser Projekte liegt auf der Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Gesundheitsdiensten und anderer humanitärer Hilfe für gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende.

In Libyen erhalten gefährdete Migranten und schutzbedürftige Menschen gesundheitsbezogene Hilfe, einschließlich medizinischer Dienste, Schulungen und psychosozialer Unterstützung. Ein Programm zur sozioökonomischen Entwicklung in Libyen stärkt die Fähigkeit der lokalen Behörden, grundlegende Dienstleistungen, einschließlich Gesundheitsversorgung, zu erbringen. In Tunesien konzentriert sich die EU auf die Bereitstellung von Schutz- und Gesundheitsdiensten für schutzbedürftige Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten. Die EU unterstützt auch einen nationalen Mechanismus für die sozioökonomische Wiedereingliederung von Migranten und Rückkehrern. In Ägypten hat sich die EU für die Verbesserung der Qualität und Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten eingesetzt, indem physische, soziale und finanzielle Hindernisse, auch für schutzbedürftige Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende, beseitigt wurden.

Darüber hinaus hat die EU in der südlichen Nachbarschaft beträchtliche finanzielle Unterstützung für den Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten und andere humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien und ihre Aufnahmeländer, insbesondere in der Türkei, im Libanon und in Jordanien, bereitgestellt. In Libanon unterstützt die EU seit 2018 den Gesundheitssektor. In dem Land liegt der Schwerpunkt auf der medizinischen Grundversorgung, Impfungen und Arzneimitteln, insbesondere als Reaktion auf die Krise in Syrien. Im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds der EU (EUTF) werden 60 von 299 Zentren der Primärversorgung in beträchtlichem Umfang unterstützt; die EU ist der größte Geber im Bereich der medizinischen Grundversorgung in Libanon. Diese Unterstützung umfasst wichtige Dienstleistungen wie Medikamente, Impfungen und die Stärkung der Institutionen. In jüngster Zeit lag der Schwerpunkt auf den Anstrengungen zur Reaktion auf die COVID-19-Pandemie.

Darüber hinaus zielt das Ende 2023 angenommene Regionalprogramm „EU-Unterstützung für legale Migration, Mobilität und Kompetenzpartnerschaften mit nordafrikanischen Ländern“ (THAMM+) darauf ab, die Steuerung der Arbeitsmigration in den Partnerländern zu stärken, u. a. durch die Arbeit an Sicherheit und Sozialschutz für Wanderarbeitnehmer in Marokko, Tunesien und Ägypten.

Die Agenda für den Mittelmeerraum und der dazugehörige Wirtschafts- und Investitionsplan dienen als Richtlinie für die EU-Unterstützung in der südlichen Nachbarschaft. Besonderes Augenmerk liegt auf der Stärkung der Gesundheitssysteme, der Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger Gesundheitsversorgung und der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen im Gesundheitsbereich. Dazu gehören Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur, zur Förderung der Prävention und Kontrolle von Krankheiten und zur Unterstützung der Entwicklung wirksamer Mechanismen für die Gesundheitsversorgung.

5.10. Unterstützung des Erweiterungsprozesses

Die EU-Erweiterung ist eine der wichtigsten Prioritäten der Kommission im Zeitraum 2024-2029, wie auch in den politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen dargelegt.

Derzeit gibt es neun Bewerberländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Georgien, Moldau und Ukraine) und ein mögliches Bewerberland (Kosovo)⁸⁴. Die EU unterstützt den Beitrittsprozess dieser Länder, einschließlich ihrer Bemühungen um Angleichung an den EU-Besitzstand im Gesundheitsbereich. Die öffentliche Gesundheit fällt unter den Besitzstand von Kapitel 28 (Verbraucher- und Gesundheitsschutz) und Kapitel 1 (freier Warenverkehr), und die Bewerberländer und das mögliche Bewerberland sollten sich schrittweise an die Gesundheitspolitik der EU, einschließlich der Strategie für globale Gesundheit und des Konzepts „Eine Gesundheit“, annähern. Darüber hinaus werden die Bewerberländer und das mögliche Bewerberland weiterhin bei der Angleichung ihres Rechtsrahmens und ihrer Politik im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz an den EU-Besitzstand gemäß Kapitel 19 (Sozialpolitik und Beschäftigung) unterstützt.

Mehrere EU-Programme, darunter EU4Health und Horizont Europa, ermöglichen ausdrücklich den Beitritt von Bewerberländern und möglichen Bewerberländern zur EU. Bislang sind Bosnien und Herzegowina, Moldau, Montenegro und die Ukraine dem Programm EU4Health beigetreten⁸⁵. Dadurch erhalten diese Länder Zugang zu EU-Mitteln im Gesundheitsbereich. Die Gesundheitssysteme dieser Länder können somit auf den unmittelbaren Bedarf reagieren und die langfristige Erholung wird ermöglicht. Darüber hinaus sind alle sechs Partner im Westbalkan⁸⁶, die Türkei, Moldau und die Ukraine Horizont Europa beigetreten.

Mithilfe der Regionalfonds des Instruments für Heranführungshilfe (TAIEX) hat das EU-Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX) mehr als 25 Workshops, Expertenmissionen und Studienbesuche im Westbalkan zu den Themen öffentliche Gesundheit, einschließlich Infektionskrankheiten, „Eine Gesundheit“, Krebs und Humanarzneimittel, organisiert. Im Rahmen des mit 3,5 Mio. EUR aus IPA-Mitteln finanzierten Patenschaftsprogramms wurden Projekte in Serbien zur Stärkung der für Überwachung übertragbarer Krankheiten zuständigen Einrichtung und zur Förderung des Einsatzes von Substanzen menschlichen Ursprungs unterstützt. Mit dem Programm wurden auch epidemiologische Kapazitäten in Albanien und die Arzneimittelagentur in Montenegro unterstützt.

Darüber hinaus unterstützt die EU die Ukraine durch Projekte wie die mit 5 Mio. EUR ausgestattete Initiative EU4Recovery zur Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen infolge des russischen Angriffskriegs und des Zustroms von Binnenvertriebenen sowie der Auswirkungen des Kriegs, einschließlich psychosozialer Probleme. Zu den spezifischen Tätigkeiten gehören die Bereitstellung medizinischer Ausrüstung, Erste-Hilfe-Schulungen, Unterstützung von medizinischen Hochschulen und Sanitätern, Unterstützung von telemedizinischen Diensten und Programme für

⁸⁴ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und

und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

⁸⁵ Im Juli 2022 unterzeichnete die Kommission ein Abkommen zur Assoziierung der Ukraine mit dem Programm EU4Health. Im Februar 2023 unterzeichnete die Kommission ein Abkommen zur Assoziierung Moldaus mit dem Programm EU4Health. Im Januar 2024 unterzeichnete die Kommission ein Abkommen zur Assoziierung Montenegros mit dem Programm EU4Health. Im Juli 2024 unterzeichnete die Kommission ein Abkommen zur Assoziierung Bosniens und Herzegowinas mit dem Programm EU4Health. Die Abkommen gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 2022, dem 1. Januar 2023 bzw. dem 1. Januar 2024.

⁸⁶ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien.

psychologische und psychosoziale Unterstützung für Angehörige der Gesundheitsberufe. Im Rahmen des Projekts „EU4Resilient Regions“ (10 Mio. EUR) werden zudem grundlegende Gesundheitsdienste und psychosoziale Unterstützung für vom Krieg betroffene Gemeinschaften bereitgestellt. Diese Projekte sehen die Bereitstellung kritischer medizinischer Ausrüstung, Schulungen für Angehörige der Gesundheitsberufe und Unterstützung von Programmen im Bereich der psychischen Gesundheit vor.

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration und der WHO hat die EU ein gemeinsames Projekt auf den Weg gebracht, mit dem der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen aus der Ukraine im Rahmen der Richtlinie über vorübergehenden Schutz⁸⁷ verbessert werden soll. Diese mit 4,5 Mio. EUR ausgestattete Initiative, die von Oktober 2023 bis Dezember 2025 durchgeführt wird, zielt darauf ab, die Gesundheitssysteme zu stärken und den Zugang zur Gesundheitsversorgung für ukrainische Vertriebene in den am stärksten betroffenen Ländern zu verbessern: Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Polen, Rumänien, Lettland, Litauen, Slowakei und Moldau. Zu den laufenden Maßnahmen gehören die Entsendung von Gesundheitsmediatoren, Informationskampagnen, die Einrichtung von Netzwerken für Angehörige der Gesundheitsberufe und Tests der Resilienz der Gesundheitssysteme in Bezug auf die Migration.

Der Ukraine-Plans der Fazilität für die Ukraine sieht bis 2027 Investitionen in Höhe von 600 Mio. EUR für die Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur und -einrichtungen, die Digitalisierung der Gesundheitsdienste und die Bereitstellung von Ausrüstung für medizinische Analysen, Chirurgie und Patientenversorgung vor.

Darüber hinaus führt die EU in der Ukraine eine Reihe von Projekten für technische Hilfe im Gesundheitswesen durch, mit denen folgende Ziele verfolgt werden: 1) Verbesserung der Resilienz des Gesundheitssystems (z. B. Aufbau eines Systems für die Sicherheit von Bluttransfusionen), 2) Unterstützung der Ukraine bei der Angleichung an die EU-Rechtsvorschriften im Bereich der öffentlichen Gesundheit, 3) Aufbau von Kapazitäten des Gesundheitsministeriums zur Leitung, Koordinierung und Überwachung der Umsetzung von Reformen des Gesundheitssektors sowie zum Aufbau reaktionsfähiger und resilienter Gesundheitssysteme im Zusammenhang mit COVID-19 (gemeinsam mit der WHO), 4) Unterstützung der lokalen Behörden und Gemeinschaften bei der Umsetzung der laufenden Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems und der Umgestaltung der Notfallmedizin sowie bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem Zustrom von Binnenvertriebenen und den Auswirkungen der Aggression Russlands ergeben, auch in Bezug auf psychosoziale Probleme, 5) Beschaffung medizinischer (diagnostischer) Ausrüstung, 6) Unterstützung bei der Verbesserung der Kapazitäten der medizinischen Beschaffungsagentur, 7) medizinische Rehabilitation.

Die EU spielt auch eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der Arzneimittellieferketten im Westbalkan und in der Ukraine im Rahmen des Wachstumsplans für den Westbalkan und der Ukraine-Fazilität⁸⁸, indem sie kritische Arzneimittel in die industriellen Lieferketten integriert und die lokalen Produktionskapazitäten stärkt. Darüber hinaus hat die EU eine umfassende Studie über die Arzneimittelindustrie im Westbalkan und in der Ukraine in Auftrag gegeben, in der Arzneimittelhersteller erfasst und Lieferketten und die Verfügbarkeit von Ressourcen bewertet werden. Im Rahmen der Studie werden die wichtigsten Hersteller und Produkte ermittelt, die der Unionsliste

⁸⁷ Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2001/55/oj/deu>.

⁸⁸ Europäische Kommission, [Politische Leitlinien 2024-2029](#).

kritischer Arzneimittel steht, und gleichzeitig wird das Potenzial dieser Länder zur Herstellung von Wirkstoffen, Medizinprodukten und Impfstoffen bewertet.

Darüber hinaus unterzeichneten der Westbalkan, Moldau und die Ukraine die Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung, die es ihnen ermöglicht, sich an gemeinsamen Beschaffungen mit den Mitgliedstaaten zu beteiligen, um ihre Vorsorge für Gesundheitskrisen zu verbessern und einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Gegenmaßnahmen zu gewährleisten. Sie sind auch Teil des Katastrophenschutzverfahrens der Union, sodass sie von der gemeinsamen Bevorratung mit unentbehrlichen Therapeutika und Ausrüstung für die Reaktion auf Gesundheitsgefahren profitieren.

Die EU unterstützt diese Länder auch bei der Angleichung an die EU-Standards im Arzneimittelsektor. Mit IPA-Mitteln unterstützt die EMA den Westbalkan und die Türkei bei der Angleichung ihrer Regulierungsstandards an die EU-Standards für Arzneimittel. Zwei Verträge im Wert von 856 000 EUR sollen das Verständnis des EU-Regulierungssystems verbessern und die Kapazitäten der zuständigen nationalen Behörden in der Region ausbauen.

Darüber hinaus arbeitet die EU mit dem ECDC im Rahmen von zwei IPA-Verträgen (Gesamtwert von 2,5 Mio. EUR) für alle Begünstigten des Westbalkans und der Türkei zusammen. Dabei geht es hauptsächlich um drei Bereiche: 1) vorbereitende Maßnahmen für die Beteiligung der begünstigten Behörden an den Tätigkeiten und Systemen des ECDC, 2) Förderung der Reaktion auf antimikrobielle Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ im Westbalkan und 3) Verbesserung der Überwachung von im Labor bestätigten schweren akuten Atemwegsinfektionen nach dem Vorbild der EU/EWR-Länder, um die Umsetzung zweckmäßiger Überwachungssysteme zu unterstützen.

6. Finanzierung und Investitionen in die globale Gesundheit (Leitprinzip 19)

In Anerkennung der Tatsache, dass die Mobilisierung inländischer Ressourcen für den Gesundheitsbereich von wesentlicher Bedeutung ist, wie in der Lusaka-Agenda (siehe Abschnitt 2.1) bestätigt, ist die Finanzierung eine tragende Säule der EU-Strategie für globale Gesundheit, die die wirksame Umsetzung von Gesundheitsinitiativen weltweit gewährleistet. Die EU mobilisiert Finanzmittel auf globaler, regionaler und nationaler Ebene durch eine Kombination aus speziellen Gesundheitsprogrammen, Forschungs- und Innovationsinitiativen, Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit und Krisenreaktionsmechanismen. Diese finanziellen Anstrengungen tragen zur allgemeinen Verwirklichung der Ziele der EU für globale Gesundheit bei. Gleichzeitig werden Partnerschaften ausgebaut und die EU nimmt eine Stellung als wichtiger globaler Akteur im Gesundheitsbereich ein. Zusätzlich zu den traditionellen Finanzierungsströmen nutzt die EU zunehmend innovative Finanzierungsmechanismen und das Engagement des Privatsektors, um Investitionen in die globale Gesundheit zu fördern. Die EU setzt sich auch aktiv für kohärente und effiziente Ansätze und Bemühungen zur Eindämmung und Vermeidung von Doppelarbeit und Fragmentierung der globalen Gesundheitsfinanzierung in den Ländern der G7 und G20 ein.

6.1. Programmübergreifende Finanzierung für globale Gesundheit

Die finanziellen Beiträge der EU werden über mehrere Finanzierungsinstrumente bereitgestellt, die sich jeweils mit unterschiedlichen Aspekten der Herausforderungen im Bereich der globalen Gesundheit befassen:

- **NDICI/Europa in der Welt** ist das wichtigste Instrument im Bereich des auswärtigen Handelns in Drittländern, mit dem die Stärkung der Gesundheitssysteme und die universelle Gesundheitsversorgung in den Partnerländern finanziert werden.

- Das **Programm EU4Health** trägt zur Stärkung der Gesundheitssysteme und der Krisenvorsorge innerhalb und außerhalb der EU bei.
- **Horizont Europa** unterstützt Forschung und Innovation im Gesundheitsbereich.
- Das **Instrument für Heranführungshilfe** unterstützt gesundheitsbezogene Reformen in Bewerberländern und möglichen Bewerberländern.
- Das **Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch** stellt Expertise bereit und fördert den Kapazitätsaufbau für die Governance im Gesundheitsbereich und gesundheitspolitische Reformen.
- Die **humanitäre Hilfe** dient der Finanzierung von gesundheitlicher Notversorgung und Gesundheitsdiensten in Krisensituationen.

Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt)

Von der Gesamtmittelausstattung des NDICI/Europa in der Welt in Höhe von 79,5 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2027 hat die Kommission 5,4 Mrd. EUR an öffentlicher Entwicklungshilfe zur Unterstützung von Gesundheitsinitiativen vorgesehen. Finanziert werden unter anderem Maßnahmen, die speziell auf die Gesundheit sowie gesundheitsbezogene Komponenten in allgemeineren Sektoren wie öffentliche Verwaltung und Zivilgesellschaft, Wasser- und Sanitärversorgung und Hygiene, Bildung, Landwirtschaft oder sektorübergreifende Ansätze, Sozialschutz, Energie, Unternehmen und Soforthilfe ausgerichtet sind. 464 Mio. EUR werden für den gemeinsamen Dotierungsfonds EFSD+ bereitgestellt.

Die Mittel für gesundheitsbezogene Projekte werden global (49 %), regional/länderübergreifend (23 %) und national (28 %) verteilt. Globale und regionale Maßnahmen kommen letztlich den Begünstigten auf Länderebene zugute. Maßnahmen auf globaler Ebene werden in erster Linie im Rahmen globaler Gesundheitsinitiativen durchgeführt, Maßnahmen auf regionaler Ebene im Allgemeinen im Rahmen der regionalen TEI und der Partnerschaften EU-Afrika und EU-LAK und Maßnahmen auf Länderebene in 42 Ländern, davon 27 in Afrika (siehe Abbildung 1).

Die finanziellen Verpflichtungen von NDICI/Europa in der Welt im Gesundheitsbereich konzentrieren sich in erster Linie auf die folgenden Bereiche: Bekämpfung von Infektionskrankheiten (21 %), Bekämpfung von COVID-19 (20 %), medizinische Grundversorgung (12 %), Gesundheitspolitik und -verwaltung (11 %) und grundlegende Gesundheitsinfrastruktur (11 %). Zu den wichtigsten Kategorien von Durchführungspartnern zählen globale Gesundheitsinitiativen (29 %) und multilaterale/VN-Einrichtungen (20 %)⁸⁹.

Programm EU4Health

Bei der Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2024 wurden Umschichtungen innerhalb des EU-Haushalts vorgenommen, um die Auswirkungen auf die nationalen Haushalte angesichts der laufenden Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung zu verringern; unter anderem wurde 1 Mrd. EUR aus dem Programm EU4Health umgeschichtet. Somit ist die Festlegung von Prioritäten und eine umsichtige Zuweisung der angepassten Haushaltsmittel kritischer denn je, denn es muss sichergestellt werden, dass jeder Euro für die Maximierung der Wirkung und die Unterstützung der strategischen Ziele der Verordnung über EU4Health eingesetzt wird. Das Programm unterstützt weiterhin internationale Gesundheitsinitiativen und bringt die Strategie für globale Gesundheit voran.

⁸⁹ Für die Analyse verwendete DAC-Codes: 12110, 12181, 12182, 12191, 12196, 12220, 12230, 12250, 12261, 12262, 12263, 12264, 12281, 12310, 12320, 12330, 12340, 12350, 12382, 13010, 13020, 13030, 13040, 13081, 13096, 32168, 72011.

Dazu gehören die Stärkung der weltweiten Bemühungen um Pandemievorsorge, der Beitrag zur globalen Resilienz und die Verbesserung der Fähigkeit internationaler Partner zur Verhinderung von Gesundheitskrisen.

Das Programm unterstützt auch Initiativen zur Stärkung der Gesundheitssysteme und zur Gesundheitsförderung sowie die enge Zusammenarbeit mit wichtigen internationalen Organisationen, vor allem der WHO. Darüber hinaus spielen Partnerschaften mit der OECD, der IOM, dem UNEP und dem IARC eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Bemühungen im Bereich der globalen Gesundheit.

Im Rahmen der Arbeitsprogramme von EU4Health (2022-2024) hat die EU zusätzlich zu ihrer Unterstützung für die WHO 39,84 Mio. EUR für andere internationale Partner bereitgestellt. Davon entfallen 12,12 Mio. EUR auf die OECD, 2,5 Mio. EUR auf die IOM und 2 Mio. EUR auf UNICEF, hauptsächlich für Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention.

Horizont Europa und EDCTP

Wie in Abschnitt 2.5 dargelegt, hat die EU für den Zeitraum 2021-2031 910 Mio. EUR zu Global Health EDCTP3, dem dritten Programm der 2003 ins Leben gerufenen Partnerschaft Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien, beigesteuert.

Im Rahmen seines Hauptarbeitsprogramms hat Horizont Europa zudem 203 multinationale Forschungs- und Innovationsprojekte mit mehreren Partnern zu den Auswirkungen der Umweltzerstörung und des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit für den Zeitraum 2021-2024 mit einem Gesamtbeitrag der EU von fast 1 Mrd. EUR finanziert.

Instrument für Heranführungshilfe (IPA) und Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX)

Das Instrument für Heranführungshilfe und das Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung gesundheitsbezogener Reformen und des Kapazitätsaufbaus in den Bewerberländern und dem möglichen Bewerberland. Im Rahmen des IPA wird finanzielle Hilfe bereitgestellt, um diese Länder bei der Angleichung an die EU-Standards zu unterstützen, während sie im Rahmen von TAIEX mit Fachwissen und Schulungen beim Aufbau ihrer Kapazitäten im Bereich der Governance im Gesundheitsbereich und bei gesundheitspolitischen Reformen unterstützt werden. Einzelheiten dazu sind Abschnitt 5.10 zu entnehmen.

Mittel für humanitäre Hilfe

Die Kommission spielt eine entscheidende Rolle bei der Erleichterung des Zugangs zu Dienstleistungen für von humanitären Krisen betroffene Bevölkerungsgruppen. Durch die Gewährleistung des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen wie Nahrungsmittel, Ernährung, Wasser, Gesundheitsversorgung und Unterkunft sowie durch die Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung des Sozialschutzes, der Gleichstellung der Geschlechter und der Bildung trägt die Kommission dazu bei, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Faktoren für einen schlechten Gesundheitszustand anzugehen, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Menschen in mehr als 80 Ländern.

Zwischen Ende 2022 und Anfang 2025 wurden 5,5 Mrd. EUR an humanitärer Hilfe ausgezahlt. Dabei wurde ein integrierter Ansatz verfolgt, der dem bereichsübergreifenden Charakter von Gesundheit Rechnung trägt. Dieser Betrag umfasst 745 Mio. EUR speziell für die Bereitstellung von

Gesundheitsdienstleistungen in dem genannten Zeitraum und für Notfallmaßnahmen über Instrumente wie ReliefEU, die Soforthilfe und operative Kapazitäten (Transport, Vorräte, Fachwissen usw.) bereitstellen. Darüber hinaus sind für den Zeitraum 2021-2027 1,9 Mrd. EUR für das Katastrophenschutzverfahren der Union, rescEU und den Europäischen Katastrophenschutz-Pool vorgesehen.

6.2. Innovative Finanzierungsmechanismen und Beteiligung des Privatsektors

Der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung plus (EFSD+) ist das wichtigste Finanzierungsinstrument für die Umsetzung von Global Gateway und bietet eine Reihe von Risikoteilungsinstrumenten mit einer Finanzierungskapazität von bis zu 40 Mrd. EUR, die zusätzliche Finanzmittel in Höhe von bis zu 135 Mrd. EUR mobilisieren können. Diese Garantien, die von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen umgesetzt werden, decken eine ganze Reihe von Risiken ab, einschließlich wirtschaftlicher und politischer Art sowie einer Währungsabwertung.

Im Gesundheitswesen ist der wichtigste innovative Finanzierungsmechanismus „Accelerating Human Development“ (HDX)⁹⁰, der durch den EFSD+ abgesichert ist und von der EIB in Partnerschaft mit der Gates-Stiftung umgesetzt wird. Ziel des HDX ist die Stärkung der Gesundheitssysteme und die Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitstechnologien, indem das Risiko von Investitionen in Projekte zur Förderung einer universellen Gesundheitsversorgung verringert werden. Im Rahmen der Initiative werden Investitionen in Höhe von bis zu 750 Mio. EUR in den Gesundheitssektor⁹¹ durch Unternehmenskredite, Risikokapital und Mengengarantien mobilisiert. Diese Investitionen werden von der Gates-Stiftung mit entsprechenden Finanzhilfen und technischer Hilfe in Höhe von 250 Mio. EUR unterstützt. Die Garantie dient dazu, Markthemmnisse zu beseitigen und Investitionen des Privatsektors zu mobilisieren. Ziel des HDX ist es, Investitionen in Infrastruktur zu erleichtern, bessere Rahmenbedingungen für die Gesundheitssysteme zu schaffen und Produktionskapazitäten für Gesundheitsprodukte und -technologien auszubauen. Weitere Ziele sind der Ausbau von Dienstleistungen, die Erhöhung der Sicherheit biopharmazeutischer Lieferketten, die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Steigerung der Produktivität durch eine Reihe von Maßnahmen z. B. in den Bereichen Herstellung, FuE, Bereitstellung von Impfstoffen und Medizinprodukten, Laborentwicklung und -ausbau usw.

Darüber hinaus arbeitet die Kommission regelmäßig mit dem Privatsektor im Rahmen von Foren wie der Wirtschaftsberatungsgruppe für Global Gateway, internationalen Veranstaltungen oder über die EU-Delegationen zusammen, um den finanziellen und nichtfinanziellen Bedarf, regulatorische und marktbezogene Hindernisse und innovative Lösungen besser zu verstehen oder einfach nur, um eine mögliche Abstimmung mit den Zielen von MAV+ zu erörtern. Dadurch erhält die Kommission Zugang zu Marktinformationen, die dann in die Gespräche mit afrikanischen und europäischen Partnern einfließen und so eine größtmögliche Wirkung der geförderten Maßnahmen gewährleisten.

Die EU macht sich außerdem dafür stark, dass die Finanzierung im Gesundheitsbereich weiterhin ganz oben auf der globalen politischen Agenda steht. In der Gemeinsamen Task Force Finanzen-Gesundheit der G20 setzt sich die EU für die Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur und der Pandemiereaktion ein und macht sich gleichzeitig für den Pandemiefonds und seine Wiederauffüllung

⁹⁰ Europäische Kommission, [Accelerating Human Development](#).

⁹¹ Europäische Kommission, [Global Gateway: EU verstärkt Unterstützung für globale Gesundheit, gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsprodukten und die lokale Herstellung von Impfstoffen und Arzneimitteln](#).

stark, um die langfristige Finanzierung zur Schließung von Lücken in der Pandemieprävention und -vorsorge in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sicherzustellen.

7. Überwachung und Rechenschaftspflicht (Leitprinzip 20)

Transparenz und Rechenschaftspflicht sind entscheidend für die Messung der Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit. Durch die Beachtung dieser Grundsätze wird sichergestellt, dass die Verpflichtungen eingehalten werden und konkrete Ergebnisse erzielt werden. Durch strukturierte Überwachung und Engagement verfolgt die EU die Entwicklungen, stärkt die Zusammenarbeit und baut ihre Bemühungen im Bereich der globalen Gesundheit aus. In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Initiativen zur Verwirklichung dieser Ziele beschrieben.

7.1. Überwachungsrahmen

Mit der Veröffentlichung der EU-Strategie für globale Gesundheit verpflichtete sich die Kommission zur Bewertung der Fortschritte und zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht in Bezug auf die globalen Gesundheitsmaßnahmen der EU durch Überwachung und Bewertung. Dazu wurde in der Strategie die Entwicklung eines Überwachungsrahmens für die Verfolgung der Fortschritte ab 2020 vorgesehen.

Dieses im Rahmen des Programms EU4Health finanzierte Projekt⁹² wurde im Juni 2024 eingeleitet. Ziel der Studie ist es, die Fortschritte und Ergebnisse bei der Umsetzung der Strategie für globale Gesundheit unter Berücksichtigung aller Leitprinzipien zu bewerten und eine aktive Überwachung der Fortschritte anhand ausgewählter Indikatoren zu ermöglichen⁹³.

Die Gestaltung des Überwachungsrahmens umfasst die Ermittlung der zu überwachenden Elemente, der Indikatoren und geeigneter Vergleichsmaßstäbe, die Bewertung vorhandener Daten und Datenregelungen, die Ermittlung von Datenquellen und die Entwicklung geeigneter Instrumente für die Suche nach diesen Datenquellen und die Datenerhebung für weitere Analysen. Darüber hinaus wird im Rahmen des Projekts ein Pilotinstrument entwickelt, das die ausgewählten Indikatoren und Daten anzeigt und die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie übersichtlich visuell dargestellt.

7.2. Dialog mit den Interessenträgern

Die Verpflichtung, einen soliden Überwachungs- und Rechenschaftsmechanismus einzurichten, umfasst auch laufende Dialoge mit einer Vielzahl von Interessenträgern.

Die wirksame Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit hängt von der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und ihrer aktiven Beteiligung an diesem Prozess ab. Dieser Ansatz der Einbeziehung mehrerer Interessenträger gewährleistet, dass bei der Umsetzung der Strategie verschiedene Perspektiven berücksichtigt werden.

Um diese Zusammenarbeit zu erleichtern, wird jährlich das Globale Forum für Gesundheitspolitik (GHPF) als hochrangige Veranstaltung organisiert, auf der Interessenträger zusammenkommen, um dringende Fragen der globalen Gesundheit zu erörtern, politische Lösungen zu finden und Partnerschaften zu fördern. Als Kernkomponente des Engagements der EU für Transparenz und Rechenschaftspflicht bietet das GHPF eine Plattform für den strukturierten Dialog mit Interessenträgern,

⁹² Dieses Projekt ist Teil des Rahmenvertrags SANTE/2021/OP/0002 und mit 616 120 EUR ausgestattet.

⁹³ Unter Mitwirkung von Technopolis, Ecorys, EUPHA und empirica.

um die Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit zu erörtern. Das GHPF fand zuletzt am 15. Mai 2025 statt.

Neben dem GHPF wird ein regelmäßiger Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft geführt. So fanden im Jahr 2024 zwei Deep-Dive-Sitzungen zu regionalen Team-Europa-Initiativen im Gesundheitsbereich und zur Finanzierung des globalen Gesundheitsbedarfs im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens statt.

Darüber hinaus tauchen sich die Kommissionsdienststellen und der EAD regelmäßig mit den EU-Mitgliedstaaten über die Strategie für globale Gesundheit und über Frage aus, die zur Umsetzung der Strategie beitragen. Dieser Austausch findet über verschiedene Kanäle statt, u. a. über den Rat, Team-Europa-Initiativen im Gesundheitswesen, die informelle Expertengruppe für globale Gesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit und die Gemeinsame Maßnahme zu Auswirkungen auf die globale Gesundheit. Die Strategie wurde auch im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments erörtert.

8. Weiteres Vorgehen

Die Kommission ist weiterhin fest entschlossen, die EU-Strategie für globale Gesundheit umzusetzen und ihre Ziele zu verwirklichen. Die Kommissionsdienststellen und der EAD werden weiterhin Partnerschaften stärken, Ressourcen mobilisieren und die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern auf nationaler, regionaler und multilateraler Ebene verbessern. In diesem Zusammenhang bekräftigt die EU ihre unerschütterliche Unterstützung für die WHO als unverzichtbaren Eckpfeiler des multilateralen Gesundheitssystems. Gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten ist die EU nach wie vor der größte Geber für die WHO und fest entschlossen, einen Beitrag für die Gewährleistung ihrer Resilienz und Wirksamkeit bei der Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der globalen Gesundheit zu leisten. Die EU verpflichtet sich weiterhin zu einer transparenten Berichterstattung über die Fortschritte im Rahmen der Halbzeitüberprüfung und der abschließenden Evaluierung der Umsetzung der Strategie. Derzeit sind mehrere Initiativen im Gange, die die Umsetzung der Strategie für globale Gesundheit voranbringen.

Im Rahmen des Mandats der Kommission für den Zeitraum 2024-2029 wird Global Gateway ausgebaut und Gesundheit als einer von fünf Schlüsselbereichen der Partnerschaft aufgenommen. Global Gateway wurde mit dem Ziel entwickelt, bis 2027 öffentliche und private Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. EUR durch eine Kombination aus Finanzhilfen, Darlehen zu Vorzugsbedingungen und Garantien zur Verringerung des Investitionsrisikos zu mobilisieren. Das Programm stellt jedoch auch ein qualitatives Angebot dar, mit dem hohe Sozial-, Umwelt- und Finanzstandards gefördert und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gewahrt werden.

Als Reaktion auf die jüngsten Krisen hat die EU im Jahr 2025 eine ehrgeizige Strategie der Union zur Krisenvorsorge auf den Weg gebracht, die dem Nünistö-Bericht Rechnung trägt und einen gefahrenübergreifenden, ressortübergreifenden und gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgt. In die Strategie integriert ist die Gesundheitssicherheit, von der Prävention, Überwachung und frühzeitigen Erkennung von Gesundheitsgefahren bis hin zu sichereren Lieferketten für Rohstoffe. Die Förderung der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist integraler Bestandteil der Strategie, und zusammen tragen alle diese Elemente zu einer Kultur der Resilienz und der Koordinierung bei.

Die Kommission wird eine neue Strategie zur Unterstützung medizinischer Gegenmaßnahmen bei Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit vorlegen. Dies wird ein erstes Ergebnis der Strategie der Union zur Krisenvorsorge sein und dazu beitragen, die führende Rolle der EU im Bereich der globalen Gesundheit zu bestätigen und das Engagement der EU für die globale Zusammenarbeit mit Partnern bei der Bekämpfung aktueller und künftiger Gesundheitsgefahren zu stärken. Die Strategie für medizinische

Gegenmaßnahmen soll einen Rahmen für koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene und mit globalen Partnern bilden, um die Entwicklung und Verfügbarkeit medizinischer Gegenmaßnahmen unter Verwendung von Instrumenten wie gemeinsame Beschaffung, Bevorratung und innovativer Finanzierung im Einklang mit den Leitprinzipien der Strategie für globale Gesundheit wie der Förderung der Forschung über globale Gesundheit und der Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu grundlegenden Gesundheitstechnologien und Arzneimitteln, einschließlich medizinischer Gegenmaßnahmen, zu unterstützen. Insgesamt zielt die Strategie darauf ab, die Vorsorge für Gesundheitsgefahren auf EU-Ebene zu verbessern, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und die globale Zusammenarbeit bei medizinischen Gegenmaßnahmen zu konsolidieren und so zur Verbesserung der globalen Gesundheitssicherheit beizutragen.

Die Kommission wird einen Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan der Union für Gesundheitskrisen ausarbeiten, um eine wirksame und koordinierte Reaktion auf schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren zu fördern und die nationalen Präventions-, Vorsorge- und Reaktionspläne zu ergänzen. Dieser Plan wird in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den einschlägigen EU-Agenturen entwickelt. Er wird Bestimmungen über gemeinsame Vorkehrungen in Bezug auf die Governance sowie die Kapazitäten und Ressourcen enthalten, insbesondere im Hinblick auf eine schnelle Zusammenarbeit zwischen den einschlägigen Interessenträgern. Gemeinsame Vorkehrungen für einen sicheren Informationsaustausch, epidemiologische Überwachung und Monitoring, Frühwarnung und Risikobewertung, Risiko- und Krisenkommunikation, die bereichsübergreifende Zusammenarbeit, kritische medizinische Gegenmaßnahmen sowie notlagenbezogene Forschung und Innovation sollen ebenfalls erörtert werden. Darüber hinaus wird der Plan grenzüberschreitende interregionale Vorsorgeelemente zur Unterstützung abgestimmter, sektorenübergreifender und grenzüberschreitender Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit enthalten. Der Unionsplan wird im Einklang mit dem in den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IVG 2005 in der geänderten Fassung) festgelegten WHO-Rahmen für die Krisenvorsorge und -reaktion ausgearbeitet und steht somit im Einklang mit den internationalen Bestimmungen über Governance, Kapazitäten und Ressourcen für Prävention, Vorsorge und Reaktion in Bezug auf schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren. Der Unionsplan richtet sich in erster Linie an die zuständigen nationalen Behörden in den EU-/EWR-Ländern, kann aber auch den EU-Bewerberländern und möglichen Bewerberländern zugutekommen.

Die Bekämpfung der globalen Fragilität ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung, da schwache Gesundheitssysteme Krisen weltweit verschärfen können. Die Kommission verstärkt die Zusammenarbeit zwischen humanitären Organisationen, Entwicklungs- und Friedensakteuren, um eine kohärente und komplementäre Reaktion zu gewährleisten. Für 2025 wird ein integrierter Ansatz der EU zur Bekämpfung der Fragilität erwartet, der Soforthilfe und längerfristige Lösungen besser miteinander verknüpft. Darüber hinaus dürfte die Partnerschaft zwischen dem ECDC und Africa CDC 2025 durch die Unterzeichnung einer Absichtserklärung formalisiert werden.

9. Schlussfolgerung

Die gemeinsamen Anstrengungen der EU im Bereich der globalen Gesundheit wurden aufgrund der Pandemie wieder verstärkt. Die ersten beiden Jahre der Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit zeigen, dass die damit verbundenen Maßnahmen trotz der Herausforderungen insgesamt gute Fortschritte machen, auch wenn natürlich noch viel zu tun bleibt.

Die Maßnahmen der EU zur Umsetzung der Strategie müssen weiterhin in einem komplexen geopolitischen Kontext durchgeführt werden und unterliegen strikten Haushaltszwängen. Dennoch

bietet die Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit die Möglichkeit, die Dynamik aufrechtzuerhalten und gemeinsam weitere Fortschritte zu erzielen.

Die Konzepte „Team Europa“ und „Gesundheit in allen Politikbereichen“, die sich auf die gemeinsamen Beiträge der EU-Institutionen und der EU-Mitgliedstaaten in den einzelnen Bereichen stützen, werden für die EU weiterhin von entscheidender Bedeutung sein, damit sie ihrer Verantwortung weiterhin gerecht wird, ihre Führungsrolle vertiefen und Partnerschaften zur Erreichung eines höchstmöglichen Gesundheitsstandards fördern kann. Dieser Bericht spiegelt die Arbeit mehrerer Dienststellen und das Engagement der EU für einen einheitlichen und sektorübergreifenden Ansatz für die globale Gesundheit wider.

Die Kommission und die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin sind weiterhin fest entschlossen, mit allen Interessenträgern gemeinsam an der Umsetzung der EU-Strategie für globale Gesundheit zu arbeiten. Zusammen können wir nachhaltigen positiven Einfluss auf die globale Gesundheit nehmen und eine gesündere und gerechtere Welt für alle schaffen.